

Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback

Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung

Inhalt

Solidarität	3
1. Solidarität in diesem ‚Spiel des Lebens‘? – eine Einleitung	5
2. Die ‚alte‘ Arbeitersolidarität – brauchbarer Anknüpfungspunkt einer neuen Debatte?	9
3. Zusammenarbeit als Grundlage für Solidarität – Richard Sennetts Kritik des abstrakten Solidaritätsbegriffs der ‚politischen Linken‘ und der neoliberale Angriff auf unsere Bedürfnisse und Fähigkeiten zur Kooperation	13
4. Der Begriff der Solidarität im Licht von Albert Camus existenzieller Philosophie	21
5. Aus der Revolte heraus entfaltete Solidarität an den Grenzen ihrer institutionellen ‚Einmauerung‘	28
6. Solidarität und Zusammenarbeit – ein konzeptionelles Zwischenfazit in zwölf Thesen	38
7. Solidarisches Handeln im Kontext offener Konflikte im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008	42
8. Solidarität und Zusammenarbeit im Zuge von Alltagskonflikten im Konjunkturzyklus 2009 bis 2017	50
9. Neue Soziale Protestbewegungen und Solidaritätsformen in Südeuropa	60
10. Solidarität und Zusammenarbeit – empirische Befunde in zehn Thesen	69
11. Die Herausforderungen der Zeit durch weiterführende Fragen kenntlich machen - abschließende Überlegungen	74
12. Literatur	82

Solidarität

Sie ist ein Grundwert geworden, der nur noch beschworen wird.
Einzig um Eigeninteressen geht es im Spiel des Lebens.
So werden wir gedacht, umworben und vorgestanz – überall:
in der Schule, bei der Arbeit, umworben im Rausch des Konsums.
Aber die Medien versprechen sie uns.
Wir wüssten sonst kaum mehr von ihr.

Von unserer Brüderlichkeit wurde anfangs geträumt, dem
festen Band der Solidarität – unter Gleichen und Entrechteten.
So wurde gesungen, gedichtet. Und die Europa-Hymne
Schillers Ode, Beethovens Musik erklingt an Festtagen noch.
Im Alltag hingegen, da machen wir
ein Meer zum Grab, das uns vom Elend trennt.

Aber Solidarität unter Gleichen, das bedeutete immer schon
den Ausschluss all der anderen, die ungleich sind.
Und Geschlossenheit und Disziplin nach innen als Klammer
schienen unerlässlich für den Kampf gegen die Mächtigen.
Doch Disziplin heißt auch Herrschaft!
Für Armeen ist sie das Fundament.

Und sie war auch ein Mythos, der beschworen wurde. Missbraucht
auch im rasch begonnenen Bruderkampf der politischen Linken.
Und oft eine leere Formel: „Hoch die internationale Solidarität!“
Denn immer auch hatten ein Vaterland die Beherrschten.
Wohl oder übel dienten sie ihm,
diszipliniert auch in schlimmsten Zeiten.

Und die Frauen? In unserer männlich durchherrschten Welt
zählten sie lange Zeit wenig, wie Andersfarbige auch. Am Beginn
unserer Brüderlichkeit starb Olympe de Gouges auf dem Schaffott.
Sie vermachte ihr Herz dem neuen Vaterland, ihre Seele den Frauen,
ihre Redlichkeit aber den Männern,
die, wie sie meinte, sie nötig hätten.

Und heute? Mehr als zweihundert Jahre schon liegt sie zurück
diese neue Brüderlichkeit in den demokratischen Vaterländern
unserer Moderne – unzulänglich, halbherzig, begrenzt. Heute
fragen wir uns, was unsere Welt noch Zusammenhält,
die raum-zeitlich schrumpft und
die wir zu zerstören drohen.

Und kämpfen um unsere Arbeit in losgelassenen Prozessen,
um Anerkennung und Sinnstiftung zusammen mit Vielen!
Ja Solidarität könnte erwachsen aus solcher Zusammenarbeit
oder sie scheint kurz auf in einer Begrüßungskultur für die,
die er heimatlos machte, unser
losgelassener Verzehrungsprozess.

Ja wir müssten sie endlich finden, neu erfinden – und bräuchten
doch nur zu entdecken, dass wir letztlich nichts haben als uns
auf diesem Planeten, den wir zu einer Hölle machen, solange wir nicht
Zusammenarbeiten, -leben und unser Leben feiern an einem Ort,
den wir wohnlich machen
für unsere Mitgeschöpfe und für uns.

1. Solidarität in diesem „Spiel des Lebens“? – eine Einleitung

Wir leben in einer *unheimlichen und beunruhigenden Zeit*. Zu dieser These kann man von eher philosophischen Überlegungen her, oder einfach im Blick auf die ‚nackten Tatsachen‘ kommen.

Der philosophische Zugang ergibt sich, wenn man beginnt, über unsere *kleine menschliche Ewigkeit* nachzudenken, also unsere kurze Lebensspanne als Einzelne oder die gerade einmal 100 000 Jahre, die der homo sapiens diese Erde bevölkert. Gemessen an den 200 Millionen Jahren der Dinosaurier ist das wenig. Im Verhältnis zu den zwölf oder dreizehn Milliarden Jahren des universalen Raum-Zeit-Kontinuums, wie wir es seit Einsteins Relativitätstheorien vor Augen haben, es unserem Vorstellungsvermögen aber nicht zugänglich ist, kaum mehr als ein Wimpernschlag. Für den Physiker Albert Einstein war unsere menschliche Zeiterfahrung in gewisser Weise ein Oberflächenphänomen. Sein universales Raum-Zeit-Kontinuum zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass es in ihm keine Gleichzeitigkeit gibt. Der Blick in ein, aus seiner Perspektive gewissermaßen zeitloses Universum konnte ihn in andächtiges Staunen versetzen. Unsere existenziell fundamentale Erfahrung einer Gegenwart hingegen ist für ihn ein ernsthaft beunruhigendes Problem gewesen. Vor der Folie des physikalischen Weltbildes, das wir Einstein verdanken, habe ich 2017 in einem philosophischen Aufsatz unter anderem auf zwei Besonderheiten des anders beschaffenen sozialen Raum-Zeit-Kontinuums verwiesen, welches wir im Zuge unserer sozialen Evolution konstituiert haben - als zu Empathie und damit zu Kooperation und politischem Zusammenhandeln befähigte Lebewesen: Im Fluss unserer sozial erlebten Zeit, ihrem stetig neuen Übergang von Zukunft in Vergangenheit, ist zum einen die immer mögliche Vergegenwärtigung dieses Übergangs ein entscheidendes Merkmal menschlicher Existenz. Zum anderen haben wir als erdgebundene Lebewesen im Zuge unserer sozialen Evolution ein ganz anderes Raum-Zeit-Kontinuum hervorgebracht. Es dehnt sich nicht aus, wie das des Universums, das sich in einer für uns unvorstellbar fernen Zukunft auf einen Zustand der Entropie zubewegen mag. Es zieht sich vielmehr raumzeitlich immer mehr zusammen. Was auf diesem, unserem Planeten passiert, das geschieht mittlerweile in einer im Grundsatz uns allen zugänglichen ‚Jetztzeit‘. Heute, 100 000 Jahre nach dem ersten Auftreten unserer Gattung, liegt darin eine Chance und eine wachsende Herausforderung. Wir könnten und wir müssten uns in unserem (Zusammen)Handeln, zu diesem sozial-räumlichen Evolutionsprozess jedenfalls näherungsweise wie ein ‚eminenter Beobachter‘ verhalten, wenn wir mit unserer weiteren Zukunft angemessen umgehen wollen. Das heißt also, wir wären schon näherungsweise dazu in der Lage, uns von ‚dem Ganzen‘ unserer bisherigen Gattungsgeschichte und unseres heutigen Zusammenlebens auf diesem Planeten ein gemeinsames Bild zu machen – so wie viele von uns sich noch immer vorstellen, dass ein Gott als ‚eminenter Beobachter‘ dazu im Blick auf dieses uns unvorstellbar große Universum in der Lage ist. Und wir sind dazu herausgefordert, es uns nicht nur zu machen, sondern auch es (zusammen)handelnd zu gestalten.

Im Blick auf unsere kleine Erde lassen sich hieran verschiedene Überlegungen anschließen, etwa über unsere zutiefst fragwürdige Wissenschaftsgläubigkeit und unser lineares Fortschrittsdenken, mit dem wir den multiplen Krisenentwicklungen unserer Gegenwart immer weniger beikommen können. So hat uns etwa Joseph Vogl in seiner Analyse *das Gespenst des Kapitals* vor Augen geführt. Denn das gespenstische autopoietische System des Marktes – am vollendetesten realisiert in Gestalt der Finanzmärkte – erweist sich als ein wirklich reflexives und selbstreferentielles System. In ihm sind *gegenwärtige Zukünfte und zukünftige Gegenwarten* in einer endlos gedachten Kontinuität immer schon miteinander verrechnet. Daher gilt: *Das Gespenst des Kapitals kommt stets aus seiner eigenen Zukunft zurück*. Das Unheimliche solcher Zeiterfahrung können wir uns bewusst machen, wenn wir mit Alexander Kluge darüber nachzudenken beginnen, ob mittlerweile nicht unsere Gegenwart dabei ist, einen unerbittlichen Angriff auf die Übrige, also zukünftig für uns mögliche Zeit zu führen und sie sozusagen zu verschlingen droht. Das führt uns weiter zu der Frage, ob wir mit dieser unserer Welt nicht vielleicht doch anders, sagen wir solidarischer miteinander und nachhaltiger im Hinblick auf die Natur umgehen müssten und wie wir das können.

Von den ‚nackten Tatsachen‘ her betrachtet ist das Bild, das wir heute im Blick auf die vor uns liegende Zukunft zeichnen können, vielleicht etwas einfacher. Auf jeden Fall aber wirkt es bedrohlich. Wir leben in einer Zeit, in der der alte Traum von einem stetigen Dreiklang von Arbeit, Fortschritt und Glück für eine wachsende Zahl von Menschen zutiefst fragwürdig zu werden begonnen hat. Das gilt, selbst wenn man über Statistiken streiten könnte, angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten gewachsene Zahl an Langzeitarbeitslosen und prekär Beschäftigten, also wachsender Unsicherheit für immer mehr Menschen. Und jedenfalls ist es völlig unbestreitbar im Blick auf die immens hohen Zahlen von Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten. Sie liegt über fünfzig Prozent. Wie der Soziologe Robert Castel schon vor über zwanzig Jahren formuliert hat, droht unserer Gesellschaft angesichts der *Metamorphosen der sozialen Frage* eine *Krise der Zukunft*. Davon ist die Gesamtheit der Beziehungen zur Gesellschaft betroffen, *Der Gesellschaftskörper verliert allmählich sein Morgen*.

Doch es geht nicht nur um krisenhafte Entwicklungen in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft. Insgesamt scheinen sich multiple Krisenprozesse in den Feldern von Ökonomie, Ökologie und Politik immer stärker aufzuschaukeln. Zugleich versucht uns der herrschende ‚Politikbetrieb‘ beharrlich zu versichern, dass sich ein stetiges Wirtschaftswachstum weiterhin sichern lasse, dass deshalb Wohlstand für alle gesichert werden könne und dass auch die ökologischen Herausforderungen der Zeit bewältigt werden könnten. Und im Übrigen wird immer wieder der Eindruck erweckt, dass mit unserer parlamentarischen Demokratie die Spitze der Möglichkeiten politischer Freiheit für Alle erreicht sei. Und sie ist ja ganz gewiss ein großer historischer Fortschritt. Wir müssten uns also, so die herrschende Meinung, nur zurückbesinnen auf die Errungenschaften unserer sozialen Marktwirtschaft. Und wir dürften angesichts der durchaus bedrohlichen und kriegerischen Entwicklungen an den Rändern

der ‚fortgeschrittenen‘ Teile der Welt nicht müde werden, auf die Vorzüge unserer Demokratie hinzuweisen. Aber wir müssten auch bereit sein, uns gegen den von dort drohenden Terror zu wappnen.

Aber mit den ‚nackten Tatsachen‘ ist das in unseren Zeiten der ‚faked News‘ so eine Sache: Es gibt unterschiedliche ökonomische Lehrmeinungen. Man kann mit vielen guten Gründen davon ausgehen, dass die industriekapitalistische Wachstumsdynamik in den Metropolen unwiederbringlich an ihr Ende gekommen ist. Doch solche Auffassungen werden von der herrschenden angebotsorientierten Ökonomie ignoriert. In ihren Modellen kommen die konkreten Menschen nur als *homini oeconomici* vor, als Einzelne, die stets orientiert an ihrem individuellen Nutzen handeln. Und zu solchen *Ego(s) im Spiel des Lebens* sollen wir alle geformt werden in unserer fortschreitend digitalisierten Welt, die so nach Auffassung der herrschenden Eliten zunehmend berechenbar gemacht werden kann. Der konservative Demokrat Frank Schirrmacher hat das in seinem letzten Buch aus dem Jahr 2013 überzeugend gezeigt. Unsere Kinder werden schon in Kindergarten und Schule darauf ‚getrimmt‘. Die Logarithmen, mittels derer unser digitalisierter Alltag zunehmend strukturiert wird, sind darauf ausgelegt. Wir sollen uns als einzelne Unternehmer unserer Arbeitskraft in der Konkurrenz mit anderen behaupten, also fithalten, weiterbilden usw.; und ein immer wieder neu gesteigerter Konsum soll dann der Lohn dafür sein.

In Bezug auf andere, mindestens ebenso problematische Entwicklungen werden uns die Fakten allenfalls sehr beiläufig in den Medien präsentiert. An den 09. 11. 2001 wird immer wieder erinnert. Daran dass der 09. 11. 1973, also das Datum des vom CIA unterstützten Militärputsches gegen eine demokratisch gewählte Regierung in Chile, ein sehr viel einschneidenderes Ereignis war, wie Noam Chomsky nicht müde wird zu betonen, wird nicht erinnert. Dieser Militärputsch war der Auftakt zu mehr als zwei Jahrzehnte lang erfolgreicher Geopolitik der USA auf ‚ihrem‘ südlichen Teilkontinent. Und die USA scheuten nicht davor zurück, weitere Militärdiktaturen zu befördern und zu unterstützen. Dass es auch US-amerikanische Geopolitik ist, die eine wachsende Instabilität im nahen Osten bewirkt hat - beginnend mit der Einsetzung von Mohammad Reza Pahlavi als Schah von Persien und dessen ‚weißer Revolution‘, fortgesetzt mit der Unterstützung der Taliban im von der Sowjetunion begonnenen Afghanistankrieg, und weiter über den ersten und den zweiten Golfkrieg - wird weiterhin ‚vergessen‘. So gilt mittlerweile im Blick auf die terroristische Bedrohung der Drohnenkrieg der USA als gerechtfertigtes, nicht weiter hinterfragtes Mittel. Tausende des Terrorismus Verdächtige werden so getötet, ohne Anklage und Urteil, also ohne rechtsstaatliche Grundlagen. Kolateralschäden werden in Kauf genommen. Und jedem müsste klar sein, dass solche Art ‚Krieg gegen den Terror‘ stets neuen und immer mehr Terrorismus gegen die so Kriegführenden gebiert.

Noch schwieriger ist der Umgang mit den Fakten im Hinblick auf die sich anbahnende Klimakatastrophe. Es geht um langfristige Entwicklungstrends. Sie sind unserer Alltagserfahrung kaum zugänglich - anders als prekäre Beschäftigung, die Zunahme neuer Pathologien der Arbeit oder die vorhandene bzw. von vielen als bedrohlich an-

gesehene Arbeitslosigkeit. Aber die wissenschaftlich zunehmend präziser durchgerechneten Klimamodelle sprechen eine klare Sprache. Dennoch, Donald Trump konnte das im Wahlkampf alles mit der Bemerkung beiseite wischen, das seien doch keine neuen Phänomene. Das nenne man Wetter. Er Versprach einfache Antworten für die ‚alte Arbeiterklasse‘ und für die Zugehörigen zur weißen Mittelschicht, also für die, die sich von unseren gesellschaftlichen Zukunftsversprechen von Arbeit, Fortschritt und Glück abgehängt fühlten oder sich eben davon massiv bedroht sahen. Er wurde gewählt. Rechtspopulistische autokratische Herrschaftsformen wurden damit einmal mehr weiter ‚hoffähig‘, auch in Westeuropa. Es scheint nicht mehr gänzlich ausgeschlossen, dass sich die USA *aus einer oligarchisch regierten Republik in ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise eine Präsidialdiktatur verwandeln*. Norbert Elias, linker politischer Positionen kaum verdächtig, hat das *am 40. Jahrestag eines Kriegsendes*, also schon vor 33 Jahren, in diesen Worten als Möglichkeit nicht ausgeschlossen.

In Europa taucht mit dem Rechtspopulismus ein anderes Gespenst aus der Vergangenheit auf, nämlich das des politischen Denkens eines Carl Schmitt, das wieder lebendig zu werden droht. In neuen Hasstiraden gegenüber einem öffentlichen politischen Diskurs - der angesichts des Infotainment der Medien und zugleich des Opportunismus des herrschenden Politikbetriebs ja in der Tat erodiert - lösen sich diese neuen Bewegungen von rechts *von den universalistischen Voraussetzungen allgemeiner Partizipation*, schränken die politische Willensbildung *auf ein ethnisch homogenes Bevölkerungssubstrat* ein und suchen sie *zur argumentfreien Akklamation unmündiger Massen herab(zu)setzen*. Jürgen Habermas hat das schon um die Mitte der 1980er Jahre geschrieben, und er hat in der unbelehrbaren Kontinuität solchen Denkens, damals noch in eher begrenzten akademischen und politischen Zirkeln, *Grund genug gesehen, zu erbleichen*. Heute stellt sich drängend die Frage, wie auf den anwachsenden Rechtspopulismus politisch angemessener reagiert werden kann als mit dem beschwörenden Hinweis auf die Errungenschaften von Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie. Das demokratische Projekt der Moderne selbst, das mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution in unsere soziale und politische Wirklichkeit getreten ist, wird absehbar zum Einsatz der politischen Kämpfe, die kommen werden. Die Defensive der politischen Linken macht zugleich tief nachdenklich - und damit ist man sehr schnell bei der Frage nach der Solidarität. Unter der Formel der Brüderlichkeit gewann sie mit der Französischen Revolution zuerst Gestalt. Als Arbeitersolidarität gewann sie gesellschaftsprägende Kraft. Im heutigen neoliberal geprägten *Spiel des Lebens* wird sie gelegentlich noch als Grundwert beschworen. Was aber bedeutet sie heute? Wo werden Zusammenarbeit und Solidarität gegen ein neoliberales Rollback wirksam, das seit gut vierzig Jahren unsere soziale Wirklichkeit für eine wachsende Zahl von Menschen zunehmend weniger menschlich und lebenswert macht? Das sind die Fragen, um die es im Folgenden geht.

2. Die „alte“ Arbeitersolidarität – brauchbarer Anknüpfungspunkt einer neuen Debatte?

Der Begriff der Solidarität ist eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden. In den Sozialwissenschaften ist dann von *Arbeitersolidarität* die Rede. Deren Wurzeln suchen wir in den kulturellen Milieus der frühen Industriearbeiterschaft. Diese ‚alte‘ *Solidarität ist eine Beziehung zwischen Gleichen und /oder eine soziale Bindung in der Gemeinschaft. Die so verstandene Arbeitersolidarität (...) ist zugleich das beste Beispiel für Solidarität unter Gleichen, für Solidarität in der Gemeinschaft.* Rainer Zoll schreibt das im Jahr 2000 in der zweiten und dritten seiner *Sieben Thesen zur Situation der Solidarität heute*. Ein Viertel Jahrhundert zuvor schrieb Michael Vester noch: *Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität.* Höchst eingängig ist das im Blick auf diese *alte* Solidarität formuliert. Eine ganz bestimmte Vorstellung von Arbeitersolidarität, die die alte und vergangene Arbeiterbewegung getragen hat, steht im Hintergrund. Sie hatte Grenzen, worauf Rainer Zoll nachdrücklich hinweist. Denn diese Solidarität unter Gleichen schließt zwingend die Exklusion anderer aus ihrem Solidarzusammenhang ein. Gleichwohl, als *mechanische Solidarität* bleibt sie für Rainer Zoll ein wichtiger Anknüpfungspunkt. Ihre Krise aber ist ihm ein entscheidender Anlass für seine Frage *Was ist Solidarität heute?* Weitergehende Fragen danach, wie eine ‚neue‘ Solidarität über gemeinschaftliche Grenzen, unterschiedliche Interessen, Ethnien usw. hinweg entfaltet werden könnte, schließen hier an. Rainer Zoll ist bemüht, auf dem Stand der Zeit die These fortschreitender Differenzierung und Individualisierung konstruktiv aufzunehmen. So zitiert er etwa Ulrich Beck, der 1995 geschrieben hat: *In vielen Fällen schließt sich ein, was sich auszuschließen scheint, nämlich das Verfechten des eigenen Lebens und das sozialmoralische Engagement für andere. An sich denken ist sogar die Voraussetzung eines Denkens für andere.* Insbesondere knüpft er auch an Jürgen Habermas an - bis hin zur Übernahme der Begrifflichkeit.

Das gilt zum Beispiel für dessen Gebrauch des Begriffs der Lebenswelt. Die stellt Habermas als generelle Bedingung der Geltung sozialer Ordnung den institutionalisierten und verdinglichten Strukturen der Systeme gegenüber. Damit wird die Luhmann'sche Systemtheorie gewissermaßen vorausgesetzt. Ich verwende Lebenswelt hingegen im Anschluss an Ilja Srubars Rekonstruktion der Genese dieses Begriffs von Edmund Husserl über Martin Heidegger und Max Scheler und seine Soziologisierung durch Alfred Schütz. Er ist für mich eher eine erkenntnistheoretische Kategorie. Dabei geht es um die Einsicht, dass, *in der Erfahrung der Doppelbödigkeit der lebensweltlichen Praxis (...) auch die Erkenntnis angelegt (ist), dass die Wahl und die Realisierung einer Möglichkeit des Vollzugs dieser Praxis andere Möglichkeiten verschließt.* Diese Praxis kann *einerseits in die Partikularität des Alltags (aber auch in die Selektivität der Logik spezifischer Systemrationalitäten H. M.) führen (...).* *Andererseits* kann uns die Einsicht in ihre Doppelbödigkeit aber auch ihre *Partikularität offenbar machen (...).* *Somit tritt die Begründungsnotwendigkeit des Handelns noch dringender in den Vordergrund.* Das eigene Tun oder Lassen als Verantwort-

tung Anderen und der Gesellschaft gegenüber lässt sich daher auf dem Boden von Lebenswelt als *Maxime* für ein dialogisches Handeln begründen, das Partikularitäten überwinden will.

Aber zurück zur Solidarität. Rainer Zoll knüpft bei seinen Überlegungen zu einer *neuen*, zeitgemäßen Solidarität an Analysen von Zigmunt Bauman an. Der hat dem klassischen Freund-Feind-Schema die dritte idealtypische Figur des Fremden als ein *tödliches Gift der Moderne* hinzugefügt. Der Fremde sei ein *„Unentscheidbarer“*, weil man von ihm nicht wisse, ob er Freund oder Feind sei. Ihm gegenüber gebe es folgerichtig, so Bauman, zwei Möglichkeiten, sich zu verhalten: Man könne ihn entweder zwingen, sich zu entfernen, oder aber es bleibe als zweitbestes Mittel die der Errichtung eines *kulturellen Zauns*. Daran anschließend kommt Rainer Zoll zu seinen Einschätzungen der Herausforderungen, denen Solidarität heute gegenübersteht. Wenn die Fremden bleiben, würde die Beunruhigung über sie, so Bauman, auch durch probate Formen der Distanzierung nicht bewältigt – also durch *kulturelle Zäune* oder die *obskure Kunst der Verengung*, d.h. der Vermeidung von Alltagskontakten. Die Bauman'sche Triade Freund, Feind, Fremder beinhaltet mithin eine wirklich große Schärfe, stellt Rainer Zoll zutreffend fest. Sicherlich wäre da, so schreibt er weiter, eine *Verallgemeinerung von Solidarität*, wie sie Hauke Brunkhorst gefordert habe, ein *moralischer Fortschritt*. Es gehe aber, so argumentiert er weiter, nicht um eine *Umstellung von Solidarität unter Freunden zu einer Solidarität unter Fremden* – wogegen kaum etwas einzuwenden ist -, sondern um den Schritt von der *mechanischen zur organischen Solidarität*. Er nimmt also eine scharfe begriffliche Unterscheidung vor - die er, soweit ich sehe, aber nicht weiter erläutert -, um die Größe der Herausforderungen der Zeit zu unterstreichen.

Rainer Zolls Buch ist bis heute das vermutlich informativste Nachschlagewerk – nicht nur im Hinblick auf die Begriffsgeschichte von Solidarität. Es liefert zugleich Anhaltspunkte zum Weiterdenken im Hinblick auf die Herausforderungen, denen der Anspruch auf solidarisches Handeln heute gegenübersteht - angesichts von mittlerweile weltweit 60 Millionen heimatlos gemachten Menschen, die nicht länger so einfach außerhalb der reichen Staaten der Triade verbleiben. Der Klappentext seines Buches verweist zu Recht darauf, dass seine Monographie *mehrere Vorzüge vereint: sie liefert eine genaue Begriffsgeschichte, führt in die aktuelle sozialphilosophische Diskussion ein und bezieht politische Stellung. Sie zeigt nämlich, dass sich dieser Begriff erst noch zu beweisen hat an unserem Verhältnis zu Fremden*. Aber Solidarität hat als Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit seither offenbar kaum Konjunktur. Als ich das Buch beim Schreiben dieses Essays zur erneuten Lektüre aus einer Universitätsbibliothek auslieh – mein eigenes Exemplar war unauffindbar -, erwies sich: Das im Januar 2002 in die Bibliothek eingestellte Buch war zwar mehrfach ausgeliehen worden, erweckte aber den Eindruck, ungelesen geblieben zu sein.

Das war einmal anders. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hat es, so Zoll, *eine richtige Inflation des Begriffs Solidarität gegeben*. Er sei zunächst durchgängig positiv besetzt gewesen, dadurch aber zugleich unscharf geworden. Man sollte sich aber darüber im Klaren sein, dass Solidarität einer *der am meisten mystifizierten Be-*

griffe und zugleich für die sozialen Gruppen, die ihn in Anspruch genommen haben, einer der unreflektierten, ist. Das hat Franz Grubauer 1994 geschrieben. Und Niklas Luhmann hat bereits zehn Jahre zuvor den Frontalangriff gegen den Gebrauch des Begriffes gefahren und erklärt: die *blanke Hochschätzung und Forderung von Solidarität (offenbare) ihren Charakter als Ideologie*. Dietrich Lange schließlich stellt schon gegen Ende der 1980er Jahre ernüchternd fest: *'Solidarität' ist zum Grundwerterang aufgerückt. Solidarität wird einem über die Medien versprochen, sonst wüsste man nichts davon*. So seine Einschätzung bereits zu Zeiten, da ‚Thatcherism‘ und ‚Reagonomics‘ begonnen haben, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu prägen.

Franz Grubauers Kritik an mangelnder Reflexion und Mystifizierung des Begriffs der Solidarität ist gerade im Blick auf jene Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung und für jene sozialen Bewegungen gemeint, in denen er besondere Bedeutung erlangt hat – also für die Arbeiterbewegung. Und deren Repräsentanten ist das nicht entgangen. Gewerkschaftliche Sozialpolitiker wie der frühere stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr haben in den 1980er Jahren gefordert, *den Solidaritätsgedanken aus der Floskelhaftigkeit herauszuführen und ihn sichtbar und einsichtig zu machen*, wie Dietrich Lange schreibt. Muhr habe ihn über Solidarität als Vereinheitlichung von Interessen hinaus normativ in Richtung auf Mitmenschlichkeit und gegenseitige Hilfe zu erweitern versucht. Er habe sich damit aber *auf schwankenden Boden* begeben, denn die Abgrenzung zu einem neokonservativen Subsidiaritätsbegriff werde damit schwierig. Die wenigen Beispiele für Bemühungen anderer Gewerkschafter, dem gerecht zu werden, bleiben jedoch ambivalent, wie Lange zutreffend feststellt.¹ Denn sie bewegen sich ausgehend von der Frage, wie die bedrohte („alte“) Solidarität wieder hergestellt werden könne, mit der Forderung nach Wiederherstellung eines umfassenden Solidaritätsverständnisses auf einer normativen Basis. Der gewerkschaftliche Gebrauch des Begriffs bleibt zudem fast immer *floskelhaft*. Im Materialband 3 zu den Diskussionsforen der IG Metall *Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit* aus dem Jahr 1988, finden sich weder im Vorwort, noch in einem der darin dokumentierten Beiträge auch nur ein paar Sätze, geschweige denn ein wirklicher Klärungsversuch zum Begriff der Solidarität. Er taucht vor allem in den Überschriften auf – gewissermaßen als Gegenbegriff zur Konkurrenz. Und für den Mainstream der Industriesoziologie, die seit dieser Zeit ihr Interesse an den Gewerkschaften als einem früher bevorzugten Forschungsgegenstand zu verlieren beginnt, formuliert etwa Walter Müller-Jentsch 1986 in einem Zeitungsartikel:

Die Auszehrung an politischer Substanz und solidarischer Kohäsionskraft ist für die Gewerkschaften deshalb so gravierend, weil mit ihr eine zunehmende Heterogenisierung der Arbeiterschaft einhergeht. Davon ausgehende dissoziierende Tendenzen werden sich, ohne das Gegengewicht einer auf die gesamte Klasse bezogenen politischen Programmatik zu einer subkulturell gestützten Klassensolidarität, umso stärker bemerkbar machen.

¹ Dietrich Lange verweist auf eine Veröffentlichung von Adolf Schmidt und Erich Standfest von 1984.

Nach mehr als einem Jahrzehnt vornehmlich neomarxistisch inspirierter industriesoziologischer Forschung mündet hier der leicht melancholische Blick zurück auf die ‚alte‘ *Arbeitersolidarität* und die Erinnerung auf deren früheren Bezug auf die einmal als revolutionär gedachte Klasse in eine Art Kehrtwendung. Es folgen nun wissenschaftliche Bemühungen um die Verteidigung der institutionell verfassten wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien. Im heutigen Rückblick drängt sich dieser Eindruck geradezu zwingend auf. Ob dabei für den ‚Frankfurter‘ Müller-Jentsch die *Theorie des Kommunikativen Handelns* von Jürgen Habermas eine theoretisch orientierende Funktion hatte, die zu den Ernüchterungen angesichts von Verlauf und Ergebnis des britischen Bergarbeiterstreiks von 1984 hinzugekommen ist, mag hier dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist Müller-Jentsch seit etwa diesem Zeitraum maßgeblich an einer Art ‚institutioneller Wende‘ von Teilen der vormaligen ‚kritischen Industriegesellschaft‘ beteiligt.²

Was man festhalten kann ist, dass die ‚alte‘ *Solidarität* der Arbeiterbewegung nach ihren Niederlagen, die in Deutschland in die Zerschlagung ihrer Organisationen und Parteien durch den Faschismus mündete, über die späteren Institutionalisierungsprozesse der *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften*, so Christian von Ferber 1961, zu den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien geführt hat.³ In ihnen ermöglichten institutionell verankerte Solidaritätsvorstellungen über Jahrzehnte hinweg tragfähige soziale Kompromisse. Doch im Zeichen des nun schon seit bald vier Jahrzehnten forcierten neoliberalen Rollbacks erodieren sie. Das hindert aber nicht daran, dass die über sie befestigten Orientierungen, die wie der Begriff der Solidarität in ihrer Unschärfe so etwas wie einen Grundwertecharakter erhalten haben, in den Köpfen der Menschen weiterhin wirksam sind. Nicht zuletzt gilt das für ihre Erwartung, dass es vor allem auf das Handeln professionalisierter Interessenvertretungen ankomme. Die Kennzeichen *neuer Arbeit* - also ihre *Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweise Entgrenzung* - und die Forderung nach und Förderung von einem neuen ‚Arbeitskraftunternehmertum‘⁴ schaffen zugleich grundlegend veränderte Bedingungen für solidarisches Handeln. Von den drei Begriffen aus der arbeitssoziologischen Diskussion bedarf vielleicht der erste einer kurzen Erläuterung. *Flexibilisierung* ist recht eindeutig: es geht um die Anpassung der Arbeitenden an die im zeitlichen Ausmaß schwankenden Anforderungen der ‚atmenden‘ Fabrik. *Entgrenzung* kennen wir mittlerweile nahezu alle. Gemeint ist, dass in Zeiten digitalisierter Arbeit immer mehr von uns ihre Arbeit auch noch mit nach Hause nehmen. *Subjektivierung* ist etwas komplizierter: Der Begriff zielt darauf, dass unsere Arbeit anspruchsvoller, deshalb aber auch für die Einzelnen befriedigender wird. Wir sollen uns deshalb aus ei-

² Ich komme darauf zu Beginn von Kapitel 8 noch einmal zurück.

³ Institutionentheoretisch von Karl Siegbert Rehberg (1994) belehrt, müsste man sagen, dass diese Institutionalisierungsprozesse der Nachkriegsjahrzehnte in Deutschland unter anderem Ergebnis einer mit ihrer Niederlage von 1933 zu Ende gegangenen Arbeiterbewegung anzusehen sind, in denen auch sie selbst sich institutionalisiert hat.

⁴ spätestens der Aufsatz von G. Günter Voß und Hans J. Pongratz aus dem Jahr 1998 gibt es hierzu eine intensive arbeitssoziologische Debatte.

gener Initiative, eher selbstbestimmt und weniger fremder Kontrolle unterworfen auf unsere Arbeit einlassen können – als auch unternehmerisch mitdenkende selbstbewusste Unternehmer unserer eigenen Arbeitskraft eben. Gäbe es nicht zugleich Entgrenzung und Flexibilisierung bis hin zu den Soloselbständigen, neuen Formen von Scheinselbständigkeit und unterschiedlichen Drohungen von Prekarisierung – das könnte wie eine Verheißung daherkommen. Und so wird es auch immer wieder verkündet.

Aber wie auch immer: vor der Folie der oben angedeuteten Erklärung des Entstehens der alten Arbeitersolidarität haben wir es offenbar mit einer gründlich veränderten Wirklichkeit zu tun. Das gilt erst Recht, wenn man die fortschreitende Globalisierung bedenkt. Indien ist heute die ‚Softwarebude‘ und China die ‚Fabrik der Welt‘. ‚Einfache‘ wie auch hochqualifizierte Arbeitskraft ist dort für multinational operierende Konzerne billiger zu haben. Im Hinblick auf heutige Ansätze zu so etwas wie der in der Geschichte der Arbeiterbewegung so oft beschworenen internationalen Solidarität ist das folgenreich. Die Frage nach den Chancen einer *posttraditionalen Solidarität* stellt sich vor dem Hintergrund der geschwundenen Grundlagen der alten Arbeitersolidarität also neu. Auf Basis gegenseitiger Anerkennung bzw. einer vertrauensbildenden Wirkung gleichberechtigter Kommunikation sind zum Beispiel von Axel Honneth und Jürgen Habermas in den 1990er Jahren neue Antworten gesucht worden. Aber solche Antworten werden von ihnen im Kontext der Theorie des kommunikativen Handelns erwogen. Der Bezug zur Arbeitswelt wird da schwierig – ist aber auch vor dem Hintergrund dieser Theorie und angesichts des Anspruchs einer Universalisierung der unstrittig begrenzten ‚alten‘ Solidarität nicht mehr gewollt. Dietrich Lange schreibt in diesem Zusammenhang zutreffend Habermas stimme mit Luhmann zwar darin überein, *dass Solidarität im System obsolet geworden sei*; aber für ihn existiere eben nicht nur Systemintegration. Und er schreibt weiter: *Wenn auch Habermas das Ende der Solidarität in der Lohnarbeit behauptet, sieht er in der lebensweltlich begründeten jedoch eine wesentliche Kraft, die destruktiven Effekte der Systementwicklung zu begrenzen*. Hat man den Bezug zur Arbeitswelt hingegen weiter im Blick, mag man mit Richard Sennett feststellen, dass *Solidarität zu einer Abstraktion* wird, wenn man dort, beziehungsweise von dort ausgehend *die Gleichheit schwächt*.⁵

3. Zusammenarbeit als Grundlage für Solidarität – Richard Sennetts Kritik des abstrakten Solidaritätsbegriffs der ‚politischen Linken‘ und der neo-liberale Angriff auf unsere Bedürfnisse und Fähigkeiten zur Kooperation

Seltener gesehen wird ein Umstand, auf den Richard Sennett nachdrücklich aufmerksam gemacht hat und der für die Schärfung des Blicks auf das Phänomen der

⁵ Sennett verwendet diese Formulierung in Bezug auf die Bismarckschen Sozialreformen, die von oben diktiert worden sind. Ich beziehe sie hier auf die gegenwärtige Aushöhlung von Gleichheitsansprüchen – ebenfalls ‚von oben‘ her forciert -, die in den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien noch als gesichert gelten konnten.

‚alten‘ Solidarität sehr bedeutsam ist. In seinem Buch *Zusammenarbeit* unterscheidet er zwei Wege einer *politischen* und einer *sozialen Linken*. Die marxistisch geprägten Gewerkschaften und Parteien hätten, so führt er aus, auf eine von (Fabrik)Disziplin gestützte Solidarität bei zugleich klarer politischer Abgrenzung gesetzt. Dazu verweist er auf Marxens *Kritik des Gothaer Programms*, das die *Verweigerung der Zusammenarbeit (mit anderen linken Parteien) in nuce* enthalte. Die Streitschrift sei *bis heute ein Gründungstext des Brudermords innerhalb der Linken*. Diese Akzentsetzung der *politischen Linken* hat entscheidend damit zu tun, dass Solidarität in einer auf das Proletariat als revolutionäre Klasse und den Sozialismus gerichteten Weltanschauung – sozusagen als deren Basis und Ziel – immer im Kontext einer aus dem linkshegelianischen Erbe heraus mitgeführten Geschichtsmetaphysik gedacht wurde: Solidarität musste sich gleichsam zwingend aus einer gleichen, fortschreitend weiter verelendenden Lage ergeben. Es kam nur noch darauf an, sie ausgehend von der kapitalistischen Fabrikdisziplin gesellschaftspolitisch zur Geltung zu bringen. Albert Camus hat in seinen Essays *Der Mensch in der Revolte* zu Anfang der 1950er Jahre bereits ähnlich kritisch argumentiert. Er weist pointiert kritisch darauf hin, dass insbesondere Lenin dies klar gesehen und als vorteilhaft für die Organisation der als unausweichlich erachteten Übergangsphase der Diktatur des Proletariats angesehen habe.⁶

Die Reformer innerhalb der ‚zweiten Linie‘ der *sozialen Linken* hätten stattdessen, so Sennett, *in der Kooperation* der Arbeitenden, die sie zu organisieren suchten, *kein strategisches Werkzeug, sondern ein Ziel an sich gesehen*. Auch hätten sie *in ihren Anfängen keiner bestimmten politischen Ideologie* angehört. Im Gegensatz zur politischen Linken hätten sie auf Inklusion statt Exklusion und auf lokale statt nationale Solidarität gesetzt. Sennett verweist auf entsprechende Ansätze *in so unterschiedlichen Weltgegnen wie Barcelona, Moskau und dem Nordwesten der Vereinigten Staaten*. Und er betont die Kontinuität dieser ‚zwei Wege‘ bis in unsere Gegenwart⁷:

Jede Denkfabrik voller politischer Streber, die in Spiegelstrichen reden, hat den Geist der alten politischen Linken geerbt, jede Graswurzelorganisation, in der verschiedene, manchmal gegensätzliche und manchmal zusammenhanglose Stimmen zusammengefunden haben. dagegen den der alten sozialen Linken. Der erste Weg strebt nach gemeinsamen Schlussfolgerungen, dem Ziel der Dialektik. Der zweite betont dagegen den dialogischen Prozess, in dem der Gedankenaustausch möglicherweise zu kei-

⁶ Siehe in diesem Zusammenhang aber auch Vester (2018), der unter Bezugnahme auf Michael Brie auf *Spuren Robert Owens und der Oweniten im Werk von Marx und Engels* hinweist. Beide hätten, so Brie, *die Einstiegsprojekte der Oweniten in ihr eigenes Revolutionskonzept integriert*, das in späten Arbeiten anders als bei Lenin nicht mehr im Sinne einer Jakobinerdiktatur gedacht worden sei. Allerdings gelte auch, dass Owen, ähnlich wie andere Frühsozialisten, *auf Vorgänger ihres eigenen ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ reduziert worden seien*.

⁷ Wenn er allerdings meint, dass *sich diese Spaltung* auch bei Liberalen und Konservativen finde, darf man wohl Zweifel anmelden, denn grundlegend ist in diesen Diskursen doch wohl zunächst einmal immer ein sozusagen ‚selbstverständlich‘ hierarchisch-herrschaftliches Verständnis der sozialen Verhältnisse. Ernstlich gestritten wird dann innerhalb von Eliten.

nem Ergebnis führt. Für den ersten Weg ist Kooperation ein Mittel oder Werkzeug, für den zweiten ist sie eher ein Ziel an sich.

Seine Überlegungen richten sich, hier anknüpfend, angesichts der neuen Formen des Kapitalismus auf die Frage, wie eine durch sie geschwächte Kooperation(sfähigkeit) als Voraussetzung für Zusammenhandeln neu gestärkt und dadurch eine solidarischere Gesellschaft neu angezielt werden kann. Ich werde auf diese Frage in den späteren empirisch gerichteten Kapiteln dieses Essays näher eingehen und will mich an dieser Stelle nur auf eine knappe Bemerkung beschränken. In dem letzten empirischen Forschungsprojekt, in dem ich in den Jahren 2015 und 2016 noch mitgearbeitet habe, sind wir im Blick auf qualifizierte Arbeit und die Beschäftigten der Kernbelegschaften, von unseren Ergebnissen her nicht wirklich auf das Problem geschwächter Kooperationsfähigkeit gestoßen worden. Wir sind ihm aber in wenigstens einer unserer zehn Fallstudien wohl doch begegnet (siehe Kapitel 8). Es spricht zudem viel dafür, dass die Fähigkeit zum Zusammenhandeln vielfältig geschwächt wird, auch in der Arbeitswelt – sei es im Ergebnis fortschreitend digitalisierter Arbeit, sei es angesichts der Prekarisierung von Arbeit in Form von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung etc., jedenfalls aber im Zuge des im neoliberalen Zeitgeist absichtsvoll ausgeprägten *Ego – im Spiel des Lebens*.

Sennett geht in seinem Buch der Frage nach, weshalb *Zusammenarbeit*, also Kooperation, die er ganz allgemein als einen *Austausch* definiert, *von dem alle Beteiligten profitieren*, unsere Gesellschaft zusammenhält. Er fasst Zusammenarbeit also nicht eng bezogen auf Arbeitsbeziehungen in Werkstatt und Fabrik, auch wenn der von ihm gewählte Titel selbstredend auf die Sphäre gesellschaftlich notwendiger Arbeit verweist. Zugleich trennt er mit seiner Begriffswahl, anders als Hannah Arendt, das Zusammenhandeln in der Sphäre der Politik nicht systematisch von der Kooperation in Arbeitsprozessen. Er legt großen Wert auf die Analyse von älteren Formen handwerklicher Zusammenarbeit,⁸ fragt auch danach, wie Kooperation in der Politik (Diplomatie) abläuft, zieht Ergebnisse anthropologischer Forschung heran, diskutiert das breite Spektrum unterschiedlicher Verständnisse der Herstellung von Kooperationsfähigkeit und Solidarität in der Geschichte der sozialen und politischen Linken. Er versucht so im frühen 16. Jahrhundert, also zu Zeiten der Reformation, *einem großen Wendepunkt zur frühen Neuzeit* auf die Spur zu kommen, der die *Rituale (veränderte)*, die die Menschen entwickelten, *um mit andersartigen Menschen zusammenleben zu können*, und in dessen Folge *das Gleichgewicht zwischen Kooperation und Konkurrenz fragil* wurde. Bis zu diesem Wendepunkt nämlich hätten Rituale als ein Verhalten, *das von außerhalb unserer selbst kommt und uns von bewusstem Handeln entlastet*, dieses Gleichgewicht im Spektrum menschlicher Austauschbeziehungen gesichert. Deren drei wesentliche, zum Beispiel für den Katholizismus charakteristi-

⁸ Vgl. Auch Sennets Buch *Handwerk*, das vor dem zu *Zusammenarbeit* das erste einer von ihm angekündigten Trilogie ist - seines ‚*Homo-Faber-Projekts*‘ *im Blick auf die alte Vorstellung, wonach der Mensch sein Leben und sich selbst durch konkretes praktisches Handeln erschafft*, das er mit einem Buch über Städtebau abschließen will.

sche Merkmale seien (1) Handlungswiederholung, (2) die Schaffung von Symbolen und (3) der spezifische, dramatische Ausdruck ritueller Handlungen.

Von solchen Überlegungen ausgehend entwickelt er über die Zeiten der ‚großen Unruhe‘ hinweg für die Neuzeit die These einer Schwächung unserer Fähigkeit zur Kooperation - unter anderem mit Bezügen zu Norbert Elias Analyse des Prozesses der Zivilisation. Damit knüpft er an seine frühere Untersuchung *Der flexible Mensch* aus dem Jahr 1998 an. Am Beispiel der Entwicklung der Finanzwirtschaft an der Wallstreet führt er schließlich exemplarisch vor Augen, wie die verschiedenen Aspekte einer kurzfristigen Zeitorientierung *in den informellen sozialen Beziehungen zwischen den Beschäftigten in Finanzinstituten zusammen(fließen)*. Eine Art *zersetzende(r) Zeit* sei die Folge: *Die Projektarbeit in chamäleonartigen Institutionen wirkt wie eine Säure, die Autorität, Vertrauen und Kooperation auflöst.*

Eine aktuelle empirische Untersuchung von Ines Langemeyer zur Bedeutung *Kooperativer Kompetenz in komplexen Arbeitsprozessen* zeigt dagegen, wie wichtig eine gestärkte Kooperation in hochmodernen großtechnischen Anlagen ist. Langemeyer zeigt am Beispiel der Kooperation hochqualifizierter Techniker die Möglichkeiten und die wachsende Bedeutung kooperative Kompetenz in komplexen Arbeitsprozessen. Dazu geht sie von der Analyse von Katastrophen in großtechnologischen Anlagen aus. Ihre Analysen zeigen, dass *Kooperateur*e ein *bestimmtes Wissen-in-Praxis benötigen*, mit dem sie ihre Aufmerksamkeit rechtzeitig auf akute und zukünftige Probleme richten können. Vor allem aber zeigen sie, dass solches Wissen nie vollständig in zentralisierter Form verfügbar ist, sondern dass vielmehr erst achtsames Handeln in der Zusammenarbeit der Mitglieder kompetenter Teams solches Wissen ermöglicht und sich entwickeln lässt. *Das Wissen der Achtsamkeit* lautet folgerichtig der Titel ihrer Untersuchung. Ines Langemeyer kann mit ihrer auf zugänglichem Dokumentenmaterial basierenden Analyse von Großkatastrophen wie in Fukushima oder bei der Explosion der Tiefseebohrinsel Deepwater Horizon selbstverständlich nicht nachweisen, dass diese Katastrophen durch solches *Wissen der Achtsamkeit* auf Basis einer gestärkten Kooperation wirklich hätten verhindert werden können; aber sie liefert Anhaltspunkte für deutlich größere Chancen dazu - und damit gute Argumente für die Stärkung *kooperativer Kompetenz in komplexen Arbeitsprozessen*.

Aber wieder zurück zu Richard Sennett. Sein ‚Dreiklang‘ von *Autorität, Vertrauen, Kooperation* lässt erkennen – wie auch die wiederholten positiven Rückbezüge auf das Handwerk -, dass er bei seinen weit ausholenden Analysen von vereinfachenden Fortschrittsvorstellungen im Sinne der Schaffung radikal herrschaftsfreier Verhältnisse recht weit entfernt ist. Er hat ja unter anderem Geschichte bei Hannah Arendt studiert und ist deren Denken offenkundig nicht nur hinsichtlich der Wertschätzung handwerklicher Arbeit verbunden, sondern auch in der Einschätzung, dass Autorität - verstanden als politischer Begriff in republikanisch-römischer Tradition - und Freiheit keineswegs Gegensätze sind.⁹ Seine Orientierung geht allerdings dahin, im denkba-

⁹ Wie Monika Boll (2012) schreibt, war im alten Rom der Rat des Senats für die Volksversammlung nicht bindend, aber doch mehr als ein bloßer Rat: *Auctoritas heißt wörtlich* ‚ver-

ren Spektrum möglicher menschlicher Austauschbeziehungen *die Gegenseitigkeit stärker in den Vordergrund* zu rücken. Seine Zeitdiagnose führt ihn zu der Frage, wie man Kooperation heute wieder stärken könne. *Die Werkstatt, Alltagsdiplomatie* und *Gemeinschaft* lauten die Kapitelüberschriften, unter denen er der Frage nach Möglichkeiten einer *gestärkten Kooperation* nachgeht.

Es kennzeichnet den weit ausholenden Charakter von Sennetts Argumentation, die auf das Prinzip einer *dialogischen Kooperation* als *unser Ziel, unser heiliger Gral*, gerichtet ist, dass er in der Koda, mit der er sein Buch abschließt, an den frühaufklärerischen Philosophen der Spätrenaissance Michel de Montaigne erinnert. Er bezeichnet ihn als einen *Meister des dialogischen Denkens*, der *Empathie für die wichtigste soziale Tugend* gehalten habe und den Blick für die Möglichkeiten zu einem *kooperative(n), von Anweisungen und Befehlen befreite(n) Leben* ermögliche. Seine Philosophie stehe *für menschliche Fähigkeiten*, die genetisch in uns angelegt seien, die aber *von der Gesellschaft erst noch gefördert und entwickelt werden müssen*. Folgerichtig endet Sennett mit der Feststellung, dass *Solidarität (...) die traditionelle Antwort der Linken auf die Übel des Kapitalismus* gewesen sei, *Kooperation* hingegen *keine besondere Rolle in ihren Abwehrstrategien* gespielt habe. Sein Plädoyer zielt dagegen auf die Stärkung von Kooperationsfähigkeit:

Die radikalen Vereinfacher der Moderne mögen unsere Fähigkeit des Zusammenlebens unterdrücken und entstellen, aber sie werden und können diese Fähigkeit nicht vollends zerstören. Als soziale Tiere sind wir zu einer tieferen Kooperation fähig, als die bestehende Sozialordnung dies vorsieht (a. a. O. 374).

Ich möchte aber noch einmal auf Sennetts Unterscheidung einer *politischen* und einer *sozialen Linken* zurückkommen. Seine Kritik der *politischen Linken* deckt sich in mancher Hinsicht mit derjenigen, die Albert Camus zu Beginn der 1950er Jahre formuliert hat. Camus schreibt, Marx habe *in seiner Doktrin die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt*. Er entfaltet dann aber, anders als Sennett und unter Verzicht auf breit angelegte historische Analysen, eine stringent philosophische Argumentation. In ihr zeigt er entlang seines roten Fadens, wie diejenigen Marxisten, *die die Geschichte machten, (...) zur Prophezeiung (...) und der apokalyptischen Seite seiner (Marxens) Lehre (gegriffen haben), um eine marxistische Revolution zu verwirklichen, genau unter den Umständen, die Marx als für eine Revolution als unmöglich vorhergesehen hatte*. Ihn interessiert der Marxismus in seinem philosophischen Essays also allein unter dem Gesichtspunkt der Prophezeiung, und er argumentiert im Ergebnis, dass dieser Marxismus *nicht wissenschaftlich, sondern bestenfalls wissenschaftsgläubig* gewesen sei.¹⁰

mehren‘ und ‚fördern‘. Und darum geht es in diesem Verständnis von Autorität insofern als der Rat der Alten die Gegenwart um die Erfahrung gelebten Lebens bereichert und die prinzipielle Unwägbarkeit aller Entscheidungen und ihrer Folgen mildern hilft.

¹⁰ Ähnlich wie Arendt (vgl. Kohn 2011) setzt sich Camus mit Marx also als Philosoph, bzw. im Hinblick auf dessen philosophisches Denken auseinander. Die wissenschaftliche Leistung

Dass die von Sennett so bezeichnete *politische Linke* geschichtsmächtig geworden ist, bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts der Realsozialismus implodierte, hat nun ja unzweifelhaft damit zu tun, dass sie eine für viele überzeugende Deutung der sozialen Wirklichkeit anbot. Die Entfaltung des industriellen Kapitalismus im Zuge der zweiten industriellen Revolution während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat eben durchaus eine relativ homogene Klasse von zunächst zumeist angelernten Industriearbeitern hervorgebracht, die vom Kapital aus einer entwurzelten Landbevölkerung rekrutiert wurden. Das Proletariat als die von Marx behauptete revolutionäre Klasse schien also wirklich zu entstehen und die Perspektive auf einen vorgeblich wissenschaftlich gewordenen Sozialismus überzeugte viele. Auch für Nicht-Marxisten, die die Lage der arbeitenden Klassen als gesellschaftspolitische Herausforderung ansahen, lag die Interpretation nahe, dass eine gleiche elendigliche Lage in der Tat Grundlage für die Entwicklung solidarischen Handelns wurde. Sie wurde ja nicht nur bei der Arbeit in der ‚*großen Industrie*‘ erlebt, sondern auch in relativ homogenen, räumlich eingegrenzten Wohnbereichen, wie etwa den Arbeiterstadtteilen großer Städte oder fabriknah entstehenden Arbeitersiedlungen. Der Blickwinkel zieht hier, ebenso wie in den verschiedenen marxistischen Deutungen,¹¹ von bestimmten Strukturbedingungen, deren innere Logik freilich nicht geschichtsmetaphysisch aufgeladen wird, Schlüsse im Hinblick auf ein von daher folgerichtiges Handeln.

Im Maße nun, wie sich nach den Niederlagen und dem Ende der Arbeiterbewegung – oder auch in den Worten Arendts aus ihrem Denktagebuch der Oktoberrevolution als der *großen, Hoffnung des Jahrhunderts* und ihrer Einmündung in den stalinistischen Terror als der *wesentlichen Enttäuschung des Zeitalters* – auch die Marxsche Verelendungstheorie als empirisch unhaltbar erwiesen hat, sind die heute dominierenden Auffassungen zu Solidarität wiederum folgerichtig. Wenn heute angesichts der offenkundigen Ausdifferenzierung von Klassenlagen und/oder sozialen Milieus¹² die Frage nach den Bedingungen von Solidarität gestellt wird, führt das zu einer gewissen Ratlosigkeit. Oder diese Frage gerät in den ‚Geruch‘ einer vergeblichen Hoffnung - sofern sie in einer Gesellschaft, die ganz auf das *Ego im Spiel des Lebens* setzt, überhaupt ernstlich gestellt wird. Doch Folgerichtigkeit heißt eben nicht, dass

Marxens, als erster, und bis heute grundlegend erhellend, sozusagen die innere Logik und Widersprüchlichkeit des Kapitalverhältnisses analysiert zu haben, bleibt von dieser Kritik unberührt. Aus ihr folgt aber die vehemente Abrechnung mit dem zur Herrschaftsideologie gewordenen Marxismus-Leninismus.

¹¹ Frieder O. Wolf (2012) hat darauf hingewiesen, dass korrekterweise von verschiedenen Marxismen gesprochen werden muss, unter denen der Marxismus-Leninismus eine von mehreren Varianten ist.

¹² Damit sind Fragen angesprochen, denen hier nicht detailliert nachgegangen werden kann. Michael Vester (2018) hat jüngst unter Bezug auf seine empirischen Untersuchungen, die an Pierre Bourdieu *Die feinen Unterschiede* anschließen, einen theoretisch verdichtenden Blick auf die Marxschen Überlegungen zum Klassenbegriff geworfen. Er kann zeigen, dass und wie Bourdieu mit seiner Konzipierung des sozialen Raums an Marx weiterführend angeknüpft hat und dass die verschiedenen Marxismen mit verzerrenden Vereinfachungen hinter Marx zurückgefallen sind.

damit auch die problemangemessenen wissenschaftlichen Fragen wirklich aufgeworfen werden.

Frank Schirrmacher hat in seinem Buch *Ego. Das „Spiel des Lebens* kritische Wissenschaft betrieben und überzeugend gezeigt, dass im Zeichen einer fortschreitenden Ökonomisierung und Vermarktlichung unserer Welt zutiefst egoistisch konzipierte Orientierungen nach dem Leitbild des homo oeconomicus nicht nur gedacht, sondern zugleich praktisch durchzusetzen versucht werden. Er zeichnet im Ergebnis die Ausprägung seiner *Nummer 2, des Double oder Dummy, des verdoppelten oder gefälschten Menschen* nach, die *irgendwann anfang, für Nummer 1, den echten Menschen, zu denken und zu handeln*. Dabei ist im Übrigen zu erkennen, dass diese Prägung keineswegs geschlechtsneutral zu denken ist. So zitiert er zum Beispiel Douglas Rushkoff mit einem Bericht darüber, dass die RAND-Wissenschaftler das *Gefangenen-Dilemma* mit ihren Sekretärinnen testeten. Sie wollten in ihren mathematischen Modellen zu Zeiten des kalten Krieges das voraussichtliche Verhalten militärischer Gegner voraussagen können; und das Gefangenendilemma war das Lieblingsspiel der Spieltheoretiker. Sie entwickelten ihre Modelle, so Frank Schirrmacher, indem sie *alle möglichen Szenarien kreierten, in denen die Frauen kooperieren oder einander betrügen konnten*. *In jedem einzelnen Experiment wählten die Sekretärinnen allerdings nicht den egoistischen Weg, den die RAND-Forscher erwartet hatten, sondern die Kooperation*. *Das konnte (den Mathematiker und späteren Nobelpreisträger H. M.) John Nash nicht davon abhalten ...weiterhin Spielszenarien für die Regierung zu entwickeln, die auf Angst und Egoismus basierten...Nash schob die Schuld für die misslungenen Experimente auf die Sekretärinnen*. *Sie seien schwache Subjekte, unfähig der einfachen Grundregel zu folgen, dass ihre Strategien egoistisch zu sein hatten*. Ob die Versuche misslangen, weil sie mit Menschen in ihrer Arbeitsumgebung gemacht wurden, in der sie gewohnt waren, zu kooperieren, oder ob hinzukommend Merkmale weiblicher Arbeitsvermögen eine Rolle spielten, ist an dieser Stelle unerheblich. Entscheidend ist, dass die für die Wissenschaftler offenbar selbstverständlichen *Grundregeln* egoistischer Strategien eben Grundregeln des Überlebens in einer durch und durch männlich geprägten Welt kriegerischer Auseinandersetzungen sind. Die starken Subjekte, denen ihre Versuchspersonen nicht entsprachen, wurden von ihnen ganz offenkundig als männliche Subjekte gedacht.

Gestützt unter anderem auf die Beobachtungen der Anthropologin Caitlin Zaloom beschreibt Frank Schirrmacher dann eindringlich, wie sich die Arbeitsplätze der Trader an den Börsen dieser Welt *mit der steigenden Geschwindigkeit voll automatisierter Börsenmärkte zu symbolischen Kriegsschauplätzen* verwandelten – ganz der herrschaftlich-männlichen Vorstellungswelt der RAND-Wissenschaftler entsprechend.¹³ Mittels der im Kalten Krieg entwickelten spieltheoretischen Modelle sind von ihnen also nunmehr die Computerprogramme entwickelt und zur Anwendung ge-

¹³ Ähnlich wie Sennett macht also auch er sich die Weiterentwicklung der Anthropologie zunutze, die sich ihre Gegenstände auch in den ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Ländern selbst sucht und ihre Gegenstände, also etwa Rituale, nicht länger als ein Ausagieren von Mythen ansieht. *Mythos und Ritual haben sich voneinander getrennt*, schreibt Sennett.

bracht worden, mittels derer Supercomputer *im Nanosekundentakt miteinander handeln, kaufen, verkaufen, täuschen, manipulieren* schreibt Jens Berger in seiner Rezension zu Schirrmachers Buch. Und Frank Schirrmacher berichtet aus den Beobachtungen Zalooms :

‘Skalpieren‘, ‚killen‘, ‚ausblasen‘ sind die Verben, die sie lieben. Bei einer Investmentbank programmierten sie ihre Computer so, dass aus den Lautsprechern bei Kurs- oder Zinsveränderungen Kriegsgeräusche drängen. An regen Handelstagen waren die Flure vom Getöse zerbrechenden Glases und einschlagenden Pistolenkugeln erfüllt. (...) Wie beim Militär verschmolz die testosterongesteuerte Wachsamkeit des Trader-Söldners mit der kalten logischen Unerschütterlichkeit von Nummer 2.

Die soziologischen Debatten zur ‚Individualisierung‘ haben solche durch die fortschreitende Digitalisierung forcierte Entwicklungen kaum zur Kenntnis genommen. Aber von harten Varianten der höchst kontroversen *Individualisierungsthese* aus, die die soziologische Diskussion der letzten Jahrzehnte stark beeinflusst hat,¹⁴ stellt sich die Frage nach Solidarität im Grunde überhaupt nicht mehr. Stattdessen geht es um Selbstfindung und persönliche Identität der vielen Einzelnen. Daniele Giglioli hat in seinem Buch *Die Opferrolle* unter anderem über Konsequenzen dieser Entwicklung nachgedacht. Er kann im Ergebnis – allerdings wohl nicht der sozialwissenschaftlichen Individualisierungsthese sondern vielmehr von gesellschaftlichen Prägungen durch ein im neoliberalen Geist reorganisiertes *Spiel des Lebens* – konstatieren:

Nur dreißig Jahre unwidersprochener individualistischer Ideologie konnten dem Begriff der Identität die Emphase verleihen, über die er heute verfügt, sodass er sogar in die Zitadelle des Denkens vordringen konnte, das sich als kritisch versteht: Wunder der Hegemonie.

Die empirische Forschung jedoch zeigt, dass die soziale Wirklichkeit durchaus anders beschaffen ist: Anders als es die problematisch vereinfachende Sicht eines *prophetischen Marxismus* früher meinte, aber eben auch anders als es die heute hegemonale, ebenso vereinfachenden und gleichmacherische neoliberale Sicht nahelegt. Der Individualisierungsthese entspricht eine ökonomisch bestimmte Weltsicht, die nur noch homini oeconomici kennt, die ihre Marktinteressen verfolgen – und sie sorgt als Leitidee ökonomischer wie technologischer Entwicklungen sowie gesellschaftspolitischen Handelns zugleich dafür, dass die Autologik einer entfesselten Marktökonomie die Menschen in ihrem Leben auf eine solche Orientierung hin prägt. Frank Schirrmacher hat das überzeugend dargelegt. Entgegen dieser heute das Denken weithin bestimmenden Ideologie sind wir aber immer noch gesellschaftliche Individuen, geprägt durch eine uns gemeinsame *Wir-Intentionalität*, die der Verhaltenswissenschaftler Michael Tomasello empirisch nachgewiesen hat – und zwar anhand der Analyse vorsprachlicher Kommunikation zwischen Müttern und Babys sowie deren

¹⁴ Auch hier war – ähnlich wie beim Risikodiskurs oder den Debatten um die reflexive Moderne – Ulrich Beck (1993) mit seinem Aufsatz *Jenseits von Klasse und Stand?* ein maßgeblicher Impulsgeber.

Vergleich mit der Analyse des entsprechenden Verhaltens von Menschenaffen.¹⁵ Wir-Intentionalität meint danach einen zutiefst grundlegenden gemeinsamen intentionalen Bezug auf Welt, ohne den wir eine gemeinsame Lebenswelt überhaupt nicht hätten hervorbringen können. In ihr können wir aufgrund des heute in den ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften angehäuften gesellschaftlichen Reichtums überhaupt erst unsere ausgeprägten individuellen Besonderheiten entwickeln. Die mögen uns lieb und teuer sein, aber die soziologische Forschung¹⁶ zeigt, dass wir alle mit unseren Besonderheiten spezifischen sozialen Milieus angehören, in denen wir mit vielen Anderen unsere Orientierungen teilen – in Bezug auf unser Konsumverhalten, kulturelle Vorlieben oder auch gesellschaftspolitische Vorstellungen. Die Individualisierungsthese ist eine ideologische Sicht auf eine über solche Milieuunterschiede hinweg behauptete Gleichheit und in bestimmter Hinsicht in der Tat gleichmacherische Entwicklung, wie sie das neoliberale Rollback forciert.

4. Der Begriff der Solidarität im Licht von Albert Camus existenzieller Philosophie

Nach diesen kurzen aber wichtigen und nur scheinbaren Abschweifungen von meinem Thema will ich nun erneut zu der Frage nach zwischenmenschlicher Solidarität zurückkommen. Dazu möchte ich nun in einem weiteren Schritt zeigen, dass die existenzielle philosophische Argumentation Albert Camus erhellend und weiterführend ist. Albert Camus wird gegenwärtig gerade neu entdeckt – in politiktheoretischer Hinsicht, wie auch in aktuellen politischen Debatten. Der Politikwissenschaftler Markus Pausch spricht von *Demokratie als Revolte*, und die sozialdemokratische Politikerin Andrea Ypsilanti entdeckt in Camus *mittelmeerischem Denken*, von dem er im *Mensch in der Revolte* spricht, eine Quelle der Inspiration für politisches Denken auf der Höhe unserer Zeit. Aus ihrer Sicht geht es dabei um ein Denken, das sich gegen die fortgesetzten Tendenzen einer Postdemokratisierung wendet und eine *emanzipatorische Sinnlichkeit und einen versöhnlichen Umgang mit der Natur* nahelegt. Albert Camus philosophische Essays schließen gut an die von Richard Sennett entfaltete Argumentation an. Die darin entfalteten Argumente lassen sich pointiert gegen soziologische Analysen einwenden, die regelmäßig von Strukturbedingungen ausgehend auf Bewusstsein und womöglich auch noch Handeln schließen wollen. Camus sieht *die Solidarität der Menschen* im Spannungsbogen von *Solitaire* und *Solidair* existenziell *in der Bewegung der Revolte* begründet - und es geht ihm um die *Solidarität der Menschen*, also nicht die einer als revolutionär behaupteten Klasse, die so tatsächliche Differenzierungen nach Klassen, Schichten oder Milieus ‚stets noch nicht‘ über-

¹⁵ Vgl. Michael Tomasello (2009) *Analyse der Ursprünge menschlicher Kommunikation* sowie dazu die Debatte in der Soziologischen Revue oder auch die Laudatio von Habermas (2013) aus Anlass der Verleihung des Hegel-Preises an Tomasello. Zu meiner Auseinandersetzung mit dieser Debatte siehe Martens 2014a.

¹⁶ Anschließend an Pierre Bourdieus (1982) *Die feinen Unterschiede* siehe hierzu für Deutschland die Analysen der Forschungsgruppe um Michael Vester (Vester u.a. 2001).

greift. Er kann damit gerade für solche handlungsorientierten Forschungsansätze anregend sein, denen ich immer verpflichtet gewesen bin.

Hier ist also auch anzusetzen. Die ‚alte‘ Arbeitersolidarität – also unter Menschen mit elenden und relativ homogenen Arbeits- und Lebensbedingungen – ist nicht so einfach aus ihrer Lage zu erklären. Sie ergibt sich nicht folgerichtig als *notwendige Solidarität* – So Marx in der *Deutschen Ideologie* - aus dem ökonomischen Prozess (Produktivkraftentfaltung und Angleichung einer verelendeten Lage der Proletarier). Sicherlich haben in einem stark gemeinschaftlich geprägten Alltag leichter spezifische Formen wechselseitiger Hilfe ergeben; aber dieser Alltag war ebenso durch wechselseitige Kontrolle und Konkurrenz bestimmt, durch Subordination und Unterwerfung unter betriebliche wie außerbetriebliche Herrschaftsverhältnisse, wie auch durch Empörung gegen sie. Und hier liegt meines Erachtens der Punkt. Wenn innerhalb der marxistischen Arbeiterbewegung von Solidarität die Rede ist, dann kaum einmal in der Weise, dass nüchtern und analytisch, gar theoretisch vertiefend den Bedingungen ihrer Entfaltung nachgegangen wird. Sie wird in der Regel viel mehr beschworen und überhöht. Statt eines von vielen Beispielen aus der parteikommunistischen Geschichtsschreibung, die sich hier anbieten, sei das folgende Zitat aus einer Rede von Karl Marx auf dem, Haager Kongress angeführt. Dort heißt es:

*Bürger denken wir an jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität. Nur wenn wir dieses lebensspendende Prinzip unter sämtlichen Arbeitern aller Länder auf sichere Grundlagen stellen, werden wir das große Endziel erreichen, das wir uns gesteckt haben. Die Umwälzung muss solidarisch sein, das lehrt uns das große Beispiel der Pariser Kommune, die deswegen gefallen ist, weil es in allen Zentren, in Berlin, in Madrid etc. zu keinerlei großen revolutionären Bewegungen gekommen war, die dieser machtvollsten Erhebung des Pariser Proletariats ebenbürtig wären.*¹⁷

Gewiss hat Karl Marx, worauf Rainer Zoll hinweist, der ebenfalls das obige Zitat anführt, das Wort Solidarität selten verwendet. Am ehesten benutze er den Begriff im Hinblick auf eine internationale Solidarität. Und sozusagen als Gegenbegriff zur Konkurrenz ist in der *Deutschen Ideologie* von *notwendiger Solidarität* die Rede. Reden mögen nun leicht plakativ ausfallen. Aber es fällt doch auf, dass davon, wie hier Solidarität handelnd hergestellt wurde, mit keinem Wort die Rede ist. Hinzu kommt, worauf Albert Camus hinweist, dass mit der blutigen Niederschlagung der Pariser Commune *die einzige sozialistische Tradition, die ihm (dem prophetischen Marxismus H.M.) die Stirn bieten konnte, im Blut erstickt wurde; es gab praktisch keine Marxisten unter den Aufständischen von 1871*. Die Kommunarden wären demnach vornehmlich als Teil der *sozialen Linken*, von der Sennett spricht, Anhänger Pierre-Joseph Proudhons gewesen. Der Begriff der Solidarität erfährt also auch bei Marx, wie das obige Zitat belegt ihre oft emphatische Überhöhung durch den geschichtsmetaphysischen Kontext, *das große Endziel*. Die gleichzeitige begriffliche Unschärfe folgt daraus, dass sich Solidarität aus einer wissenschaftlichen Analyse von imma-

¹⁷ Zitiert nach Kuruma 1973, wo sich auch das Zitat aus der *Deutschen Ideologie* findet.

nennten Logiken und Widersprüchen der fortschreitenden Entfaltung des Kapitalverhältnisses als *notwendige Solidarität* darstellt – gewissermaßen als Teil einer dialektisch gedachten Gegenbewegung.

Wenn Camus in *Der Mensch in der Revolte* von Solidarität schreibt, dann sicherlich auch in einem emphatischen Sinne. Aber es handelt sich dann immer um eine Solidarität, in der individuelle Empörung zu kollektiver Revolte geworden ist beziehungsweise werden kann. Der Akzent liegt auf der Entfaltung kollektiven Handelns, aus dem heraus Solidarität möglich und von dem sie getragen wird. Für Deutschland könnte man den Bergarbeiterstreik von 1889, der zur Gründung des ‚alten Verbandes‘ als Beginn einer organisierten Gewerkschaftsbewegung der Bergarbeiter geführt hat, als ein exemplarisches Beispiel anführen.¹⁸ Erst wenn solche Bewegungen entstehen, kann aus ihnen heraus unter den beteiligten gesellschaftlichen Individuen das Bedürfnis nach einer neuen und anderen Orientierung entstehen. Der existenzielle Philosoph Albert Camus formuliert - im Blick auf die alte, vergangene Arbeiterbewegung und zugleich zutiefst kritisch gegen den darin geschichtsmächtig gewordenen Hegelmarxismus - wie folgt:

Das Individuum stellt demnach nicht an sich den Wert dar, den es verteidigen will. Um ihn zu bilden, bedarf es mindestens aller Menschen. In der Revolte übersteigert sich der Mensch im andern, von diesem Gesichtspunkt aus ist die menschliche Solidarität eine metaphysische. Nur handelt es sich im Augenblick um eine Solidarität, die in Ketten erwacht.

Die Denkfigur Camus‘, in die dieses Zitat einzuordnen wäre, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Sein Denken kreist - sehr Nietzscheanisch, also existenziell denkend - um die Revolte. Allerdings: er spricht, eben als Philosoph, stets von *dem* Menschen, und er versucht, was streng genommen nicht möglich ist, von ihm aus zu den Menschen in ihrer Pluralität zu gelangen.¹⁹ Und er ist als Linksnietzscheaner eben durch Nietzsches Denken geprägt. Die Menschen in ihrer immer zutiefst gesellschaftlich geprägten Individualität, bzw. auch den Umstand, dass so etwas wie ‚Individualisierung‘ an Voraussetzungen einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung gebunden ist, sind nicht systematisch Gegenstand seiner philosophischen Überlegungen. Dies unterscheidet ihn von dem großen radikalen Französischen Aufklärer und Philosophen Denis Diderot – unbeschadet vieler Verbindungslinien zwischen beiden. Denn Diderot zieht in seinem monistischen Naturalismus - der die radikal existenzielle Weltansicht eines Philosophen wie Nietzsche bereits ‚einschließt‘ oder vorwegnimmt

¹⁸ Siehe dazu Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf (1979): *Glück auf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland*.

¹⁹ Hannah Arendt hat den grundlegenden Unterschied zwischen dem *sinnenden Handeln* Einzelner – und dafür steht für sie der philosophische denkende Kopf, der seine inneren Dialoge führt – und dem Zusammenhandeln der Menschen in der Sphäre der Politik in ihrem Buch *Vom Leben des Geistes* herausgearbeitet.

– die Einheit des Individuums, auch die seines eigenen Autoren-Ichs, zutiefst in Zweifel, wie Alexander Becker zu Recht hervorgehoben hat.²⁰

Für Camus ist die *Revolte* die *Tat des unterrichteten Menschen, der das Bewusstsein seiner Rechte besitzt* – ausgehend von der These vom Menschen als dem *einzigsten Geschöpf, das sich weigert zu sein, was es ist*. Danach handelt das Individuum Camus' Verständnis nach zunächst *im Namen eines noch ungeklärten Wertes, von dem es jedoch zum mindesten fühlt, dass er ihm und allen Menschen gemeinsam ist*. Erst im Prozess der Revolte selbst, kann ein solcher Wert, wie Camus zeigt, entfaltet werden – für das lebenswerte Leben Aller und gegen dessen Verneinung durch Selbstmord oder Mord. Die Frage nach dem Selbstmord, und dagegen nach dem Sinn des Lebens in einer sinnlosen Welt, ist Ausgangspunkt seines *Mythos des Sisyphos*. Mit der Frage nach dem Mord beginnt dann *der Mensch in der Revolte*. Und die Revolte wird von Camus, durchaus komplementär zu der Weise in der Sennett seine ‚zwei Linien‘ unterscheidet, verstanden und gegen die Revolution gestellt, so wie sie von den geschichtsmächtig gewordenen Marxisten (also Lenin) konsequent und im Zweifel eben rücksichtslos und mörderisch auf ein teleologisch als zwingend gedachtes fernes Endziel hin organisiert und, wenn auch nicht intentional so doch folgerichtig, in den staatlichen Terror geführt wurde.

Bei Camus liegt also der Akzent darauf, dass *die Solidarität der Menschen (...) in der Bewegung der Revolte* gründet. Die Kritik dieses Linksnietzscheaners in *Der Mensch in der Revolte* richtet sich im Weiteren gegen geschichtsmetaphysische Konzepte, die in letzter Konsequenz alles Leben im Hier und Jetzt einem transzendenten Ziel unterordnen, das in die ferne Zukunft verlagert ist. Folgerichtig führt das mit dem Marxismus-Leninismus in den *rationalen Terror* des Stalinismus, und folglich endet die Passage, der das Zitat entnommen ist, wie folgt: *Wir sind also zu sagen berechtigt, dass jede Revolte, die diese Solidarität leugnet oder zerstört, sofort den Namen Revolte verliert und in Wirklichkeit zusammenfällt mit der Zustimmung zum Mord*. Es käme nun aber heute – nach der Beerdigung jeglicher marxistischer Geschichtsmetaphysik und mithin in gesellschaftspolitischer Perspektive ohne die irrixe Fixierung auf eine vermeintlich revolutionäre Klasse - sehr darauf an, nach Werten und Zielen zu fragen, die sich Ansatzweise in heutigen Revolten in der Arbeitswelt erkennen lassen und über die sich, in Camus Worten, *der Mensch im anderen steiger(n)* kann.

Erst solche Steigerung aus Camus' *ich revoltiere, also bin ich* heraus wäre Solidarität. Und sie unterscheidet sich damit, anders als Markus Pausch meint, von der aus christlicher Nächstenliebe begründeten Solidarität. Pausch hat in seinem Buch *Demokratie als Revolte* Camus' Solidaritätsbegriff – im Spannungsverhältnis von *Solitaire* und *Solidaire* – mit der Solidarität aus christlicher Nächstenliebe verglichen; und er meint, sie sei im Grunde mit ihr, die zu Mitmenschlichkeit und Humanismus befähigen will, identisch. Aber er kommt so in eine Schwierigkeit. Denn er stellt selbst völlig zu Recht auch fest: Die Solidarität auf Grundlage der Nächstenliebe des Christentums entstehe *mit durch und für Gott*, die, welche Camus meine, hingegen aus

²⁰ Vgl. dazu ausführlich und überzeugend Becker 2013, 256.

der Revolte gegen *das menschliche Verlassensein, das Schweigen der Welt, die Unterdrückung, den Zwang und die Unfreiheit.*²¹ Und er endet dann, Camus zitierend, mit dem Satz: *in der Revolte wächst der Mensch über sich hinaus und entdeckt die anderen.* Der Christ muss aber nicht revoltieren und mit anderen zusammenhandeln, um aus Nächstenliebe solidarisch zu sein. Er ist dies vielmehr als Einzelner vor und für Gott. Solidarität hingegen, wie sie Camus versteht und grundlegend in seiner existenziellen Philosophie fundiert, erwächst aus einem Prozess heraus, der aus je konkret veranlassten Revolten heraus entstehen *kann*. Es geht also um Möglichkeiten und nie um historische Notwendigkeiten – und die Folgerichtigkeit, mit der aus der Einsicht, dass *der Mensch in der Revolte* stehe, schließlich der Satz folgt: *ich revoltiere, also bin ich*, ist die eines stringenten philosophischen Denkens. Solches Denken beginnt Camus im *Mythos des Sisyphos* mit der Frage nach dem Sinn des Lebens als der *dringlichste(n) aller Fragen*. An sie anschließend stellt er aber kurz darauf, sicherlich zutreffend, fest: *Wir müssen jene berücksichtigen, die fortgesetzt Fragen stellen und keine Schlüsse ziehen. Ich sage das fast ohne Ironie: es handelt sich um die Mehrheit.* Die Entscheidende Voraussetzung für die mögliche Entfaltung der Revolte ist mithin, dass sich darüber ein sozialer Raum entfaltet, in dem die Revoltierenden lernen, Schlüsse zu ziehen und sich die Werte und Ziele bewusst zu machen, die sie gewissermaßen in letzter Instanz antreiben.

Dieser Unterschied zwischen Nächstenliebe und Solidarität ist wichtig genug, um hier festgehalten zu werden. Er besagt freilich nicht, dass Menschen aus jeweiligen existenziellen oder christlichen Begründungen heraus im konkreten Fall nicht gemeinsam solidarisch handeln können.²² Die ‚Willkommenskultur‘ angesichts der ‚Flüchtlingskrise‘ im Herbst 2016 zum Beispiel, die viele in ihrem Ausmaß überrascht hat, dürfte sich aus verschiedenen ethischen Begründungen heraus entwickelt haben – und wir haben es hier mit einem noch nicht abgeschlossenen Prozess zu tun. Solche Willkommenskultur beruht selbstverständlich grundlegend auf unserer Empathiefähigkeit, von der wir gemeinhin sagen, dass sie nur im Nahbereich von Familie und Gruppe eine große Rolle spiele.²³ Dass sie jedoch im Herbst 2015 massenhaft entstehen

²¹ Es geht wie schon bei Diderot darum, aus der Frage nach einem *klarsichtige(n) und gelassene(n) Erkennen unseres Platzes in der Natur als hochintelligente, emphatisch veranlagte Primaten* (Blom 2010) und *aus der Sinnlosigkeit der Existenz von homo sapiens eine Ethik zu gewinnen*.

²² Rainer Zoll verweist auf eine Untersuchung von Thomas Kleine (1992), der in einer *stark an der Entwicklung des Solidaritätsgedankens in der katholischen Soziallehre orientierten Arbeit über ‚Solidarität als Prozess‘ (...)* den Prozesscharakter des Lernens von Solidarität hervorgehoben hat. Wer sich von einer christlichen Ethik leiten lässt lebt und handelt als Mensch eben unausweichlich auch immer in sozialen Zusammenhängen und entwickelt dann aus ihnen heraus Solidarität – es sei denn er wählt das Leben eines Eremiten.

²³ Der Evolutionspsychologe Robin Dunbar (2017) hat mit seiner Forschungsgruppe für *Social and Evolutionary Neuroscience* viele Indikatoren dafür gefunden, dass wir Menschen aufgrund grundlegender neurologischer Bedingtheiten unseres Gehirns nur in der Lage sind, zu ungefähr 150 Personen Freundschaftsbeziehungen, von unterschiedlicher Dichte, sozusagen dem Bild mehrerer jeweils weiter ausgreifender Kreise entsprechend, zu entwickeln –

konnte, ist auch Ausdruck der tiefgreifenden, technologisch induzierten Veränderungen unserer digitalisierten Welt. In ihr ist uns eben in der Tat alles Geschehen auf dieser Erde räumlich und Zeitlich sehr viel näher gerückt. Wir können in Jetztzeit erfahren, was rund um den Globus geschieht. Und die Massenmedien bringen uns fast tagtäglich unsere evolutionäre biologische und soziale Vergangenheit - und einige unserer möglichen Zukünfte - in Dokumentationen, fiktiven Bildern oder in Form von Sciencefiction in unsere Wohnzimmer. Geschlossene homogene Einheiten lösen sich so gesehen auf, und ebenso werden die klaren Grenzen von innen und außen, vertraut und fremd durchlässig. Die fortwirkenden Kräfte der Vergangenheit, ebenso wie die Freiheit unserer zugleich bedingten Entscheidungen in der Gegenwart und damit die Offenheit der Zukunft können uns leichter bewusst werden. Das Nach-Denken darüber wird mehr Menschen nahegelegt.

Der wohl eher konservative Philosoph Rüdiger Safranski spricht in seinem jüngsten Buch *Zeit* völlig zutreffend davon, dass *die aufdringliche Gegenwart einer globalisierten Realität im Erregungstheater* entstehe, die *einen bestimmten politischen Moralismus, eine Fern-Ethik im Zeitalter des Fern-Sehens* erzeuge – und dabei hat er die Steigerungen solcher Entwicklungen über die sozialen Medien wie Facebook noch überhaupt nicht im Blick. Doch dass dieser Prozess so abläuft, hat selbstverständlich damit zu tun, dass er uns als ein politischer Gestaltung nahezu entzogener quasi naturwüchsiger Prozess in die Wohnzimmer flimmert – und dass das Internet seiner jeweiligen hoch selektiven Wahrnehmung und emotional verrohenden Bewertung neue Räume verschafft. Damit wäre öffentlich und politisch angemessen umzugehen. Sicher ist allerdings, dass nicht nur die populistischen, rückwärtsgewandten und zutiefst reaktionären vorgeblichen Lösungsangebote, sondern auch das immer noch vorherrschende lineare Fortschrittsdenken unserer Zeit alles andere als angemessen sind. Doch ob und wie aus den hier nur angetippten jüngsten Entwicklungen heraus auch Solidarität in neuer Form und als stärker werdende Bewegung entstehen wird, ist durchaus offen. In den sich absehbar weiter zuspitzenden multiplen Krisenentwicklungen wird sich erst noch erweisen müssen, ob wir gegenüber den vermeintlichen einfachen rechtspopulistischen Lösungsversprechen tragfähige, also nachhaltige und solidarische Antworten finden werden. Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen unter anderem vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen davon, dass es gilt, unsere *imperiale Lebensweise* - die durch die kapitalistisch weiter forcierten und geprägten strukturellen Zwänge von Produktion und Konsumtion bestimmt wird - zu einer *solidarischen* zu verändern. Der Begriff der *imperialen Lebensweise* mag da unglücklich gewählt sein und falsche Assoziationen nahelegen. Die beiden treffen damit aber ziemlich punktgenau die Herausforderungen der Zeit.

Diese Herausforderungen sind, wie die Debatte um das Anthropozän, also eine durch uns Menschen geprägte Epoche, und die Gefahr, dass unser herrschaftlich geprägtes Naturverständnis dieses Anthropozän seinem Ende entgegentreiben

und er kommt damit auf eine Zahl, die höher liegt als bei vergleichbaren, noch nicht auf wirklicher Empathie gegründeten Beziehungen bei anderen Primaten. .

könnte, mindestens aber in kaum absehbare Katastrophen globalen Ausmaßes, umfassender bestimmt. Der Physiker und Philosoph Harald Lesch ist in Bezug auf diese Drohung und Herausforderung in seinen spätabendlichen Fernsehsendungen in den dritten Programmen unermüdlich aufklärerisch tätig. Er hat in seinem zusammen mit Klaus Kamphausen im Jahr 2016 veröffentlichten Buch manche als Experten ausgewiesene Wissenschaftler zu Wort kommen lassen und viele Argumente für die begründete Sorge zusammengetragen, dass die Menschheit dabei ist, sich abzuschaffen. Und es geht hier in der Tat um Fragen, die unsere gesamte Lebensweise betreffen. Tragfähige Antworten darauf müssten also über eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft hinaus auch tiefreichenden Veränderungen unseres herrschaftlich geprägten Naturverständnisses und gleichermaßen solche unseres seit Jahrtausenden zutiefst herrschaftlich geprägten Geschlechterverhältnisses einschließen. Unserem insbesondere im Hinblick auf die drohende Klimakatastrophe weitgehend ‚unbeirrt‘ weiterlaufenden herrschenden Politikbetrieb würden kritische Beobachter wie Bruno Latour, da wohl einen regelrechten *Leugnungswahn* attestieren. Und ein philosophisch im Anschluss an Camus ansetzendes Verständnis von einer aus der Revolte erwachsenden Solidarität wäre heute im Hinblick auf einen so umfassenden Rahmen radikaler Herrschaftskritik zu entfalten – gegen das bloße Festklammern an vermeintlich ‚bewährten‘ institutionellen Strukturen wie etwa denen der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien. Und solches Festklammern gilt offenkundig nicht nur für die Orientierungen der Menschen und die Beschwörungsformeln im herrschenden Politikbetrieb. Auch der Wissenschaftsbetrieb ist davon keineswegs frei. In zwei langen Interviews in den Jahren 2003 und 2008 hat M. R. Lepsius das im Rahmen seiner kritischen Einschätzung der gegenwärtigen Soziologie als einer *Krisenwissenschaft* klar formuliert. Er hat der Soziologie vorgehalten, sie sei selbst *eine Dauerkrise*, ohne *Selbstreflexion in bemerkenswertem Ausmaß* und dann weiter ausgeführt: *Wir befreien uns nicht von den Problemdefinitionen, wie sie durch Institutionen geschaffen sind, obwohl sie keine plausible Relevanz für eine soziologische Analyse haben.* Er trifft damit exakt dieses Problem, denn die institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien versprechen, zunehmend offenkundig, keine längerfristigen Sicherheiten mehr. Und im Übrigen haben sie soziale Sicherheiten und Aufstiegsmöglichkeiten zusammen mit der verfassten Rechtsstaatlichkeit parlamentarischer Demokratien schon immer nur für eine relativ begrenzte Minderheit der Menschen auf diesem Planeten geboten.

Doch am Ende dieses Kapitels sei noch einmal ein Blick zurück geworfen. Die Entfaltung von Solidarität aus der Revolte heraus gab es historisch ja in höchst verschiedener Weise und mit unterschiedlicher Reichweite. Das kann gut am Beispiel der weiter oben schon angesprochenen deutschen Bergarbeiterbewegung gezeigt werden. Es gab gerade im Bergbau höchst unterschiedliche richtungsgewerkschaftliche Strömungen. Neben der sozialistischen, die sich nach 1918 in eine sozialdemokratische und eine kommunistische aufspaltete, eine starke christliche und auch eine anarchosyndikalistische. Transzendental gesetzte Werte oder in einer säkulare Wendung transzendental in eine diesseitige Zukunft verlagerte Ziele und Heilsversprechen konnten also innerhalb der Arbeiterbewegung starke Bindungen als Vorausset-

zung solidarischen Handelns erzeugen. Der oben erwähnte Streik von 1889 wurde im Kern von christlich orientierten Bergleuten organisiert, die der staatlichen Obrigkeit aus langer Tradition heraus stark verbundenen waren. Die kapitalistische Reorganisation des vormals staatlich geprägten Bergbaus nötigte schließlich unabweisbar dazu. Über die aus dem Streik heraus entbundene Bewegung gewannen dann sozialdemokratische neben den christlichen Ideen an Bedeutung – und aus der Streikbewegung heraus entwickelte sich Solidarität als Prozess. Die Gewerkschaften sind, nachdem die Arbeiterbewegung als soziale Bewegung in die von Christian von Ferber so bezeichneten *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften* der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien gemündet ist, Teil von deren Institutionengefüge geworden. Und ebenso wie dieses Institutionengefüge sind auch sie selbst Erosionsprozessen ausgesetzt. Die Christlichen Werte verlieren heute gesellschaftlich sukzessive an Bindungskraft. Die alten sozialistischen sind, aller spätestens seit der Implosion des Realsozialismus, in den Worten von Marx, zunächst einmal *moralisch verschlissen*. Aber sozialistische Vorstellungen entstehen derzeit auch wieder neu. Und wenn sich mit dem Marxismus-Leninismus auch die Idee des Proletariats als eines revolutionären Subjekts aufgelöst hat, so bleibt Solidarität in der Sphäre der Erwerbsarbeit unter den dort in ihrer Arbeit kooperierenden Menschen doch wichtig. Jedenfalls sollte man angesichts der *neuen Pathologien von Arbeit* mit Arno Georg, Gerd Peter u.a. fragen, wie Solidarität, aufbauend auf der Rationalität der Kooperation als eines überindividuell vermittelten Zusammenhangs zwischen Einzelnen, gestärkt und entfaltet werden kann. Aber auch dann, wenn seitens der Arbeitenden selbst wirkliche Schritte hin zu einer Demokratisierung von Arbeit solidarisch durchgesetzt werden können, von denen her sich nächste Schritte zu einer Demokratisierung der Wirtschaft vielleicht konkreter denken lassen²⁴ - ‚einfach‘ von da her gedacht ergeben sich immer noch keine wirklich transformatorischen Ziele im Hinblick auf die existenziellen Herausforderungen unserer Zeit.

Wenn wir uns also heute der Frage nach Solidarität in der Arbeitswelt zuwenden, sollten wir uns der Begrenztheit der damit angezielten Perspektiven bewusst sein. Wir reden hier, das ist die zentrale Schlussfolgerung aus den voranstehenden Überlegungen, nicht über *das* emanzipatorische Menschheitsprojekt schlechthin, wie das in Teilen der alten, vergangenen Arbeiterbewegung von deren Aktivisten einmal geglaubt wurde. Wir handeln vielmehr von begrenzten Handlungsansätzen, die sich gegen die sozialen Folgen drohender Prekarität und fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungsprozesse sowie die neuen Pathologien von Arbeit wenden. Wir sollten allerdings immer auch danach fragen, ob und wie über entsprechende Handlungsansätze auch weiterreichende Ziele in den Blick geraten können.

²⁴ Die Herausforderung zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft hat mich in der jüngeren Vergangenheit wiederholt intensiv beschäftigt: anknüpfend an meine Mitbestimmungsforschung (resümierend Martens 2013,36-161) bereits in den letzten Jahren meiner Erwerbstätigkeit (Martens 2010) weiter im Rahmen meiner Mitarbeit im Forum Neue Politik der Arbeit (Martens/Scholz 2011) sowie fortlaufend im Rahmen meiner publizistischen Tätigkeit (u.a. Martens 2011, 2015 und 2017b).

5. Aus der Revolte heraus entfaltete Solidarität an den Grenzen ihrer institutionellen „Einmauerung“

Hält man sich die bis hierher angestellten konzeptionellen Überlegungen vor Augen, dann führen sie einen, jedenfalls im Blick auf die Entwicklungen in Deutschland, vor allem zu einer Frage: Wenn wir uns heute zutiefst krisenhaften Entwicklungsprozessen gegenübersehen, ja wenn von multiplen Krisenprozessen gesprochen werden muss, die vom herrschenden Politikbetrieb nicht gelöst sondern eher verschleppt werden, weshalb bleiben dann Camus' Revolten aus? Wie ist es möglich, dass die multiplen Krisen sich zu einer dunklen Problemwolke knäulen, von der Karl Georg Zinn in seinem jüngsten Buch spricht und von der sich wachsende Teile der Gesellschaft bedroht fühlen, ohne dass es zu Revolten kommt, aus denen heraus Prozesse solidarischen Handelns gegen solche Bedrohungen entstehen könnten? Auch diese Frage nötigt zu weiteren theoretischen Klärungen. Um einer Antwort näher zu kommen, will ich zunächst im Zusammenhang mit der empirischen Frage nach Solidarität in der Arbeitswelt die Herausforderungen und Konflikte unserer durch *Neue Arbeit* und *Arbeitskraftunternehmertum* geprägten Arbeitswelt in einem ersten Schritt näher in den Blick nehmen. Neben den eher verdeckten Alltagskonflikten haben sie sich in den vergangenen fünfzehn Jahren in unterschiedlicher Dichte und mit zwei Kulminationspunkten in den Jahren 2006 bis 2008 und 2015 ergeben.²⁵ Aus meiner Sicht stehen in diesen Konflikten thematisch, also als auslösende Anlässe, im Vordergrund: (1) der Kampf um die Sicherung von durch Verlagerung/Schließung bedrohten Standorten sowie (2) damit verknüpfte und durch eine gewerkschaftliche ‚Flucht nach vorne‘ gestützten und mit Orientierung versehenen Konflikte um eine im Betriebsalltag mitbestimmte und – gestaltete präventive und innovative Reorganisation von Arbeit. Auch hier geht es um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine gleichzeitige Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit. In den Tarifkonflikten 2015, die in hohem Maße von weiblichen Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe getragen werden, rückt schließlich (3) als Konfliktziel die Aufwertung von Dienstleistungsarbeit in den Vordergrund, die ganz überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Alle diese Konflikte sind im Hinblick auf Verlaufsformen, Ziele und Ergebnisse untersucht worden, weiter im Blick auf das Handeln involvierter Gewerkschaften sowie der Rolle der betrieblichen Interessenvertretungen, zum Teil auch hinsichtlich der in ihnen freigesetzten Dynamiken sowie die Gründe für deren Erschöpfung. Die Frage nach Solidarität in der Arbeitswelt wurde in diesen Untersuchungen hingegen kaum einmal explizit in den Vordergrund gerückt.

Betrachtet man Ziele und Konfliktergebnisse im Licht ihrer öffentlichen/medialen arbeitspolitischen Bewertung, kann man sagen: Ökologische Herausforderungen tauchen in ihnen allenfalls ganz am Rande im Zusammenhang einer innovatorischen

²⁵ Zum erstgenannten Zeitraum siehe die von Uwe Dechmann und mir (2010) durchgeführte Untersuchung v zu Standortkonflikten *am Ende der Deutschland AG* und weiter die Bestandsaufnahme zu *Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen* von Richard Detje und Anderen (2008). Zu dem ‚*ungewöhnlich intensiven*‘ Streikjahr 2015 siehe Ingrid Artus 2017.

Gestaltung von Arbeit auf; und die Aufwertung weiblicher Arbeit wird zwar allgemein befürwortet, dass sie über die jeweiligen Konflikte allenfalls in sehr schwachen Ansätzen gelingt, wird jedoch nie zum öffentlichen Skandal. Entscheidend ist vielmehr regelmäßig die Frage, ob angesichts des Drucks einer wie ein Naturereignis angesehenen Globalisierung Arbeit gesichert, neu geschaffen oder im staatlichen Sektor noch bezahlt werden kann. Die Unterwerfung unter vermeintliche ökonomische Zwänge prägt den öffentlichen Diskurs. Für die einzelnen Vielen geht es so darum, angesichts dieses Drucks die jeweils eigene Position zu behaupten. Aber wie bei Naturkatastrophen eben auch gilt von dem gesellschaftlich vorherrschenden Blickwinkel aus: wir sollen uns darauf einstellen, dass manche dem Druck eben auch zum Opfer fallen. Und potenziell sind sehr viele mit dieser Gefahr konfrontiert. Man könnte da geneigt sein, Daniele Giglioli zuzustimmen, der in seinem 2016 erschienenen Buch *Die Opferfalle* danach fragt, weshalb sich heute *der Opferstatus zu etwas erstrebenswerten, zur politischen Trumpfkarte* (konservativer und reaktionärer Politik H. M.) *gewandelt* habe (Klappentext), wenn er schreibt:

Der erste Schritt müsste darin bestehen, damit neu anzufangen oder wiederanzufangen, sich als Konfliktpartei zu begreifen, nicht als Vertreter einer gespenstischen Universalität wie der von der Opferethik versprochenen.

Die Frage ist dann aber, angesichts der Konflikte, die stattfinden, in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft wie in der Gesellschaft,²⁶ woran es liegt, dass zweite und dritte Schritte weithin ausbleiben. Giglioli hat mit der *Opferrolle*, eine Analyse vorgelegt, die den Gründen dafür auf die Spur zu kommen sucht, die nach seiner Auffassung heute in den sogenannten fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften eine Praxis der Revolte zu ersticken drohen. Er geht dieser Frage unter der leitenden Hypothese nach, *dass diese Mythologie (des Opfers H. M.) das Symptom nicht etwa eines ontologischen Zustands sondern einer historischen Situation ist*. Allerdings geht Giglioli zur Erklärung des Mythos der Opferfalle auf weit zurückliegende vorkapitalistische Gesellschaften und archaische erste Vergemeinschaftungen zurück. Er operiert also mit dem Rückgriff auf frühe, fast archaische Vergesellschaftungsformen - ähnlich wie Giorgio Agamben im *homo sacer* auf den Bann als das ursprüngliche politische Verhältnis zurückgeht. Das könnte dazu führen, dass die *Differenz zwischen modernen ‚sachlich vermittelten‘ Verhältnissen und den vormodernen Verhältnissen persönlicher Abhängigkeit (...)* in der Konsequenz *unbegreifbar gemacht* wird, wie Frieder O. Wolf (2009) im Blick auf Agamben angemerkt hat. Für eine systematische Auseinandersetzung mit dieser Frage, im Hinblick auf Gigliolis Untersuchung, ist hier nicht der Ort. Aber wenn er die Opferrolle unter anderem festmacht an (1) dem Versprechen der Identität und die Reduzierung des Subjekts *auf einen Träger von Eigenschaften (und nicht etwa von Handlungen)* oder an dem *heute weitverbreitete(n) Bedürfnis nach Unschuld*, die dem Opfer geradezu konstitutiv eigen ist, hat das schon einige

²⁶ Wie Joachim Roth hervorgehoben hat, war 2011 nach 1968 und, im Blick auf Osteuropa, 1989 das Jahr mit den weltweit größten Protestbewegungen.

Überzeugungskraft. Zusammenfassend hält er im Ergebnis solcher Überlegungen fest: die Verkörperung des Opfers

stärkt die Mächtigen und schwächt die Subalternen. Sie höhlt Handlungsfähigkeit aus. Sie verstetigt das Leid. Sie kultiviert das Ressentiment. Sie veredelt das Imaginäre. Sie befördert die Entwicklung rigider, oft auch fiktiver Identitäten. Sie kettet an die Vergangenheit und belastet die Zukunft mit Hypotheken. Sie entmutigt uns, Veränderungen vorzunehmen.

Seine eben exemplarisch angesprochenen Hinweise liefern also Anhaltspunkte. Man könnte freilich auch anders mit Rüdiger Safranski - anschließend an seinen Rückblick auf den philosophischen Diskurs der Moderne - argumentieren, dass die Utopie an Kraft verloren habe, die am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne gestanden hat. In der Einleitung zu seinem Schopenhauerbuch schreibt er:

Die ‚wilden Jahre der Philosophie‘: Kant, Fichte, Schelling, die Philosophie der Romantik, Hegel, Feuerbach, der junge Marx. So erregend und erregt war eigentlich noch nie gedacht worden. Der Grund: die Entdeckung des Ichs, ob dieses nun in der Rolle des Geistes, der Sittlichkeit, der Natur, des Leibes, des Proletariats vorgeführt wurde – es stimmte euphorisch, gab zu den ausschweifendsten Hoffnungen Anlass. Man holte sich die ‚an den Himmel verschleuderten Reichtümer zurück‘. Man bemerkte: Lauter selbstgemachte Dinge. Man kam in sein Eigentum, zu welch fernen Ufern man auch aufbrach. Das entzückte eine Weile lang, dann aber enttäuschte es. Indem man in den alten Reichtümern der Metaphysik das Selbstgemachte entdeckt, verlieren sie ihren Zauber, ihre Verheißungen. Sie werden matt und trivial. Was das ist ‚Sein‘, weiß man nicht mehr, auch wenn es allerorten heißt: ‚Das Sein bestimmt das Bewusstsein‘. Was tun? Wenn man schon der Macher ist, dann muss man eben möglichst vieles machen. Man sucht Zukunft in hektischen Akkumulationen. Das Glück der Erkenntnis verschwindet. Es bleibt ihr bloßer Nutzen. ‚Wahrheiten‘ sind bloß noch dazu da, dass sie ‚verwirklicht‘ werden. Das entbindet die säkularisierte Religion des Fortschritts und des Wachstums. Es kommt die Zeit, in der man sich vom Gemachten umzingelt fühlt und sich nach dem Gewordenen sehnt, eine Zeit, in der dann die Aneignung des Eigenen zum Problem wird; dann ist von Entfremdung inmitten der selbstgemachten Welt die Rede, dann wächst das Gemachte den Machern über den Kopf. Die Einbildungskraft entdeckt eine neue Utopie: Die Beherrschbarkeit des Gemachten. Wo diese Utopie an Kraft verliert, greift eine neuartige Angst um sich: Die Angst vor der selbstgemachten Geschichte. Wir sind in der Gegenwart angekommen.

Safranskis Argumentation mündet letztlich in einen, nur wenig kritischen Blick auf die neue gläubige Zuversicht, die uns heute die Systemtheorie verspricht. Diese gläubige Zuversicht leitet seit langem den herrschenden Politikbetrieb, wie Zigmunt Bauman schon vor nahezu zwanzig Jahren konstatiert hat. Sie bewirkt die gegenwärtige Krise der Politik, je weiter die Deregulierung voranschreitet und die politischen Institutionen entmachtet, die sich im Prinzip dem freien Fluss von Kapital und Finanzen entgegenstellen könnte. Ich würde allerdings, an Bauman anschließend, zum Verständnis un-

serer gegenwärtigen Lage nicht mit Safranski die ideologische systemische Weltdeutung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Denn die Luhmannsche Systemtheorie ist ja der *hegelschen Gleichgültigkeit gegen die Menschen in Fleisch und Blut* einigermmaßen ähnlich, wie Ludwig Marcuse sagt. Luhmann operiert mit der Behauptung systemisch verselbständigter Prozesse. Deren Umkehrung erklärt er für unmöglich, und die Menschen als tatsächliche gesellschaftliche Subjekte dieser Verselbständigungsprozesse und daher mögliche Subjekte ihrer Wiederaneignung kommen in seinem theoretischen Modell schlicht nicht vor. Folglich lässt es eine Kritik der Fesselung unserer Zukunft an die Vergangenheit, um die es Giglioli geht, im Ernst gar nicht zu. Baumans Kritik hingegen zielt auf die Entmachtung politischer Institutionen, und sie verweist damit auf ein Versagen der politischen Eliten – oder eben, im Rückbezug auf Gigliolis Argumentation, darauf, dass die Aushöhlung von Handlungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit auf der Ebene der Eliten begonnen hat – vornehmlich in den Sphären von Wirtschaft und Politik. Von hier aus ist das *Weiter-so* als ein vorgebliches Sich-Fügen in unausweichliche Sachzwänge forciert worden. Und so gesehen sind auch die Eliten - und die Reichen, die, so nochmals Giglioli, *rebellieren (...), die sich von den Armen befreien, die Fürsorgepflicht abschaffen, keine Steuern mehr zahlen wollen* - in einer Art Opferrolle. Das jedenfalls wäre meine Antwort auf dessen Frage, warum sie, *wenn die Geschichte, wie sie festzustellen lieben, ihnen recht gegeben hat, (...) dann nicht still sind*. Die neue gläubige Zuversicht beruhigt eben auch diejenigen, die vom weiter forcierten systemischen Selbstlauf einer entfesselten Vermarktlichung profitieren, nicht wirklich. Die multiplen Krisenentwicklungen, die sich weiter zu einer dunklen Problemwolke knäulen und zuzuspitzen drohen, sind eben für alle bedrohlich und immer weniger leicht zu übersehen.

Ich möchte also auf das Gefüge politischer Institutionen hinaus und darauf, dass uns hier Elitenversagen entgegentritt – und weiter auch darauf, dass sich von daher die Frage aufdrängt, ob und wie der politische Raum der Gesellschaft heute neu erweitert und für das Handeln der Menge der Vielen geöffnet werden kann, um solchem Elitenversagen begegnen zu können. Für das Verständnis der gegenwärtigen Lage würde ich deshalb vorschlagen, in einer nochmals veränderten Perspektive vom Gefüge der Institutionen unserer immer noch institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften auszugehen. Camus' existenziell gedachter *Mensch in der Revolte* bleibt im Licht von Gigliolis Analyse unserer *Opferrolle* zwar eindrucksvoll, erscheint auf den ersten Blick aber auch als nahezu hilflos. Der Blick auf institutionelle Mechanismen hilft hier weiter. Die Institutionentheorie belehrt uns, dass Institutionen durch sinnstiftende Leitideen geprägt sind, deren Tragfähigkeit aber nicht zuletzt daran gebunden ist, dass sie, rechtlich und organisatorisch gefestigt, spezifische Funktionen und Leistungen für eine Gesellschaft erbringen können.²⁷ Das hohe Ansehen der *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften* und wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien - verankert im kollektiven Gedächtnis der Menschen und stets neu beschworen von

²⁷ Hier ist noch immer auf den Stand der politikwissenschaftlichen Debatten zu verweisen, die zu Beginn der 1990er Jahre im DFG-Förderschwerpunkt *Theorie politischer Institutionen* geführt worden sind (vgl. Göhler 1994 und speziell zur Institutionentheorie Rehberg 1994).

der Politik – gründet darin, dass hier in Westeuropa über mehrere Jahrzehnte hinweg eine Art Erfolgsgeschichte geschrieben worden ist. Sicherlich steht sie vor dem Hintergrund der Katastrophen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts besonders glänzend da; und gerne wird ausgeblendet, dass sie nie ein Entwurf auch für den globalen Süden, also nach dem damaligen Sprachgebrauch die Länder der ‚Dritten Welt‘, gewesen ist. Auch wird im nostalgisch eingefärbten Rückblick gerne übersehen, dass diese Gesellschaften - von wenigen Ausnahmen abgesehen, etwa in den skandinavischen Ländern - zutiefst patriarchal-herrschaftlich geprägt waren, dass schon damals eine fragwürdige Wissenschaftsgläubigkeit die Vorstellungen von einem stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt beflügelte und dass die parlamentarische Demokratie als Herrschaftssystem die aktive Teilhabe der BürgerInnen am politischen Prozess, über den regelmäßigen Gang zur Wahlurne hinaus, weitestgehend ausschloss. Seit Beginn des neoliberalen Rollbacks erodieren die Institutionen der *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften* unserer wohlfahrtsstaatlichen Demokratien zwar, denn sie erbringen die versprochenen Leistungen nicht mehr, aber sie prägen weiterhin das Denken und Handeln der Menschen. Zu dieser Prägung gehört auch deren Festlegung auf eine politisch passive Rolle. Sie wurde in Deutschland der 1970er Jahre im Zeichen des *mehr Demokratie wagen* zwar ein wenig infrage gestellt, letztlich aber blieb das weitgehend folgenlos. Danach folgte das neoliberale Rollback.

Zigmunt Bauman hat in seiner Analyse der *Krise der Politik* diese neuerliche Zuschreibung einer passiven Rolle für die BürgerInnen herausgearbeitet. Er legt nämlich dar, dass die Agora als der öffentliche Raum, in dem sich nach dem Verständnis der Griechen in der Polis die Sphären des Privaten und des Öffentlichen treffen, zunehmend destruiert werde. Dies geschehe dadurch, dass das Öffentliche darin *seines eigenen separaten Inhalts beraubt* werde. Im Zeichen des neoliberalen Rollbacks bestehe es in unseren Talkshows nur noch aus einer *Anhäufung privater Schwierigkeiten, Sorgen, Probleme, zusammengeschustert aus individuellen Sehnsüchten nach Beistand*. Dafür aber fehle zugleich *jede Aussicht auf kollektive Mittel, die beim Umgang mit individuellen Problemen kollektiv einsetzbar wären*. Er zeigt so sehr prägnant, wie so etwas wie Gigliolis Opferrolle gesellschaftlich hergestellt wird – und fast beiläufig weist er in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Medien hin.

Ich setze also etwas anders an, wenn ich das Augenmerk auf das herrschende Institutionengefüge richte und zugleich mit M. R. Lepsius im Blick auf die Soziologie konstatiere, dass wir (...) *uns nicht von den Problemdefinitionen, wie sie durch Institutionen geschaffen sind (befreien), obwohl sie keine plausible Relevanz für eine soziologische Analyse haben*. Es geht also in zunehmend als unsicher erlebten Zeiten um Prägungen durch vermeintlich immer noch bewährte institutionelle Strategien; und diese Prägungen gelten auch für die Angehörigen der politischen Eliten. In diesem Sinne kann man dann die Hypothese formulieren, dass Revolten, die es in der Arbeitswelt durchaus gibt, in nach wie vor höchst wirksamen institutionellen Denkmustern und Strukturen stecken bleiben. Und zugleich drängt sich die Vermutung auf, dass diese Strukturen – in Deutschland etwa die der vielbeschworenen sozialen

Marktwirtschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte - auch deshalb so langlebig orientierend wirken können, weil sich mit ihnen auch die Vorstellung sehr Vieler verknüpft, damit doch schon einmal die grundlegenden Versprechen von Aufklärung und demokratischem Projekt der Moderne fast eingelöst gehabt zu haben. Die dringend notwendige – und zwar im Wortsinne von Notwenden – radikale Herrschaftskritik wird von einer Art nostalgisch verklärtem Blick zurück verstellt.

Man müsste also im Blick auf die Sphäre der Erwerbsarbeit das Augenmerk darauf richten, welche Werte in Konflikten virulent werden, über deren solidarische Verfolgung Menschen *sich aneinander steigern* können, sodass, in den Worten Camus, aus einer anfänglich *durchsichtige Komplizenschaft der Menschen untereinander, ein gemeinsames Band, die Solidarität der Kette, (werden kann), die Menschen einander ähnlich macht und verbündet*. Es gibt hier durchaus denkbare Zielvorstellungen im Sinne von systemüberwindenden Reformen. Aus der deutschen Sozialdemokratie heraus wurden entsprechende Überlegungen schon 1984 von Peter von Oertzen formuliert. Die Schubkraft des sozialdemokratischen Jahrzehnts, also der 1970er Jahre in Deutschland, war erschöpft. Das neoliberale Rollback im Zeichen von *Thatcherism* und *Raegonomics* gewann an Fahrt, nachdem es nach dem Militärputsch in Chile 1973 nach den Vorstellungen der ‚Chicago-Boys‘ seinen Probelauf absolviert hatte. Doch die *europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien* begannen damit, *der neoliberalen Theorie und Praxis* hinterherzulaufen und sie zu *adaptieren, statt darüber nachzudenken, was sie dagegen tun könnten und müssten*. Andrea Ypsilanti hat das in ihrer jüngsten Streitschrift konstatiert und die seitherige Krise der Sozialdemokratie treffend nachgezeichnet. Und auch sie argumentiert, dass es sich lohnt, *Camus wiederzuentdecken. Seine Kritik* sei nicht nur *historisch richtig* gewesen. Es gelte vielmehr, *seine Philosophie des mittelmeerischen Denkens, die auf syndikalistische Modelle verweist – sozialdemokratisch formuliert – ‚auf der Höhe der Zeit‘ neu zu interpretieren*. Eine sehr grundlegende Zielvorstellung, die Camus zu Beginn der 1950er Jahre in allgemeiner Weise umrissen hat, sei hier genannt. Er schreibt gegen Ende von *Der Mensch in der Revolte*:

Es beleuchtet nur das Drama unserer Zeit, in der die Arbeit, weil ganz der Produktion unterstellt, aufhörte schöpferisch zu sein. Die industrielle Gesellschaft wird nur dann den Weg zu einer Kultur bahnen, wenn sie dem Arbeiter seine Würde als Schöpfer zurückgibt, d. h. wenn sie sein Interesse und seine Gedanken ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt lenkt.

Das Zitat, entnommen aus einem der abschließenden Essays seines Buches, zeigt zunächst einmal, dass Camus – insofern der Geschichte der Arbeiterbewegung, und in ihr in der späteren Formulierung Sennetts der *sozialen Linken* eng verbunden – seinen Blick in besonderer Weise der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft zugewandt hat. Aber für die *politische Linke* gilt eben, dass sie nie wirklich darauf zielte, die *Gedanken* der abhängig Beschäftigten ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt zu lenken. Peter von Oertzen stellt im Zuge seiner historischen Analyse der *Betriebsräte in der Novemberrevolution* völlig zutreffend fest.

In der Praxis beschränkte sich die Bewegung darauf, in zwei getrennten Organisationen, Partei und Gewerkschaft, die Interessen der Arbeiter als Staatsbürger und die Interessen der Arbeiter als Lohnempfänger zu vertreten. Der Arbeiter als Produzent, als Leiter und Gestalter der sozialistisch organisierten Gesellschaft hatte in der Vorstellungswelt der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung keinen Platz.

Das gilt auch für die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien. Und In den heutigen ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften, in denen das *Spiel des Lebens* fortschreitend neoliberal umgestaltet wird, die man mit guten Gründen aber immer noch als institutionell verfasste Arbeitsgesellschaften bezeichnen muss, gilt das unverändert. Orientierend sind in einer Art *losgelassenem Prozess*, nach dessen Sinnhaftigkeit kaum einer fragt,²⁸ technischer Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und Konsum. Folgerichtig definieren die erwachsenen BürgerInnen ihren gesellschaftlichen Status sehr wesentlich über ihre jeweilige Stellung innerhalb von deren arbeitsteiliger Organisation.

Andererseits folgt aus meiner in den voranstehenden Kapiteln entfalteten Argumentation, dass Solidarität in der Arbeitswelt nicht länger so, wie in der Traditionslinie der politischen Linken als *der* Dreh- und Angelpunkt für gesellschaftliche Veränderung angesehen werden kann. Wie gerade die jüngste Vergangenheit am Beispiel der für viele überraschenden ‚Begrüßungskultur‘ angesichts der ‚Flüchtlingskrise‘ gezeigt hat, kann sich Solidarität an anderen gesellschaftlichen Orten unter Umständen eindrucksvoller und mit weitreichenderen gesellschaftspolitischen Folgen zeigen. Dabei meine ich nicht den Zulauf für rechtspopulistische Bewegungen, der manche beunruhigt, weil er signalisiert, dass die überkommenen politischen Strukturen und Machtbalancen in Bewegung geraten. Mir geht es vielmehr darum, dass für die große Zahl von Menschen, die hier solidarisch handelnd reagiert haben, nicht nur schlaglichtartig, sondern vor allem unter einem weitreichenden Blickwinkel etwas Neues bewusst geworden ist: zur Bekämpfung des massenhaften Elends, das plötzlich eben nicht mehr weit weg ist, sondern sozusagen vor der eigenen Haustür erfahrbar wird, werden wirklich weitreichende Reorientierungen der herrschenden Politik erforderlich - und vielleicht auch grundlegende Veränderungen unserer Lebensweise. Die folgende Einschätzung, die Stefan Lessenich kürzlich in einem Gespräch getroffen hat, nachzulesen in einer Wochenendbeilage der Süddeutschen Zeitung, hat jedenfalls einiges für sich:

Den Umgang mit den Flüchtlingen kann ruhig mal als Zivilisierungsamplitude sehen. Klar gibt es rechten Populismus und den Hass in sozialen Netzwerken. Aber es gab massive Unterstützung und Begleitung von Leuten, die sich das selbst vorher nie hätten vorstellen können, quer durch die Parteien, quer durch die Gesellschaft. Und auch wenn es altväterlich klingt: Die jungen Leute wissen sehr gut oder ahnen jedenfalls, dass es so

²⁸ Arendt verwendet diese Formulierung in ihrem Denktagebuch. Auch zum *ständig umschlagenden Produktions- und Konsumtionsprozess*, der als solcher *vollständig sinnlos ist*, äußert sie sich dort.

nicht weitergehen wird. Sie trauen sich nur noch nicht, ihrem Wissen auch Taten folgen zu lassen.

Mit der für die Moderne so herausfordernden Gestalt des Fremden ließ sich also nicht nur konstruktiv umgehen – ähnlich wie mit den Arbeitsimmigranten, die seit den 1960er Jahren in großer Zahl nach Deutschland gekommen sind. Sie hat im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘ zugleich dazu herausgefordert, ziemlich radikale Fragen aufzuwerfen. Für die sozialen Konflikte, die in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft ausgetragen worden sind, kann man hingegen nicht sagen, dass sie an eine vergleichbare Schwelle geraten wären. Hier ist das Maß der Politik - wie auch das der Forderungen, die an sie gerichtet werden - nach wie vor das stetige Wachstum und die Behauptung der erfolgreichen Weltmarktposition der deutschen Exportindustrien auf globalisierten Märkten.

In den Jahren nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 ist allerdings die Aufforderung, Wirtschaftsdemokratie und dann auch einzelne Schritte auf ein solches Ziel hin neu zu denken, diskutiert und für gewerkschaftliche Strategiebildungsprozesse fruchtbar zu machen versucht worden. In der Schweizer Sozialdemokratie sind entsprechende Vorstellungen im Ergebnis erfolgreicher Debatten inzwischen Beschlusslage.²⁹ Voraussetzung dafür ist offenkundig ein seit langem ‚vorlaufender‘ Diskussions- und Selbstverständigungsprozess, der dort bemerkenswert grundlegend und umfassend geführt worden ist. So findet sich in einem Beitrag im Jahrbuch 2006 des *Denknetz*, eines 2004 in der Schweiz gegründeten Forums für den Austausch zu aktuellen Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik, ein Beitrag von Hans Schächli³⁰ und Willi Eberle unter dem Titel *Radikale Demokratie statt Korporatismus*, in dem es in den abschließenden Thesen heißt:

Demokratisierung statt Korporatismus: Von zentraler Bedeutung ist der Bruch mit allen Formen des Korporatismus, seien dies traditionelle Formen oder neokorporatistische Arrangements. Politische Orientierungen müssen heute entlang der sozialen Konflikte entwickelt werden und nicht entlang der diversen politischen Konsensmechanismen (Hervorhebung im Original).

Jüngst haben Cédric Wermuth und Pascal Zwicky Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie vorgelegt. Darin fordern sie, dass eine zukunftsfähige Sozialdemokratie *transformatorisch*, also über den Kapitalismus hinausweisend sein müsse. Sie fordern einen *Linkspopulismus mit emanzipatorischem Charakter* und argumentieren, *die sozialdemokratische Partei des 21. Jahrhunderts werde feministisch sein, oder sie werde nicht sein*. Auf dieser Linie der Argumentation sprechen sie

²⁹ Zu den Debatten im FNPA siehe deren Dokumentation auf dessen Homepage (www.fnpa.eu). Zur Wirtschaftsdemokratiedebatte der Schweizer Sozialdemokratie siehe das Positionspapier SP Schweiz (2016) sowie das Interview mit Cédric Wermuth vom September 2017; weiter zu den Debatten in der SP Schweiz auch Wermuth/Zwicky 2017.

³⁰ Schächli war Vizepräsident der GBI, der Gewerkschaft Bau und Industrie und eines der zwölf Gründungsmitglieder des Denknetz, das 2014 mehr als 1000 Mitglieder hat, von denen 70 Personen in Fachgruppen an seinen inhaltlichen Positionen arbeiten.

weiter von einem *neuen Zeitalter linker Selbstermächtigung jenseits des ‚Wartens auf den Staat‘*, und sie plädieren dafür, *im Dialog zwischen institutioneller Politik und Zivilgesellschaft einen stabilen Rahmen für die Weiterentwicklung und Stärkung von Initiativen von unten* zu schaffen.

In Deutschland scheint ein solcher Diskurs über die Erneuerung der Sozialdemokratie gegenwärtig immer noch nahezu undenkbar. Immerhin aber ist hierzulande eine in einigen Teilen vergleichbare, allerdings nur gewerkschaftliche Debatte nach Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 in Gang gekommen - und dann ziemlich rasch steckengeblieben. 2010 hatte der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, unter dem Eindruck der Weltfinanz- und einer drohenden neuen Weltwirtschaftskrise zunächst gefordert, einen *Kurswechsel für Deutschland* herbeizuführen. Dabei gehe es um nicht weniger, als *die Industriegesellschaft neu (zu) gründen, Neues (zu) lernen, Macht anders (zu) verteilen – und die Demokratie wieder(zu)beleben*. Man konnte diesen Impuls auch als den Versuch ansehen, die bereits in Gang gekommene gewerkschaftliche Kampagne *besser statt billiger* zur Stärkung der für die deutsche Exportwirtschaft wichtigen diversifizierten Qualitätsproduktion und einer Revitalisierung der Deutschland AG mit einer Stärkung der Binnennachfrage mit so etwas wie einem sozialökologischen New Deal zu verknüpfen. Es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, dass die IG Metall Ende der 1980er Jahre schon einmal das Ziel proklamiert habe, *aus der Automobilbranche eine Mobilitätsbranche zu machen*, dieses Konzept dann aber *in die Schublade gelegt* habe, statt es *in den Mittelpunkt von Auseinandersetzungen mit den Managern zu stellen*. Das Ziel sollte nun allgemein formuliert ein *Zukunftsvertrag* sein, der *demokratische, soziale und ökologische Ziele vereint*. Es fehlte auch nicht die Feststellung, dass Schritte zu einem solchen Kurswechsel keine *Spaziergänge* sein würden, und eine solche neue Politik nur als *Ergebnis eines harten Machtkampfes* denkbar wäre. Machtfragen aber sind zuvor im Rahmen der betriebs- und organisationspolitischen IG- Metall-Kampagne *besser statt billiger* immer nur wohl dosiert und –begrenzt aufgeworfen worden.³¹

In dem Moment, in dem die zunächst befürchtete krisenhafte ökonomische Entwicklung dann nicht eintrat, sich die deutsche Exportwirtschaft vielmehr bemerkenswert erfolgreich auf den Weltmärkten behaupten konnte und der gewerkschaftliche Vorstoß im herrschenden Politikbetrieb, der weiterhin an den neoliberalen Glaubenssätzen festhielt, keinerlei Resonanzen auslösen konnte, bahnte sich ökonomisch der von Steffen Lehndorff so bezeichnete *Triumph gescheiterter Ideen* an - und zugleich auch ein Triumph des überkommenen institutionellen Denkens. Der Kurswechselkongress der IG Metall im Dezember 2012 führte die anfänglich bemerkenswert weitzielende gewerkschaftliche Debatte zu einem unbefriedigenden Ende. Es gab, im weiteren Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst 2013, eine Art allgemeinen Apell an Politik und Arbeitgeber, aber es gab keinerlei Arbeitsaufträge zur Konkretisierung von Vorschlägen in die eigene Organisation hinein, geschweige denn Ansätze zu so et-

³¹ Siehe zu der Kampagne Der IG Metall u. a. Lehndorff (2012b) oder auch schon Martens/Dechmann 2010,108-115.

was wie einer gewerkschaftlichen Kampagne. Fragt man nach den Gründen, kommt man zu dem Ergebnis, dass die handlungsmächtigen institutionellen Akteure – Unternehmensleitungen und Arbeitgeberverbände, aber in Grenzen auch Gewerkschaften und Betriebsräte – und im Falle doch größerer konflikträchtiger Zuspitzungen ggf. auch Politiker in einer Schlichterrolle – immer noch, oder im Ausgang der ökonomischen Krise schon wieder, unter der Zielsetzung agierten, auf dem Niveau eines neuen Kompromisses den Fortgang des Geschäfts in den gewohnten Bahnen zu gewährleisten. Für die Sphäre der Politik zeigt sich so bis heute, dass die aus der Sicht der Wähler profiliertesten Politikerinnen offenkundig diejenigen sind, die sich als immer wieder einfallsreiche Virtuosen des ‚Weiter-so‘ selbst einfallsreich und neu zu inszenieren wissen. Die ‚Wiedergeburt‘ der FDP würde ich in diesem Sinne interpretieren. Im Blick auf die Gewerkschaften hingegen kann man in diesem Zusammenhang von *Selbstblockaden einer institutionalisierten Politik* und dagegen gerichtet von *der Notwendigkeit des Selbertuns* sprechen.

Fast erscheint einem die Lage der Gewerkschaften als ein ‚Gefangenendilemma‘ eigener Art, aus dem sie als institutionelle Akteure nur schwer herauskommen können. Beim klassischen Gefangenendilemma geht es ja darum, dass ein Einzelner Gefangener beim Verhör unter Bedingungen unvollständiger Information darüber abwägen muss, was Mitgefangene ausgesagt haben, und dann zu entscheiden, wie er seine individuellen Nutzenkalküle verfolgen kann. Im Zusammenhang mit der kurzen Bezugnahme auf Frank Schirmachers erhellende Analyse zum *Spiel des Lebens* bin ich darauf schon kurz zu sprechen gekommen. Schirmacher hat überzeugend gezeigt, wie unser Denken und Handeln im Zeichen der fortschreitenden Digitalisierung unseres Alltags durch entsprechende Algorithmen im Sinne je individueller Nutzenorientierung zu steuern versucht wird. Ich verwende den Begriff hier im übertragenen Sinne. Für die Gewerkschaften stellt sich nämlich das Problem, durch zu viel - und im Grundsatz für sie so ungewohnte – Ermunterung zum ‚Selbertun‘ womöglich gefahrzulaufen, die immer noch wichtigen - weil im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbargewerkschaften doch erheblichen - Grundlagen institutioneller Macht unter Umständen selbst weiter auszuhöhlen. Einerseits ist ihnen klar – das ist ein Grundgedanke der IG-Metall-Kampagne *besser statt billiger* – dass sie eine möglichst starke Beteiligung der Beschäftigten für ihre Interessenvertretungsarbeit benötigen, wenn eine kooperative Bewältigung von Konflikten noch gelingen soll. Nur so haben sie und die Betriebsräte die Chance dem Management auf Augenhöhe zu begegnen. Wollten sie aber Machtfragen wirklich stellen, müssten sie durch eine möglichst große Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Menschen zweierlei bewerkstelligen, nämlich: erstens die Mobilisierung eines möglichst hohen Maßes an Sachkompetenz, das unausweichliche Risiken eines Kurswechsels mindern hilft; und zweitens die Herbeiführung eines möglichst breiten Konsenses, der allein es den Repräsentanten einer erst zu findenden ‚Neuen Politik der Arbeit‘ erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht, sich aus den vermeintlichen Sicherheitsversprechen der ‚bewährten‘ alten institutionellen Strategien schrittweise herauszuwagen. Andererseits gewährleisten diese alten institutionellen Strategien korporatistischer Politik

eben immer noch beachtliche Machtressourcen, die man durch zu starke Mobilisierung der Arbeitenden womöglich selbst untergraben könnte.

Dem Umgang mit eben diesem Gefangenendilemma ganz eigener Art wäre bei der Frage nach Solidarität heute im Licht empirischer Forschung nachzugehen, und zwar in einer doppelten Frageperspektive, nämlich: (1) Wo finden sich Ansätze solidarischen Handelns in der Arbeitswelt, nach denen die Arbeits- und Industriesozio­logie neuerdings wieder einmal fragt, und (2) was sind die Gründe dafür, dass eine nach Camus darin angelegte Entfaltung eines Prozesses, in dem die Beteiligten Menschen sich aneinander steigern, regelmäßig abbricht und wo liegen die Chancen und Spielräume eben dies zu vermeiden?

6. Solidarität und Zusammenarbeit – eine Zwischenbilanz in zwölf Thesen

Ich habe zu Beginn dieses Textes festgestellt, dass sich zum Thema Solidarität, von ein, zwei Ausnahmen abgesehen, wenige neuere Arbeiten finden lassen, die ein wenig Klarheit in der Sache versprechen. Das mag zum Teil damit erklärt werden können, dass nach nunmehr nahezu vierzig Jahren neoliberalen Rollbacks Solidarität im neuen *Spiel des Lebens* im Ernst kein Thema auf der politischen Agenda mehr ist. Solidarität taugt da allenfalls noch als Beschwörungsformel. Wenn das also erklärlich ist, so war für mich doch überraschend, dass der Begriff der Solidarität auch in den Diskursen der politischen Linken gewöhnlich eher am Rande, oft plakativ und kaum einmal theoretisch vertiefend behandelt wird. Entsprechend leicht ist es der Mainstream-Soziologie gefallen, im Zeichen des neoliberalen Rollbacks – das freilich erst nahezu zwanzig Jahre nach dem Beginn von ‚*Thatcherism*‘ und ‚*Reagonomics*‘ als solches scharf erkannt und kritisiert worden ist – den Zerfall der ‚alten‘ Arbeitersolidarität zu konstatieren und sich unter unterschiedlichsten Leitbegriffen der ‚neuen Zeit‘ und ihren Freiheitsversprechen zuzuwenden. Rainer Zolls Untersuchung zu der Frage, was Solidarität heute noch für uns bedeute – und heute, das ist für ihn dann das Jahr 2000 - ist da eine wohlthuende Ausnahme. Richard Sennett ist dann derjenige, der nochmals eineinhalb Jahrzehnte später angesichts einer mittlerweile zunehmend krisenhaften Entwicklung sehr grundsätzlich und neu die Frage aufgeworfen hat, was unsere Gesellschaft denn eigentlich noch zusammenhält. *Zusammenarbeit* lautet seine Antwort. Beide waren für meinen Klärungsversuch sehr wichtig. Aber es schien mir doch erforderlich, systematisch auch auf Albert Camus zurückzugehen, einen anderen scharfen Kritiker der marxistischen Orthodoxie – und schließlich auch zu fragen, weshalb die Menschen unbeschadet fraglos zutiefst krisenhafter Entwicklungen immer noch so viel Vertrauen in das doch schon längst erodierende Institutionengefüge unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft haben. In den Kapiteln 2 bis 6 dieses Textes habe ich so eine Art Par Force Ritt durch soziologische und philosophische Arbeiten unternommen. Ehe ich mich nun den Ergebnissen neuerer empirischer Arbeitsforschung mit neu geschärfter Aufmerksamkeit unter dem Blickwinkel zuwende, welche Ansätze zu Solidarität und Zusammenarbeit darin auszumachen sind, ist es eine Zwischenbilanz angebracht. Angeregt von Rainer Zoll will ich sie in Form von Thesen formulieren.

- (1) Solidarität wird heute zumeist floskelhaft benutzt. Das gilt nicht zuletzt für das gewerkschaftliche Solidaritätsverständnis, nach dem Solidarität auf Grundlage sozialer Gleichheit aus der bewussten Vereinheitlichung von Interessen heraus entsteht. Mit dem Zerfall alter kultureller Milieus bleibt so die Frage, wie solidarisches Handeln in sozial immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaften begründet und entfaltet werden kann, im Kern unbeantwortet.
- (2) Gesellschaftlich ist der Solidaritätsbegriff mit den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien zu einer Art Grundwert geworden. In Zeiten des fortgesetzten neoliberalen Rollbacks wird er gerne beschworen, aber in der Unschärfe seines Gebrauchs ist er fast unkenntlich geworden. Allenfalls scheint er als Beschwörungsformel immer noch geeignet, tatsächlich voranschreitende Prozesse der Prekarisierung von Lebenslagen einer weiter wachsenden Zahl von Menschen und die Schaffung neuer sozialer Ungleichheit, nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.
- (3) Die seit Jahrzehnten fortschreitenden sozialen Spaltungsprozesse vollziehen sich innerhalb einzelner Gesellschaften, in den Ländern der Triade, den Schwellenländern usw., und ebenso global im Nord-Süd-Verhältnis. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede haben in Deutschland 2017 wieder das Niveau erreicht, das sie einmal im Jahr 1913 gehabt haben. Was könnte die Krise des ‚alten‘ Begriffs der Arbeitersolidarität oder des vermeintlichen Grundwerts, zu dem sie geworden ist, deutlicher kennzeichnen? Von der Krise der Solidarität ist im Blick auf die einzelnen ‚fortgeschrittenen‘ Arbeitsgesellschaften seit langem die Rede, aber spätestens mit solchen Tatbeständen ist sie manifest. Zugleich wird immer unabweisbarer, dass sich die Frage nach Solidarität im Hinblick auf eine zukünftig in allen ihren Dimensionen nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung auch global stellt.
- (4) Sucht man nach Erklärungen für die Krise der Solidarität muss man mit einem kritischen Blick auf die ‚alte‘ Arbeitersolidarität beginnen. Dieser Begriff der ‚politischen Linken‘ (Richard Sennett) ist geprägt von der Vorstellung des ‚prophetischen Marxismus‘ (Albert Camus). Die Vorstellung einer fortschreitenden verelendenden Klassenlage eines stetig anwachsenden Proletariats – also einer Klasse, die es so stets ‚immer noch nicht‘ gibt – ist sein gedanklicher Hintergrund. Die Erfahrung gleicher, sehr wohl elendiglicher Lebenslagen in den Arbeitermilieus, wie sie in Deutschland im Zuge der zweiten industriellen Revolution entstanden sind, ist seine soziale Grundlage – und Marxens bahnbrechende wissenschaftliche Analyse von Autologiken und Widersprüchen des industriellen Kapitalismus gab die wissenschaftliche Grundlage zu den geschichtsphilosophischen Überhöhungen der prophetischen Marxisten.
- (5) Auch die Herstellung der ‚alten‘ Arbeitersolidarität war keine relativ einfache Sache, wie Rainer Zoll im Rückblick gemeint hat. Schon die Industriearbeiter-

schaft, die etwa im Ruhrgebiet im Ausgang des 19. Jahrhunderts entstand, musste lernen, mit der Figur des ‚Fremden‘ umzugehen. Die Arbeiterbewegung musste, wie am Beispiel der deutschen Bergarbeiter gezeigt, die Arbeitsimmigranten aus Polen und Kaschuben integrieren. Sie entstand aus der Erfahrung von Solidarität im Konflikt. Sie blieb lange durch vielfältige politische Spaltungsprozesse gekennzeichnet. Weitere große Bereiche der damaligen Schlüsselindustrien, etwa der Stahlindustrie konnten erst in den 1950er Jahren gewerkschaftlich ‚erobert‘ werden.

- (6) Die Herausforderungen zu solidarischem Handeln sind also heute durchaus nicht so grundlegend neu und anders als damals, wie dies die unbestreitbar großen Unterschiede zu der Zeit der zweiten industriellen Revolution und die aktuellen Diskurse um eine Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaften ‚jenseits von Klasse und Stand‘ (Ulrich Beck) oder im Zeichen einer fortschreitenden ‚Individualisierung‘ glauben machen. Aber wir sind zweifellos mit sehr großen Herausforderungen konfrontiert.
- (7) Es gibt auf dem heutigen Entwicklungsstand sicherlich so etwas wie eine Chance zur Herausbildung von mehr Individualität. Das ist immer zugleich die Chance für die einzelnen Vielen, mehr, freilich immer nur relative, Autonomie zu beanspruchen – auch in der Sphäre der Arbeit. Allerdings wird diese Chance zwar einerseits von unserer Gesellschaft versprochen, andererseits aber auch zunichte gemacht. Gerade unter den Vorzeichen des neoliberalen Rollbacks ist von der Chance zu größerer Autonomie in der Arbeit immer wieder die Rede – und immer wieder werden dann, gegen vorgeblich begrenzte Fehlentwicklungen, die Leitideen der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien beschworen. Zugleich aber werden die Chancen der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik durch eine doppelte Entwicklung konterkariert.
- (8) Die einzelnen Vielen, denen als ‚Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft‘ neue Freiheiten versprochen werden – nicht zuletzt von den angeblichen Bevormundung durch gewerkschaftliche wie staatliche Bürokratien – werden alle den gleichen, vorgeblich ganz unausweichlichen Zwängen entfesselter globaler Märkte unterworfen. Im neoliberal entfesselten und geprägten *Spiel des Lebens* (Frank Schirrmacher) sollen wir zu Menschen geformt werden, die allein auf ihre ökonomischen Eigeninteressen schauen – zu homi oeconomici. Doch diese Eigenschaften, die wir sicherlich unter anderem auch haben, machen unsere menschlichen Möglichkeiten nur zu einem kleinen Teil aus – und wenn man sie absolut setzt, so zerstört man die.
- (9) Tatsächlich machen wir aber alle bei unserer Erwerbsarbeit in unserer immer noch *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft* die Erfahrung, dass wir hier die Rationalität der Kooperation mit anderen für ein sinnerfülltes Leben benötigen (Arno Georg/Gerd Peter) – und zwar im Rahmen je individuell gesicher-

ter Erwerbsbiographien – auch dann, wenn der strukturelle Wandel hier Branchen schrumpfen und dort vielleicht andere noch wachsen lässt. Und wenn so insgesamt der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit schrumpfen sollte, dann darf uns das nicht Sorgen bereiten. Wir sollten darin vielmehr die Chance sehen, etwas mehr Freiheit von der Erwerbsarbeit zu erlangen – und überlegen, wie unsere Gesellschaft gestaltet werden müsste, um solche tatsächlich wachsenden Chancen auf mehr Freiheit zu realisieren.

- (10) Wenn wir über Solidarität heute nachdenken, können wir uns schließlich nicht auf die Sphäre der Erwerbsarbeit beschränken - und dabei vornehmlich das Entstehen neuer sozialer Ungleichheiten oder wachsender gesundheitsgefährdender Belastungen in der Arbeit infolge der Zurückdrängung der Rationalität der Kooperation in den Blick nehmen. Es geht hier immer auch um andere Herrschaftsverhältnisse, die viel tiefer verwurzelt sind als die, auf deren Grundlage die kapitalistische Ökonomie funktioniert. Auch denen gilt es durch Solidarität und Zusammenarbeit entgegenzutreten.
- (11) Das betrifft ganz offenkundig die Herrschaftsverhältnisse, die unsere Geschlechterbeziehungen prägen. Dass Arbeit von Frauen extrem ungleich bezahlt wird – in der Sphäre der Erwerbsarbeit in Deutschland unter den sogenannten ‚fortgeschrittenen‘ westlichen Ländern besonders eklatant –, ist ein Skandal, wird aber nach wie vor nicht zum Skandal gemacht. Hier endlich mehr Gleichheit herbeizuführen, wäre ein Akt der Solidarität – auch im Interesse der Männer und ihrer Chancen auf ein anders selbstbestimmtes Leben.
- (12) Das betrifft aber ebenso unser herrschaftliches Verhältnis in Bezug auf die Natur. Wenn wir die Sorge, dass wir die natürlichen Grundlagen unseres Lebens auf diesem Planeten fortschreitend zerstören könnten, nicht länger unter der Diktatur des Alltags, so wie er heute neoliberal geprägt ist, verdrängen wollen, werden wir darüber nachdenken müssen, wie wir die Rationalität der Kooperation stärken können. Es geht dann darum, dass wir es als ‚Arbeitskraftunternehmer‘ auch als unsere ureigenste gemeinsame Angelegenheit ansehen, nicht nur so etwas wie eine solidarische Gestaltung unserer Arbeit und deren Bezahlung zu erringen, sondern auch über die Ziele für die wir arbeiten, also die Produkte die wir herstellen wollen, in Kooperation und Zusammenarbeit unternehmerisch und solidarisch zu entscheiden – solidarisch untereinander, im Blick auf Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen und deshalb nicht herrschaftlich in Bezug auf uns wie auch unsere Mitgeschöpfe auf dieser Erde

7. Solidarischen Handeln im Kontext offener Konflikte im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008

Nach diesem Zwischenresümee kann ich mich nun empirisch der Frage nach Solidarität in der Arbeitswelt zuwenden. Ich sollte meinen Blick nun so weit geschärft ha-

ben, dass ich Ansatzpunkte für solidarisches Zusammenarbeiten und –handeln entdecken kann, und ich sollte dabei auch sensibel genug dafür sein, zu erkennen, wo Chancen für potenziell gesellschaftspolitisch folgenreiche Weiterungen in solchen Handlungsprozessen zu entdecken sind. Was nun die Empirie anbelangt, so verfüge ich aus eigener Forschungsarbeit heraus über vielfältige Zugänge. Ich habe mich in den letzten fünfzehn Jahren immer wieder mit der Frage beschäftigt, ob im Zuge der Entwicklung ‚neuer Arbeit‘ neue Konfliktpotenziale entstehen, ob neue soziale Konflikte aufbrechen und ob im Zusammenhang damit neue gewerkschaftliche Handlungsansätze zu beobachten sind. Arbeitsforscherisch konnte ich dazu an die Diskussionen zu *neuer Arbeit* im Zeichen ihrer *Subjektivierung, teilweisen Entgrenzung und Flexibilisierung* anknüpfen.³² Das führte mich bis hin zu Fragen nach Ansätzen einer neuen *politischen Subjektivierung*, mit denen ich an Überlegungen von Jacques Rancière anschloss, die kurz nach Beginn des neuen Jahrhunderts veröffentlicht worden sind. Aber die Frage nach neuen Ansätzen von Solidarität in der Arbeitswelt hat mich seinerzeit nicht explizit beschäftigt. Die ‚Dortmunder Forschungsgruppe Arbeit Prävention Politik‘ (DoFAPP), der ich nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weiter als zunächst eher passives Mitglied zugehörte, hat dann in den letzten Jahren zwei wichtige Forschungsprojekte durchgeführt, an deren Ergebnisse ich mit meinen nachfolgenden Überlegungen ebenfalls anschließen kann. Im ersten dieser beiden Projekte ging es um grundlagentheoretische Überlegungen dazu, wie die *neuen Pathologien von Arbeit*, von denen zum Beispiel Rahel Jaeggi und Lukas Kübler sprechen, im Zeichen von deren fortschreitender Vermarktlichung und Digitalisierung zu erklären seien. Weiter wurde darin die Frage aufgeworfen, wie die Arbeitswissenschaften angemessen darauf reagieren können. Der jüngste Diskurs um *Industrie und Arbeit 4.0* kommt hier als weitere Herausforderung noch hinzu.³³ In dem zweiten dieser beiden Projekte, das stärker empirisch ausgerichtet war, habe ich selbst noch einmal intensiv mitgearbeitet. Hier ging die Projektgruppe der Frage nach, wie Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage versuchen, *zwischen Prävention und Innovation* einen gestaltungsorientierten Zugriff auf die in den Unternehmen ablaufenden permanenten Restrukturierungsprozesse zu gewinnen.³⁴

Zugrunde lag unter anderem die Beobachtung, dass ältere Strategien zur Arbeitsgestaltung erkennbar nicht (mehr) greifen. Sie sind in den 1970er Jahren, zu Zeiten des

³² Siehe dazu insbesondere: (1) den von Frieder O. Wolf, Gerd Peter und mir (Martens/Wolf/Peter 2001) herausgegebenen Sammelband über *Gesellschaftlichen Umbruch und neue Arbeit*, sowie (2) die an der sfs durchgeführten Untersuchungen zu gewerkschaftlichen Handlungsansätze und überraschenden sozialen Konflikte im Segment hochqualifizierter Arbeit in der sogenannten New Economy *Nach dem Ende des Hype* (Martens 2005), meine Untersuchung zum Ärztestreik 2005/6 (Martens 2008b), sowie die gemeinsam von Uwe Dechmann und mir an der sfs durchgeführte Untersuchung zu Standortkonflikten *nach dem Ende der Deutschland AG* (Martens/Dechmann 2010).

³³ Zu meiner Auseinandersetzung damit siehe Martens 2017a.

³⁴ Siehe zu den Ergebnissen beider Untersuchungen zum einen Georg/Peter u.a. (2016), zum anderen Katenkamp u. a. (2017).

‚Forschungs- und Aktionsprogramms Humanisierung des Arbeitslebens‘ entwickelt und institutionalisiert worden. Sie haben sich dann zum einen als Lösungsansätze erwiesen, die zu technokratisch gedacht waren – zumal angesichts der immer rascher aufeinander folgenden Restrukturierungsprozesse wie sie der im neoliberalen Geist entfesselte globale Wettbewerb bewirkt. Zum anderen hat sich gezeigt, dass die Arbeitswissenschaften nicht zureichend der Anforderung gerecht werden konnten, gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse bereitzustellen. Auch hier gab es einen technokratischen Mangel, der darin lag, dass die Arbeitenden zu sehr als Adressaten und Objekte einer menschengerechten Arbeitsgestaltung konzipiert worden sind und nicht auch als Subjekte ihres kooperativen Arbeitshandelns – und deshalb auch der gestaltenden Veränderung von Arbeitsprozessen. Im Hintergrund der beiden Projekte, auf deren Ergebnisse ich im Folgenden zurückgreife, spielen aus einer solchen Kritik heraus Überlegungen eine große Rolle, ob über sie Ansätze für eine Demokratisierung von Arbeit auf die Spur zu kommen ist. Will man aber, ausgehend von der erfolgreichen Suche nach empirischen Ansatzpunkten für eine Demokratisierung von Arbeit als wichtiger Basis für eine Demokratisierung der Wirtschaft,³⁵ gedanklich zu der Frage weitergehen, wie beides dann auch praktisch zu entfalten wäre,³⁶ kommt man am Begriff der Solidarität nicht länger vorbei. Es geht dann nämlich um das solidarische (Zusammen)Handeln vieler.

Betrachten wir zunächst die Konflikte im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008, die im Jahr 2006 zahlenmäßig kulminierten. Die Konflikte, auf die ich im Folgenden näher eingehe, sind die Standortkonflikte der Jahre 2005 bis 2008. Bei AEG Nürnberg, Conti Hannover, Bosch-Siemens Haugeräte Berlin (BSH) und Ohrenstein und Koppel Berlin, bei Nokia Bochum und an verschiedenen Standorten des Allianz-Konzerns haben wir sie seinerzeit im Forschungsprojekten des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund näher untersucht. Hinzu kommt der ‚Siemenskonflikt‘ in der damaligen NCI-Sparte des Konzerns am Standort München in den Jahren 2002/3, Die entsprechenden Forschungsergebnisse liegen vor.³⁷ Im Mainstream des arbeits- und industriesoziologischen Diskurses der Bundesrepublik erzielten sämtliche dieser Untersuchungen keine nennenswerte Resonanz. Der Soziale Konflikt war, ähnlich wie die Frage nach der Solidarität, kein Thema, das größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Aufsatzangebote an einschlägige Zeitschriften blieben vergeblich.

³⁵ Diese Frage hat mich in der jüngeren Vergangenheit wiederholt intensiv beschäftigt: anknüpfend an meine Mitbestimmungsforschung (resümierend Martens 2013,36-161) bereits in den letzten Jahren meiner Erwerbstätigkeit (Martens 2010) weiter im Rahmen meiner Mitarbeit im Forum Neue Politik der Arbeit (Martens/Scholz 2011) sowie fortlaufend im Rahmen meiner publizistischen Tätigkeit (u.a. Martens 2011, 2015 und 2017b).

³⁶ Ausgehend von dem zweiten der beiden DoFAPP-Projekte hatten wir dazu angesetzt, den Versuch aber ziemlich bald abgebrochen. Vgl. dazu Martens (2015/18).

³⁷ Siehe die ausführlichen Darstellungen und Analysen bei Martens/Dechmann 2010. Zum Siemenskonflikt 2002/3 siehe auch frühere Veröffentlichungen von Martens (2005 und 2006) sowie Crouch/Martens/Singe 2007).

Alle Konflikte sind zunächst einmal dadurch gekennzeichnet, dass in ihrem Verlauf ganz neue öffentliche Erfahrungsräume entstehen. Das Konzept der *proletarischen Öffentlichkeit*, das Oskar Negt und Alexander Kluge zu Anfang der 1970er Jahre entwickelt haben, scheint zu deren besserem Verständnis hervorragend geeignet. Allerdings merkt man, wenn man dieses Konzept zugrunde legt, auch sofort, dass öffentliche Erfahrungsräume als Voraussetzung neuer Selbstverständigung und Orientierung der Beschäftigten vor allem dort entstehen, wo von deren Seite auch ein besonders hohes Maß an Selbsttätigkeit zu beobachten ist. Aber das jeweilige Konflikthandeln ist gerade in den Jahren 2002 bis 2008 mit vielfältigen, zum Teil sehr innovativen Formen der Herstellung von Öffentlichkeit verknüpft.

- Solche Formen der Herstellung von Öffentlichkeit reichen von professionellen Einflussnahmen auf die mediale Öffentlichkeit, über die besonders systematische Herstellung von Streiköffentlichkeit im klassischen Sinne (tägliche Versammlungen im Streikzelt und tägliche Streikzeitungen, gezielte Aktionen in der lokalen Öffentlichkeit usw.) in allen stark von institutionellen Akteuren strukturierten Konflikten.
- Sie finden sich in vielfältigen, oft sehr einfallsreichen Aktivitäten dort, wo selbsttätiges Handeln der Beschäftigten eine besonders große Rolle spielt (etwa von den Unterschriftensammlungen und den Aktionen in der kommunalen Öffentlichkeit beim Allianz-Konflikt oder ‚regelverletzenden Aktionen‘ im Zuge des Streiks bei O&K).
- Sie umfassen ferner die permanenten Diskussionen auf der dreiwöchigen Betriebsversammlung bei BSH oder auf der über den mehr als einjährigen Konfliktverlauf hinweg betriebenen Internetplattform des Network Communication and Information bei Siemens. Und sie reichen schließlich bis hin zu den öffentlichkeitswirksamen z. T. systematisch gesteigerten Aktionen, die die Beschäftigten selbst initiieren. Das wohl bemerkenswerteste Beispiel hierfür ist der ‚Marsch der Solidarität‘, den die Streikenden bei BSH in der Hoffnung organisieren, so über eine lokale Öffentlichkeit hinauskommen und schließlich im Ergebnis eine neue Qualität gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung herbeiführen zu können – und zwar die *französischen Verhältnisse*, von denen in ihrer Streikdokumentation und in einigen Interviews die Rede ist.

Es handelt sich vor diesem Hintergrund bei vielen der Standortkonflikte um arbeitspolitische Auseinandersetzungen, die von den Beschäftigten als existentiell begriffen und deshalb mit zum Teil großer Leidenschaft ausgetragen worden sind. Insofern kann man in etlichen Fällen begründet von leidenschaftlichem Interessenhandeln sprechen. Gegenläufig zu einer Unterscheidung die Albert O. Hirshman 1980 in einer einschlägigen Untersuchung vorgenommen hat, ist das in allen von uns seinerzeit untersuchten Konflikten angelegt – und in einigen von ihnen deutlich entfaltet. Hirshman hat seinerzeit die Entwicklung des Interessenbegriffs seit der Renaissance als eine *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* analysiert und so beide Begriffe einander entgegengesetzt. Gegenüber dem damals eher als von Leidenschaften motiviert erachteten Handeln des herrschenden Adels sollten mit den ökonomi-

schen Interessen rationalere Handlungskalküle zur Geltung kommen. Wenn wir nun in einigen der näher betrachteten Konflikte Leidenschaftlichkeit und Interessenhandeln eng miteinander verknüpft gesehen haben, könnte man das als einen empirischen Befund ansehen, der sich recht gut mit den Politikbegriffen von Jacques Rancière oder Chantal Mouffe verträgt. Für letztere verknüpfen sich mit einem Konzept *agonistischer Konfrontation*, die Gegner- und nicht Feindbezüge zugrunde legt, durchaus leidenschaftliche Auseinandersetzungen und Formen *kollektiver Identifikation* und Dissense über *ethisch-politische Werte*.

Eine besondere Härte – und deshalb auch potenzielle Dynamik - der Auseinandersetzungen erklärt sich jedenfalls daraus, dass die Beschäftigten in massiver Weise alte Sicherheiten gefährdet sehen. Dass dies von unterschiedlichen Ausgangsniveaus aus geschieht und Beschäftigtensegmente mit ganz unterschiedlichen Milieubezügen trifft, ist für die jeweilige Härte der Auseinandersetzungen augenscheinlich wenig erheblich. Sicherlich ist die materielle Bedrohung unterschiedlich. Wenn im einen Fall ‚lediglich‘ der Traum von der Eigentumswohnung bei langfristig gesicherter Beschäftigungsperspektive zerplatzt, wie dies etwa eine Mitarbeiterin bei der Allianz Deutschland AG im Interview schildert, oder Hartz IV als unabweisbar drohende Perspektive sichtbar wird, wie auf den Informationsveranstaltungen bei BSH, sind solche Unterschiede schon erheblich.

Nach übereinstimmenden Interviewaussagen hat ein Vortrag über die Konsequenzen der Gesetzgebung zu Hartz IV Gesetze ganz in einer frühen Phase des BSH-Konflikts, nämlich während einer dreiwöchigen (!) Betriebsversammlung ganz wesentlich zur weiteren Motivierung Beschäftigten – ganz überwiegend angelernte Arbeiter - für den Streik beigetragen, der wie schon erwähnt, in einem ‚Marsch der Solidarität‘ kulminierte. Am Standort Köln mit der bemerkenswertesten Konfliktentwicklung innerhalb des Allianz-Konzerns, führt die im Konflikt entfaltete Selbsttätigkeit der Beschäftigten unter anderem dazu, dass dort gut einhundert von ihnen am Beginn der nächsten Tarifrunde eigenständig eine Demonstration am Verhandlungsort organisiert haben. Hier handelt es sich im Wesentlichen um mittlere Angestellte. Örtliche Betriebsräte und Mitglieder der Tarifkommission wurden davon völlig überrascht. Die fortdauernde Wirkung des da schon ein Jahr zurückliegenden ‚heißen‘ Konflikts resultiert hier nicht nur aus dem am Standort errungenen Teilerfolg. Wichtig sind für die Beschäftigten vor allem auch die Erfahrungen, die sie mit den im Konzern ja laufenden Umstrukturierungen machen. Die alte Firmenkultur, die ‚Kultur des Hauses‘ ist aus ihrer Sicht vom Topmanagement bewusst zerstört worden. Ihnen entgeht aber auch nicht, dass die Zentralisierung von Kundenkontakten in einer neu eingerichteten Telefonzentrale, mittels derer Restrukturierungen, ‚Vereinfachungen‘ bisheriger Tätigkeiten und Einsparungen von Arbeitsplätzen an vielen Standorten möglich werden sollen, nicht nur mit ganz erheblichen Anlaufproblemen verbunden sind. Sie registrieren vielmehr, dass die Restrukturierungsprozesse auch deshalb zu ihren Lasten gehen, weil mehrere hundert zunächst nicht geplanter Neueinstellungen weniger qualifizierter Beschäftigter in der neuen Telefonzentrale unter Berücksichtigung der Vor-

gaben der Konzernleitung dadurch kaschiert werden, dass die entsprechenden Ausgaben als Sachausgaben ausgewiesen werden.

Sozusagen am anderen Pol der sozialen Milieus, aus denen die Beschäftigten in den hier betrachteten Konflikten kamen, nämlich bei Siemens München, war der solidarische Zusammenhalt der ca. 2.700 von Entlassung bedrohten Beschäftigten - sämtlich hochqualifizierte Angestellte, die knappe Hälfte von ihnen sogar AT-Angestellte – besonders augenfällig. Eigentätigkeit, Engagement und Solidarität dieser Beschäftigten, die vom Management vor den beabsichtigten und über den Konflikt erfolgreich verhinderten Entlassungen in die von den Beschäftigten so genannte „Leprastation“ aus den normalen Arbeitsprozessen ausgegliedert worden sind, ist jedenfalls höchst bemerkenswert. Auch hier zerbrach für die Konfliktbeteiligten die „Kultur des Hauses Siemens“. 900 von ihnen wurden über den Konflikt zumindest zeitweilig Mitglieder der IG Metall. Die Gruppe der über weit mehr als ein Jahr hinweg aktiven Networker konnte ein virtuelles Netz von 700 Beschäftigten aufbauen. Auf dem Höhepunkt des Konflikts waren auf ihrer Intranetseite konzernweit 8000 Klicks täglich zu verzeichnen. Nach dem Ende des Konflikts waren die Aktivisten dieses Netzwerks gegenüber den von der IG Metall angebotenen institutionellen Formen von Interessendurchsetzung und –Ausgleich im Vergleich aller untersuchten Fälle besonders kritisch.³⁸

In den meisten Fällen werden vermeintlich stabile Unternehmenskulturen einigermaßen fundamental zerstört. Regelmäßig sehen die an den Konflikten beteiligten Beschäftigten einerseits Lebensentwürfe und persönliche Planungssicherheiten massiv infrage gestellt. Andererseits haben sie in ihrer Empörung dagegen grundlegend neue Erfahrungen solidarischen Zusammenhandelns machen können. Vielleicht kommt als Hintergrund bei den zeitlich später ausbrechenden Standortkonflikten im Zyklus 2002-2008 zusätzlich noch ‚ins Spiel‘, dass gegen Ende des Konjunkturzyklus durchsetzungsstarke Beschäftigtengruppen, wie die Krankenhausärzte oder die Lokomotivführer vor Augen geführt haben, dass man Interessen sehr wohl erfolgreich durchsetzen kann³⁹ - und dass die Selbstbereicherung der Manager ins öffentliche Gerede gekommen ist. Insofern werden, vielleicht zunehmend, auch Fragen sozialer Gerechtigkeit aufgeworfen. Jedenfalls kann man so ziemlich unter allen hier angeführten Aspekten sagen, dass sich die Standortkonflikte der Jahre 2002 bis 2008 deutlich von früheren Auseinandersetzungen um Betriebsstilllegungen unterscheiden, wie wir sie etwa aus den 1970er Jahren kennen.⁴⁰

³⁸ Zur ‚Nachgeschichte‘ dieses Konflikts findet sich deshalb bei Martens/Dechmann (2010, 157-189) eine besonders sorgsame und detailreiche Analyse.

³⁹ Zum Ärztestreik 2005, der sich ebenfalls aus eigenständigem und –dynamischem Handeln von Assistenzärzten heraus entwickelt hat, auf das dann der Marburger Bund sozusagen ‚aufgesprungen‘ ist, vgl. die Untersuchung von Martens 2008.

⁴⁰ Exemplarisch sei dazu an dieser Stelle auf Untersuchungen verwiesen, die in den 1970er Jahren an der Sozialforschungsstelle Dortmund durchgeführt worden sind (Lichte 1978, Bosch 1978) oder auch an die späteren Erfahrungen mit der Sozialplanpraxis in der Stahlindustrie, die unter den Bedingungen der Montanmitbestimmung noch mit beachtlichen sozialen Abfederungen verknüpft und lange Zeit so ausgestaltet war, dass *niemand ins Bergfreie*

Wir sind in unserer Untersuchung der Frage nach dynamisierenden Impulsen innerhalb der jeweiligen Konfliktprozesse gezielt nachgegangen – dies jedoch nicht explizit und vor dem Hintergrund entsprechender konzeptioneller Überlegungen unter dem Blickwinkel der Solidarität. Aber wir haben seinerzeit, angelehnt an Jacques Rancières (2002) Überlegungen zu *politischer Subjektivierung* unser Augenmerk auf die in den Konflikten angelegte Dynamik gelegt – wie auch auf die Gründe, an denen sie jeweils abgebrochen ist. Als Ergebnis haben wir seinerzeit gefunden:

Mit dem Ende noch so heißer Konfliktphasen gibt es immer so etwas wie eine Wiederherstellung einer veränderten Alltagsnormalität. Das gilt für die Beziehungen zwischen Interessenvertretungen und Management und ebenso für das ‚Sich-neuarrangieren‘ der einzelnen Beschäftigten angesichts der eingetretenen Konfliktergebnisse. Die Rede von einer *heißen Konfliktphase* ist allerdings bei den an der sfs untersuchten Konflikten sehr ernst zu nehmen. Man kann an unseren phänomenologisch geleiteten Fallanalysen ablesen, was es heißt, dass wir es bei den Standortkonflikten mit so für die Bundesrepublik neuen, harten und lang dauernden Konflikten zutun gehabt haben. Die Konflikte sind schwerlich mit den aus ‚normalen‘ Tarifauseinandersetzungen bekannten Unterbrechungen eines gewohnten Betriebsalltags zu vergleichen. In den kehren die Beschäftigten nach Beendigung eines Streiks zurückkehrt, der allererst ein Konflikt zwischen Verbänden gewesen und als solcher auch erlebt worden ist. Bei den Standortkonflikten hingegen geht es ja gerade um die gewohnten Selbstverständlichkeiten – und Sicherheiten! - in Betrieb und Unternehmen selbst, die über Jahrzehnte prägend gewesen sind (Siemens, Conti, AEG, Allianz). Nicht ohne guten Grund haben wir der Publikation der Ergebnisse unserer damaligen Untersuchung den Titel *Am Ende der Deutschland AG* gegeben. In diesen sozialen Konflikten geht es nicht nur um die offenkundigen Veränderungen von Unternehmenszielen, also die Anstrengungen großer deutscher Aktiengesellschaften in einer entfesselten globalisierten Ökonomie und immer strikter orientiert am Shareholder Value kurzfristig hohe Renditen zu erzielen. Es geht vielmehr vor allem darum, dass sich in der Folge dieser strategischen Orientierungen des Managements und der durch sie ausgelösten leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen Jahrzehnte lang gepflegte Unternehmenskulturen aus der Sicht der Beschäftigten geradezu in Luft auflösten. Insbesondere bei Siemens und Allianz, wo vor allem oder fast ausschließlich Angestellte in diese Konflikte involviert waren, war das auffällig, aber auch in anderen Fällen war das zu beobachten. Verunsicherung und Frustration sind hier in der Folge der Konflikte als dominierende Orientierung ebenso möglich, wie auch durchaus nachhaltige Wirkungen von so etwas wie einer *politischen Subjektivierung* (Siemens, BSH, Nokia). Was in den Köpfen von Beschäftigten passiert ist, die bis zum Konflikt in ihre jeweiligen Funktionszusammenhänge eingepasste ArbeitnehmerInnen, *reine Büromenschen* (Int. Allianz) waren und dann durch die Auseinandersetzung um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze *vom nur Tagesschau guckenden Bürger*

fallen musste, um die hierfür im Bergbau geprägte Formulierung zu verwenden (vgl. Hindrichs u. a. 2000).

zum aktiv politisch handelnden Bürger geworden sind (Int. NCI), lässt sich recht treffend in den von Rancière angebotenen Kategorien erfassen.⁴¹

Alle Konfliktfälle zeigen, dass die Gewerkschaften seinerzeit die Sorge hatten, von der *geordneten Mitbestimmung* in den *Häuserkampf* zu geraten, so die seinerzeit prägnanteste Aussage eines hauptamtlichen Gewerkschafters. Und sie verfügten über keine grundsätzlichen Alternativen gegenüber den im Shareholderkapitalismus forcierten marktradikalen Strategien der großen DAX-notierten Konzerne. Die 2005 im Bezirk NRW der IG Metall begonnene gewerkschaftliche Kampagne *besser statt billiger (BsB)* war zwar bemerkenswert erfolgreich, blieb aber an die Einzellogik unternehmerischen Handelns gebunden. Sie war gedacht als Kombination von industriepolitischer Modernisierung gegen eine drohende Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland und zugleich als organisationspolitische Offensive angesichts sinkender Mitgliederzahlen. Sie ist von vielen Beschäftigten und Gewerkschaftsfunktionären ganz offensichtlich mit großer Zustimmung aufgegriffen worden und sie zeitigte durchaus Erfolge. Es war aber auch so, dass von Beginn an auch innergewerkschaftlich gefragt wurde, ob sie nicht immer noch zu defensiv bleibe.⁴² In den Betrieben löste die pragmatische Kampagne⁴³ als eine endlich ergriffene Initiative zu eigenem Handeln und zum Aufbau einer entsprechenden Unterstützungsstruktur sehr positive Resonanzen aus. Der IG Metall gelang es mit ihrer Hilfe, Betriebsratshandeln stärker zu vergewerkschaftlichen und zu stärken, indem das Laienexpertenwissen von Beschäftigten und deren Beteiligung mobilisiert und gefördert wurden. *BsB* war insofern auf dem Höhepunkt des neoliberalen Rollbacks gegen die Mitbestimmung⁴⁴ ein ausgesprochen erfolgreicher mitbestimmungspolitischer Impuls – u.a. auch deshalb, weil ihr Hauptansatzpunkt nicht die Forderung nach Veränderungen des gegebenen rechtlich-institutionellen Rahmens war, sondern der Versuch einer innovativen Veränderung der in diesem Rahmen möglichen Praxis.

⁴¹ Das war für unsere damalige Forschungsgruppe allerdings auch eine schwierige und durchaus kontroverse Debatte, denn Rancière interessiert sich in seinem politischen Traktat nicht für die jeweils historisch in spezifischen Formen ausgebildete Subjektivität, die jeweilige Proteste trägt oder tragen könnte. Ihm geht es um die Bedeutung des von ihm als *politische Subjektivierung* etikettierten Protests für die Entfaltung eines Raums der Politik. Uns hingegen Interessierte vor allem die in Konflikten sichtbar werdende historisch spezifische, gesellschaftlich konstituierte Subjektivität der Handelnden. Wir waren also theoretisch auf eine bessere subjektphilosophische Fundierung unserer Arbeitsforschung in Zeiten der teilweisen Entgrenzung, Subjektivierung und Flexibilisierung von Arbeit aus – hatten dafür seinerzeit aber noch keine sozusagen ‚vorgefertigten‘ konzeptionellen Angebote zur Hand.

⁴² Beiträge zu einem frühen Dialog zwischen Gewerkschaftern und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern sind dokumentiert in Detje, R.; Pickshaus, K.; Urban, H. J (2005): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg. Darin findet sich auch der Beitrag eines IG-Metall-Bezirksleiters, der die Initiative begrüßte, aber gleichwohl ihren immer noch defensiven Charakter kritisch vermerkte.

⁴³ Zum Beispiel knüpft die Initiative bemerkenswerter Weise nicht explizit an gewerkschaftliche Beteiligungsansätze an, die in den 1990er Jahren im Zuge des damaligen OE-Projekts der IG Metall entwickelt worden sind (vgl. Frerichs/Martens 1999).

⁴⁴ Vgl. dazu die Analyse von Martin Höpner (2004)

Die IG Metall NRW bewertet den Erfolg ihrer Kampagne auf einer Tagung im Herbst 2007, die von ca. 150 Betriebsratsmitgliedern besucht wird und auf der sieben Beispiele erfolgreicher betrieblicher Gestaltungsansätze präsentiert werden, als beachtlich. Aus den Referaten auf der Tagung sowie aus mehreren im Rahmen eigener Recherchen geführten Hintergrundgesprächen ergibt sich: Gewerkschaftliche Handlungshilfen sind von Betriebsräten in mehr als 400 Fällen angefordert worden. Mehr als 200 Einzelfälle, in denen *Besser-Strategien* zur Geltung gebracht worden seien, wurden von der IG Metall dokumentiert, wenn auch nicht alle auf der Homepage des IG Metall Bezirks. Sieben Fälle, bei denen es um ursprünglich anders verplante Investitionen von 140 Millionen € gegangen sei, hat man auf einer Veranstaltung gegenüber dem Arbeitsministerium präsentiert. Hochgerechnet komme man, so die IG Metall sicherlich auf eine Investitionssumme von 400 Millionen € und mehrere 10.000 Arbeitsplätze, die erhalten geblieben seien, weil Betriebsräte in diesem Sinne gearbeitet hätten.⁴⁵

Der Nokiakonflikt im Frühjahr 2008 führt dann allerdings deutlicher als alle anderen die Handlungsgrenzen der Gewerkschaft vor Augen. Im Licht der Entwicklung der drei vorausgegangenen Jahre sowie angesichts des Unterlaufens deutscher Gepflogenheiten durch die Finnische Konzernleitung – wird hier für hauptamtliche Gewerkschafter sogar die Drohung des eigenen *Ausschlusses aus den korporatistischen Funktionsebenen* denkbar. So äußert sich das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall HansJürgen Urban im Vorwort zu dem Buch *Strategic Unionism*. Das änderte sich dann sehr schnell nach der Weltfinanz- und der drohenden *Neuen Weltwirtschaftskrise*, als es, im Ergebnis einer spürbaren Verunsicherung auf Seiten aller Institutioneller Akteure, rasch zu einem gestärkten *Korporatismus der dritten Art* gekommen ist.⁴⁶ Dabei ist den ArbeitsbürgerInnen weiterhin eine im Grundsatz passive Rolle zugeordnet. Solange so die (Auto)Logiken einer neoliberal forcierten ökonomischen Entwicklung nicht grundsätzlich angegriffen werden – von Teilen der Eliten selbst und aus der Dynamik einzelner Revolten heraus -, läuft das immer wieder darauf hinaus, dass durchaus virulente Veränderungspotenziale gewissermaßen institutionell „eingemauert“ bleiben. Zugleich laufen die Versuche, negative soziale Folgen einer im neoliberalen Geist weiter forcierten wirtschaftlichen wie politisch Entwicklung zu begrenzen, auf so etwas wie Sisyphosarbeit hinaus - allerdings nicht in dem Sinne, in dem Camus den Mythos des Sisyphos als Bild für unsere *conditio humana* genutzt hat. Auf dieser Ebene ist dieser Mythos ja das Bild für die Absurdität der ohne äußere, etwa religiöse, Sinngebung und im Bewusstsein ihrer Endlichkeit zu lebenden menschlichen Existenz. Auf der Ebene konkreten politischen Handelns dient es zur Charakterisierung immer neuer Revolten, die keineswegs zwingend –

⁴⁵ Siehe hierzu ausführlicher H. Martens und U. Dechmann (2010,114) sowie IGM (2007, 15).

⁴⁶ Urban (2013,198f) spricht von *Krisenkorporatismus*. In den politischen Arenen hätten sich vielfach *kooperationswillige Gewerkschaften mit kooperativen Regierungspolitiken* getroffen (a. a. O. 199). In verschiedenen Vorträgen und Diskussionen wurde diesen neu belebten Korporatismus gelegentlich die Formulierung von einem neuen *Korporatismus der dritten Art* verwendet.

also mit unterschiedlichen kleineren oder größeren Erfolgen oder auch Niederlagen – steckenbleiben müssten, sofern eine übergreifende politische Alternative schärfer konturiert und mit dem Selbsttätigen Handeln der Menschen verknüpft werden könnte. Camus selbst (2016,393) spricht, in diesem Zusammenhang zu Beginn der 1950er Jahre vor dem, Hintergrund von 150 Jahren Erfahrung mit Revolten und Revolutionen vom *Gipfel einer ununterbrochenen Anstrengung* als einer *zusätzlichen Kraft*.

8. Solidarität und Zusammenarbeit im Zuge von Alltagskonflikten im Konjunkturzyklus 2009 bis 2017

Werfen wir danach unter unserer Frage nach Solidarität heute anhand der schon erwähnten Untersuchung der DoFAPP-Projektgruppe einen Blick auf die eher verdeckten Alltagskonflikte im Konjunkturzyklus 2009 bis 2017 – verdeckt jedenfalls im Blick auf ihre öffentliche/mediale Wahrnehmung. Die Erfahrung permanenter Restrukturierung zur Selbstbehauptung der Unternehmen im immer schärfer werdenden globalisierten Wettbewerb ist für die Betriebsräte in allen zehn Fallstudien dieser Studie prägend. Das Management in den großen DAX-notierten Konzernen - und ihnen folgend auch in der mittelständischen Industrie – sucht angesichts der fortwährend verschärften Konkurrenz beständig nach neuen strategischen Antworten. Die stetige Restrukturierung der Produktion ist die Folge. Von vielen Betriebsräten wird diese Entwicklung so erlebt, dass die Erfolge der einen Restrukturierungsmaßnahme aus ihrer Sicht noch kaum angemessen zu beurteilen sind, wenn die nächste bereits anläuft. Das Management ist unter den Bedingungen von fortgesetzter Vermarktlichung unternehmensinterner Steuerungs- und Entscheidungsprozesse sicherlich auch von Zwängen eines härter werdenden Wettbewerbs getrieben. Das heißt aber nicht, dass in den verstärkt am Shareholder Value orientierten strategischen Entscheidungen des Managements eine wirtschaftliche Logik zur Geltung gebracht wird, die letztlich alternativlos wäre. Ganz im Gegenteil ist eine angemessene Berücksichtigung der Logik der *lebendigen Arbeit* für eine stabile, sozial nachhaltige Sicherung von Effizienz gleichermaßen konstitutiv. Sie aber zur Geltung zu bringen, wird für die Betriebsräte schwieriger – angesichts des verschärften Wettbewerbsdrucks und angesichts einer generellen Schwächung der ihnen zu Gebote stehenden Machtressourcen. In allen von uns untersuchten Fällen finden wir Betriebsräte, die eigene Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu festigen suchen. Sie arbeiten professionell und haben als Personen einen gewerkschaftlichen ‚Hintergrund‘, verfügen, z. T. gewerkschaftlich vermittelt, über Kontakte zu externen Beratern oder nutzen sehr bewusst gewerkschaftliche Unterstützungsleistungen.

Alle Belegschaften und ihre Interessenvertretungen haben ihre Erfahrungen mit Privatisierungsprozessen, Unternehmenszusammenschlüssen, Produktionsverlagerungen oder drohendem Outsourcing. Die Beschäftigtenzahlen sind im Zuge stetiger Restrukturierungen geschrumpft. Prozesse der Vermarktlichung haben für die Arbeitenden den Konkurrenzdruck erhöht. Dort wo es um eine menschliche Gestaltung

von Arbeit geht, ist all dies immer der Kranz von Kontextbedingungen. Wachsender Arbeitsdruck, darüber erzeugte Anpassungszwänge, Stress, Präsentismus, das sind Stichworte, die von den befragten Betriebsräten immer wieder zur Beschreibung der Lage verwendet werden. Die Positivauswahl, die unseren Fallanalysen zugrunde liegt, gibt keinerlei Anlass dazu, in das hohe Lied einer immer noch stabilen „Konfliktpartnerschaft“ einzustimmen⁴⁷. Wolfgang Streeck hat im Übrigen mit einigen überzeugenden Argumenten darauf hingewiesen, dass bei diesem Bild, mit dem die deutschen industriellen Beziehungen im Mainstream der Forschung charakterisiert werden, und gleichsam ihre Stabilität beschworen werden soll, eine einseitige Perspektive gewählt und weitgehend erfolgreich gegen Versuche zu einem differenzierteren Blick durchgesetzt worden ist. Aus dem Blick geraten sei so (1) dass die mittlerweile erheblich geschwächten Gewerkschaften gewissermaßen in einen „abgeschatteten“ Hintergrund getreten seien, (2) dass Interessenausgleich und Partnerschaft vor allem in den exportintensiven Sektoren der Industrie *nach wie vor den Kern des deutschen Wettbewerbskorporatismus bilden, auch wenn ihr Umfang zurückgehe* und dass (3) der Industrial-Relations-Forschung die Gewerkschaften als ihr früherer *Hauptgegenstand abhanden gekommen* seien. Die stärker anwendungsorientierte Arbeitsforschung an der Sozialforschungsstelle, deren Ergebnisse ich hier heranziehe, steht im Unterschied dazu für einen anderen Zugriff. Das ist hier nicht weiter zu diskutieren. Was jedoch empirisch, über alle Fallstudien der DoFAPP-Studie begründet, im hier interessierenden Zusammenhang gesagt werden kann, ist zunächst einmal die folgende Feststellung: in Betrieb und Unternehmen wird seitens der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen – und das sind Betriebsräte wie Gewerkschaften – verbissen darum gerungen, in Bezug auf die Arbeitsgestaltung in den ablaufenden Restrukturierungsprozessen so etwas wie eine Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe zu erlangen. Wo das gelingt, erfolgt das in aller Regel nicht ohne Konflikte und bedarf in einigen Fällen massiver gewerkschaftlicher Unterstützung. Solche Konflikte mögen für den externen wissenschaftlichen Beobachter spannend sein, für die Beteiligten sind sie zumeist kräftezehrend – und sie sind nur möglich, weil die in ihrer Arbeit kooperierenden Beschäftigten in ihrem Verlauf Zusammenhalt und Solidarität entwickeln. Die darauf gründenden neuen Kooperationsformen sind dann als innovatives Moment innerhalb überkommener institutioneller Strukturen in aller Regel bemerkenswert produktiv.

Die Gründe für das Ringen um eine neue Form von Konfliktpartnerschaft liegen auf der Hand. Für die Beschäftigten ist die mit den permanenten Restrukturierungsprozessen verknüpfte Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen bei wachsenden Unsicherheiten nicht mehr in die eigene Lebensperspektive einzuordnen, wenn sie sich selbst zunehmend nur als Betroffene und Objekte der Veränderungsprozesse erleben und nicht Einfluss auf eine für sie selbst letztlich auch Orientierung und Sinn ge-

⁴⁷ Walther Müller-Jentsch hat mit diesem Begriff die Debatten im Mainstream der deutschen Industrial-Relations-Forschung nachhaltig geprägt, und auf dem Kolloquium der Hans-Böckler-Stiftung aus Anlass seines 80. Geburtstags (Girndt 2015) stand die Diskussion dieses Begriffs deshalb völlig zu Recht im Mittelpunkt.

bende Gestaltung ihrer Arbeitsprozesse nehmen können. Aber gerade deshalb sind sie ansprechbar für die Bemühungen ihrer Interessenvertretungen, stärker beteiligungsorientiert gestaltenden Einfluss auf die ablaufenden Restrukturierungsprozesse zu gewinnen. Es zeigt sich so, dass Georg/Peter u.a. völlig zu Recht die Autonomie der Arbeitenden in der heteronomen Arbeitssphäre stark machen. Sie zu stärken stand im Übrigen am Anfang des neoliberalen Projekts als ein Versprechen auf den *aufrechten Gang* in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft selbst, auf eben mehr Autonomie in der Arbeitswelt. Die *(selbst-)verantwortungsvolle New Economy* als die Chance für den Aufbruch aus der *selbstverschuldeten Unmündigkeit* wurde seinerzeit in einem durchaus einflussreichen, wenn auch eher populärwissenschaftlichen Buch versprochen.⁴⁸ Die Haltlosigkeit dieses Versprechens sichtbar zu machen, war die kritische Stoßrichtung der folgenden arbeitssoziologischen Mainstreamforschung. Deren Analysen waren folgerichtig vielfach mit der dann gegenläufigen kritischen These verknüpft, dass mit einer fortschreitenden Selbstunterwerfung der Arbeitenden unter die Zwänge des Marktes gerechnet werden müsse – sozusagen als Ausdruck einer neuen Stufe reeller Subsumtion von Arbeit unter das Kapital. Im Forum Neue Politik der Arbeit haben wurden dann etwas später Debatten mit in dieser Diskussion maßgeblich beteiligten Arbeitsforschern geführt, in denen demgegenüber die Ambivalenzen dieser Entwicklung betont wurden.⁴⁹ Auch die Autoren der erwähnten DoFAPP-Studie halten dagegen, bestärkt durch ihre empirischen Befunde, am Autonomie-Anspruch fest. Gegen eine rein ökonomische Betrachtungsweise von Arbeit, neoklassisch oder marxistisch, und gegen die deutsche soziologische Mainstream-Interpretation von Subjektivierung als Selbstunterwerfung verstehen sie Subjektivierung als Chance zu Selbstbestimmung oder Selbstgesetzgebung. Eben das von ihnen seitens des Managements geforderte unternehmerische Mitdenken kommt im Anspruch auf Mitgestaltung zum Ausdruck und wird für ihre Argumentation wichtig. Die über die praktische Rationalität der Kooperation getragenen oder auch die von ihr geforderten und geförderten Arbeitsvermögen können die Grundlage nachhaltiger Eingriffe in Restrukturierungsprozesse werden.

Sicherlich sehen sich die Arbeitenden zunächst einmal unausweichlichen Anpassungen an die in den Restrukturierungsprozessen bis auf die Arbeitsplätze durchschlagenden Marktwänge ausgesetzt. Die Arbeitsplatzsicherheit der Einzelnen wird gefährdet. Es gibt einen wachsenden Leistungsdruck, der sich u.a. nicht selten in Präsentismus äußert. Psychische Belastungen nehmen zu und führen vermehrt zu psychischen Erkrankungen.⁵⁰ *Der Druck sachlich, vor allem aber ökonomisch hoch effizient sein zu müssen, (nimmt) weithin erheblich zu (...) und (verschleißt) die psychologischen Kräfte vieler Beschäftigter*, wie Rolf Haubl und Günter G. Voß schon vor einigen Jahren konstatiert haben. In den gleichen Prozessen drohen überkommene institutionelle Strukturen, die bisher den Status der Arbeitenden sichern sollten,

⁴⁸ Vgl. Deckstein/Felixberger 2000, 187 u. 195.

⁴⁹ Siehe dazu die zahlreichen Beiträge in Scholz u. a. (2006) oder auch bei Peter (2007).

⁵⁰ Siehe dazu Georg/Peter u.a. (2016, 60ff) oder auch die schon erwähnte Analyse bei Jaeggi/Kübler (2014).

zu erodieren. Und schließlich können die stetigen Reorganisationsprozesse auch zur Erosion von Unternehmenskulturen beitragen oder führen, wie sich in einigen der Standortkonflikte des vorausgegangenen Konjunkturzyklus drastisch gezeigt hat (s. o.).

Die sozial nachhaltige Gestaltung von Restrukturierungsprozessen wird aber vor dem Hintergrund der hier umrissenen Entwicklungen zur zwingenden Herausforderung. Dabei geht es nicht nur um die Beteiligung der Interessenvertretung sondern um die der Beschäftigten selbst. Denn stabile Veränderungsprozesse haben, so eine weitere Untersuchungshypothese, zur Voraussetzung, dass die Beschäftigten selbst ihre Perspektive in die Veränderungsprozesse einbringen können. Damit geht es um:

- die Einheit von Erklären und Verändern,
- eine kollektive Selbstreflexion und den Dialog bei Veränderungen,⁵¹
- die Zentralität des Prozessgedankens.

Sozial nachhaltige Veränderungsprozesse in diesem Sinne sind allerdings kaum im Fokus des Personalmanagements der Unternehmen. Dafür sprechen alle Untersuchungen aus den letzten zwanzig Jahren,⁵² und das bestätigt sich in unseren Fallanalysen. Aber in ihnen stellten wir uns die Frage, ob nicht dennoch, und wenn ja in welchen Formen, Bestrebungen in Richtung auf die Sicherung solcher Nachhaltigkeit im Gange und dann auch empirisch nachzuweisen sein würden. Die seitens der Gewerkschaften, insbesondere der IG-Metall, ergriffene beteiligungsorientierte *Flucht nach vorn*⁵³ gab Hinweise darauf, in welcher Weise mit solchen Entwicklungen zu rechnen sein könnte.⁵⁴ Das ist im Übrigen eine Erfahrung, die Betriebsräte und Gewerkschaften bereits in den 1990er Jahren bei ihren ersten großen Anstrengungen gemacht haben, um die *beteiligungsorientierte Gewerkschaftliche Betriebspolitik* zu entwickeln bzw. die Beschäftigten als *Experten in eigener Sache* aktiv in die Betriebsratsarbeit einzubeziehen.⁵⁵ Beteiligung – damals als Reaktion zunächst des Managements und dann auch der Gewerkschaften auf die ‚japanische Herausforderung‘ und noch deutlich weniger durch so konfliktträchtige Entwicklungen geprägt wie heute - bedeutete die projektförmige Organisation von Verfahren für Beschäftigtengruppen zur Veränderung/Optimierung von Arbeitsbedingungen und-Ergebnissen auf

⁵¹ Werner Fricke (2010) hebt diese beiden Aspekte nachdrücklich hervor. Den Prozessgedanken betont er hingegen nicht so stark wie Katenkamp u.a.

⁵² Vgl. etwa den Erfahrungsbericht von Frieling (1998), die jüngeren Debatten in der Zeitschrift für Arbeitswissenschaft oder auch die schon zitierte Untersuchung von Haubl/Voß (2009).

⁵³ Zu dieser Interpretation von BsB vgl. die Analyse von Steffen Lehndorff (2012b).

⁵⁴ Vgl. hierzu auch die Ergebnisse, die in dem von Haipeter/Dörre (2011) herausgegebenen Sammelband präsentiert werden oder auch die Einschätzungen bei Martens/Dechmann (2010,108-115) auf Basis einer gesonderten Recherche im Rahmen ihres Projekts zu den Standortkonflikten.

⁵⁵ Zum IG-Metall-Projekt *Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik* vgl. Fre-richs/Martens (1999). Das ebenfalls Mitte der 1990er Jahre betriebene Projekt *Experten in eigener Sache* der IG Chemie-Papier-Keramik wurde wissenschaftlich nicht evaluiert.

Basis ihrer Kompetenz und Kreativität in realen Kooperationsbezügen - also Teilhabe an übergeordneten, gemeinsamen Entwicklungen. Wo sie erfolgte, hat sie immer wieder inkrementelle Innovationen nachhaltig befördert. Vertrauenskulturen sind durch Beteiligung gestärkt worden, Konflikte konnten versachlicht werden und führten so im Ergebnis zu verbesserter Kooperation. Durchgängig erwies sich Beteiligung auch damals als ökonomisch effizient.

Aber zurück zur Frage nach der Solidarität heute. Auch für die Untersuchung von Olaf Katenkamp u.a. gilt, dass diese Frage nicht im Zentrum stand. Zudem ist es hier unmöglich die Empirie aus allen Fallstudien unter diesem Blickwinkel zu reinterpreten. Ich greife im Folgenden zwei Fälle heraus, die im Hinblick auf eine Stärkung von Kooperation und Solidarität der Beschäftigten besonders eindrucksvoll sind. Ich wähle dazu einen Betrieb eines Chemieunternehmens und einen mittelständische Automobilzulieferer aus dem Organisationsbereich der IG Metall aus. Auf einen dritten Fall, die regionale Gliederung eines Finanzdienstleisters, gehe ich nur knapp ein. Er soll die erheblichen Schwierigkeiten und Widerstände aufzeigen, auf die ein durchaus vergleichbar handlungsstarker Betriebsrat als Treiber einer dem Geschehen im Chemieunternehmen vergleichbaren Initiative unter hier deutlich anderen Bedingungen stößt.

Im ersten Fall sieht sich der Betriebsrat nach dem Verkauf von Betriebsteilen in der Defensive, versucht aber durch zahlreiche Aktionen dagegen zu halten. Seine Haltung ist *eigensinnig*, kritisch, aber auch konstruktiv, wie die beiden folgenden Zitate verdeutlichen:

Und jetzt bin ich Leggewie-Anhänger: dass es eben nicht darum geht, die Menschen immer widerstandsfähiger gegenüber den Prozessen zu machen, die sie krank machen, sondern dass es darum geht, sie widerständiger zu machen. Und sie müssen widerständiger werden.⁵⁶ Also sprich, die Leute müssen auch wieder lernen "Nein" zu sagen. Man muss also die Leute eigentlich wieder mehr in die Kollektivität bringen ... wie kriegen wir die Solidarität wieder rein? Kollektive Prozesse, Bewusstwerdung.

Von solchen Überlegungen ausgehend entwickelt der Betriebsrat stark beteiligungsorientiert Forderungen, zum Beispiel nach dem Recht auf eine Arbeit, die gesund hält oder in der Haltung etwas *klimatisch zu ändern* und sich gegen *Vernutzungsstrategien* stärker zu wehren. Er hat Lösungen vorgeschlagen, hat aber auch klar Grenzen kommuniziert und gegenüber dem Management mit der Einigungsstelle gedroht. In einem etwa zweijährigen Entwicklungsprozess - *Wo wir hingefasst haben, war nicht Leere, aber Unkenntnis. Lösungen kommen nicht sofort* - wendete sich das Blatt nach den zähen Auseinandersetzungen mit dem Management erst nach einer externen Beratung durch eine Arbeitswissenschaftlerin. Sie empfiehlt dem Unternehmen ein konkretes Screening-Verfahren. Der weitere Prozess, den der Betriebsrat als OE-Prozess versteht, wird schließlich im Rahmen einer

Betriebsvereinbarung umgesetzt. Etwa 40 moderierte Workshops mit unterschiedlicher Ausprägung je nach Abteilung werden durchgeführt. Als Problemfelder werden behandelt: (1) Mitsprache- und Kommunikation, (2) Transparenz und Entscheidungen, (3) innerbetriebliche Schnittstellen funktionieren nicht, (4) unklare Zuständigkeiten, (5) Lärm und ungünstiges Arbeitsumfeld, (6) Personalmangel.

Insgesamt zeigt sich im Unternehmen, dass die Betriebsvereinbarung, der Impulstest, die moderierten Workshops und die dadurch ausgelösten intensiven Diskussionen über sowohl psychische Belastungen als auch über Führung, Betriebsklima und hilfreiche Veränderungsmaßnahmen auf breiter Front als Erfolg gewertet werden. Aus Sicht des Betriebsrats:

Ganz wichtig, ob wir es wollten oder nicht. Wir haben auch zum Nutzen des Unternehmens für ein paar Bereiche klassische OE-Prozesse ausgelöst. Also Schnittstellen Kommunikation, Transparenz. ... ,Wie kriegen wir die Qualifikation? Wo müsst ihr nachjustieren, damit die Abläufe runder sind? Wo müsst ihr möglicherweise auch technische Maßnahmen ergreifen, aber wo müsst ihr auch dafür sorgen, dass die Menschen, die die Mittel in den Händen haben, um das, was sie machen sollen, auch machen zu können'. Da ist wirklich eine Diskussion gestartet worden. Systematisiert vielleicht am weitestgehenden noch von uns. Auch im Sinne von gegenseitiges Verständnis der jeweiligen Abteilungen zu wecken Und das ist in den Bereichen am besten gelungen, wo es offene, inhaltlich offene Vorgesetzte gab.

Im Sinne der von Sennett entfalteten Überlegungen zu Kooperation und Solidarität kann man sicherlich davon sprechen, dass, verknüpft mit den für deutsche Unternehmen und Betriebe prägenden Mustern kooperativer Konfliktverarbeitung ausgehend von der Rationalität der Kooperation durch Impulse der Interessenvertretung und Aktivierung der Beschäftigten selbst auch deren solidarischer Zusammenhalt gestärkt worden ist.

Im zweiten Fall, der hier nur kurz gestreift werden soll, haben Betriebsrat und Belegschaft der regionalen Einheit einer Großbank über ca. zwanzig Jahre hinweg immer wieder Erfahrungen der Restrukturierung, von drohenden oder auch vollzogenen Eigentümerwechseln und von insgesamt massivem Arbeitsplatzabbau gemacht. Die Beschäftigtenzahl ist in zwanzig Jahren ungefähr um die Hälfte geschrumpft. Der Betriebsrat der regionalen Einheit ist in der Belegschaft aufgrund seiner langjährigen beharrlichen Arbeit durchaus anerkannt. Er beklagt aber angesichts der zentralistischen Konzernstruktur, in wichtige Planungsprozesse viel zu wenig einbezogen zu sein. Gleichwohl bemüht er sich, auf als aussichtsreich eingeschätzten Handlungsfeldern selbst initiativ zu werden. Ein solches Feld ist das *Tabuthema* zunehmender psychischer Belastungen. Ähnlich wie im eben ausführlicher geschilderten Fall ist der Betriebsrat hier die treibende Kraft für Veränderungen. Wiederum mit externer Expertenunterstützung versucht er, Instrumente zur aktiven Einbeziehung der Beschäftigten in den einzelnen Filialen zu entwickeln und zu implementieren. Das beginnt mit Befragungen und soll auf Grundlage von deren Ergebnissen in einem gestuften Ver-

fahren bis hin zu ‚Denkwerkstätten‘ im Hinblick auf die Umsetzung von Ergebnissen führen. Das Management agiert aus Betriebsrats-sicht eher hinhaltend – auf Ebene der regionalen Einheit wie auch in nicht wenigen Filialen. Zugleich ist das Unternehmen im Rahmen seiner eher zentralistischen Führungsstruktur darum bemüht, die Beschäftigten durch eine Fülle von Maßnahmen einzubinden und zu motivieren. Dazu gehören häufige Mitarbeiterbefragungen. Die wiederum wirken retardierend auf Interesse und Beteiligung der Beschäftigten an der vom Betriebsrat initiierten Befragung. Hinzu kommt die, zumindest anfängliche, Langwierigkeit von deren Auswertung durch die externen Berater, die insgesamt vermutlich stärker konkurrenzhafter Orientierung der Beschäftigten angesichts sich ständig verändernder Strukturen, die Ähnlichkeiten mit der *Projektarbeit in chamäleonartigen Institutionen* haben mag, von der etwa Richard Sennett spricht (s. o.). Bei Abschluss der Erhebungen zu diesem Fall war noch offen, ob es dem Betriebsrat gelingen wird, über seine Initiative doch noch stärkere Resonanzen in der Belegschaft auszulösen und die hinhaltend reservierte Haltung des Managements zu durchbrechen.

Die große Mehrzahl der Fälle aus dem hier herangezogenen Forschungsprojekt hat vergleichbare hartnäckig ausgetragene Alltagskonflikte zum Gegenstand. Es geht darin um die Stärkung der Rationalität der Kooperation von Arbeitenden im Wege ihrer aktiven Beteiligung an der Gestaltung ihrer Arbeit. Formen solidarischen Handelns sind dabei immer ‚im Spiel‘ und werden gestärkt – mit durchaus unterschiedlicher Reichweite in der Spanne, die mit den beiden ersten Fällen sichtbar geworden ist. Zugleich fällt aber auch institutionellen Akteuren eine maßgebliche prozessstrukturierende Rolle zu; und das institutionelle Denken aller Beteiligten ist für deren Handlungsorientierung durchgehend mindestens so bedeutsam, wie die Motive, die im jeweiligen Alltagskonflikt neu aktualisiert werden – letztlich aus der Revolte gegen eine überbordende Marktrationalität heraus. Zutreffend spricht die Projektgruppe von einem Ringen um eine *Gestaltungspartnerschaft*, also um die Wiederherstellung und Austarierung einer Kompromissebene, die im Deutungshorizont der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien bzw. der deutschen sozialen Marktwirtschaft verbleibt. Es gibt aber auch immer wieder Einzelfälle, in denen solche Konflikte, gestützt auf eine behauptete überlegene Rationalität der Kooperation der Arbeitenden offener ausgetragen werden und Solidarität als Erfolgsbedingung dadurch offenkundiger sichtbar wird. Dies sind Konflikte, wie sie immer wieder einmal auch im Zuge der *Kampagne besser statt billiger* der IG Metall (BSB) aufgetreten sind (s. o.), der Kampagne, die die IG Metall 2005 im Bezirk NRW begonnen und im Konjunkturzyklus 2009ff zunächst auf Baden-Württemberg ausgeweitet hat.

Als organisations- betriebs- und industriepolitisches Modernisierungskonzept, ließ sich BSB durchaus auch in den 2009 vom damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber geforderten *Kurswechsel für Deutschland* einfügen (s. O.). Die Kampagne war begonnen worden, um Arbeitsplatz und Standortsicherung durch eine Stärkung der für Deutschland charakteristischen diversifizierten Qualitätsproduktion gegen ein zunehmend allein am kurzfristigen Shareholdervalue orientiertes Management neu zu stärken und so den eigenen Funktionären und Mitgliedern eine neu ori-

entierende Perspektive zu eröffnen. Für die galt es zugleich, eine verbesserte Beratungsinfrastruktur zu schaffen. Hubers Forderung, *das Heft in die Hand (zu) nehmen, die Industriegesellschaft neu (zu) gründen, Neues (zu) lernen, Macht anders (zu) verteilen – und die Demokratie wieder(zu)beleben*, zielte dann nach Weltfinanz- und drohender neuer Weltwirtschaftskrise auf eine Verknüpfung solcher Revitalisierung der Deutschland AG mit einer gleichzeitigen Stärkung von Binnennachfrage durch Adaption des skandinavischen Modells und Einbettung des Ganzen in einen grünen „sozialökologischen New Deal“ – all dies weiter verknüpft mit der Forderung nach einer Wiederbelebung der Demokratie, um *diese Gesellschaft zum Guten (zu) verändern*. Nachdem sich die deutsche Exportwirtschaft überraschend schnell erholte und gut auf den globalisierten Märkten behauptete kam die Kurswechseldebatte, wie weiter oben skizziert, rasch zu ihrem Ende. Für die IG Metall ist seither, industriepolitisch der zweiten großen Industriegewerkschaft durchaus ähnlich, der Kern der alten BSB-Kampagne weiterhin orientierend.⁵⁷

Auf einen solchen Konflikt sind wir in einer unserer zehn Fallstudien gestoßen. Er soll nun im Hinblick auf die Entfaltung von Solidarität exemplarisch näher betrachtet werden. Er entzündet sich an der geplanten Schließung eines Standortes gegen die Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft, gestützt auf eigen Reorganisations- und Innovationsvorstellungen, erfolgreich gewehrt haben. Orientierungen, Vernetzungen und Beratungsangebote, die die IG Metall anbieten oder vermitteln konnte, wurden hier ebenso wichtig, wie das auf ihr Produktionswissen und ihre Kooperationserfahrungen gründende solidarische Handeln der Belegschaft und ihrer Interessenvertretung. Die Ankündigung der Produktionsverlagerung durch die Konzernleitung, die gut 400 der 600 Arbeitsplätze am Standort gekostet hätte – sehr kurzfristig, ohne weitere Diskussion und, wie sich Zuge des späteren Konfliktverlaufs zeigte, insofern auch überstürzt, als wichtige Großabnehmer der Produkte nicht eingebunden waren und später Vorbehalte entwickelten -, wurde, so Katenkamp u.a.: „durch regelrecht martialisches „Sicherungsmaßnahmen“ wie die Bestellung eines Polizeiaufgebots und eines privaten Sicherheitsdienstes zum Schutz vor befürchteter Sabotage flankiert. Der Betriebsrat reagierte auf die Ankündigung der Produktionsverlagerung mit dem Abbruch jeglichen Kontaktes mit dem Arbeitgeber. Mit Unterstützung der zuständigen IG Metall Verwaltungsstelle wurde eine Verzögerungstaktik ausgearbeitet, die sich sämtlicher (leider im Interview nicht spezifizierter) Möglichkeiten bediente, die das BetrVG hergibt. Der Rechtsweg wurde um zwei weitere Strategiekomponenten ergänzt. Durch Einbeziehung der Medien, der Zivilgesellschaft (Vereinslandschaft am Betriebsstandort) und politischer Entscheidungsträger wurde eine lokale und regionale Öffentlichkeit hergestellt, die sich mit der Belegschaft solidarisierte. In einem Interview heißt es:

⁵⁷ Vgl. dazu den von Detlef Wetzel (2015) herausgegebenen Reader *Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft*, der Beiträge und Ergebnisse des IG Metall Kongresses „Beteiligen und Mitbestimmen“, Mannheim 5./6.11. 2014 dokumentiert.

Wir haben also die komplette Presse, die Politik auf unserer Seite gehabt. Und so hat es dann hier auch in XY erstmalig eine große Solidaritätsdemo gegeben. Das Schöne war, die Stadt hat uns unterstützt, und dadurch sind auch alle Vereine dabei gewesen. Und wir haben dann hier an einem Samstag eine Riesendemo gefahren, wo dann die Betriebe aus XY, die Vereine aus XY, natürlich hier die Belegschaft und auch die ganzen Mitgliedsbetriebe der IG Metall [JM: -Verwaltungsstelle] hier [...], die waren alle hier. Das waren teilweise Anfahrtswege bis zu 70 Kilometer. Und das war eine Riesenummer.

Im Ergebnis des so bemerkenswert zugespitzten Konflikts wurde die Produktion am Standort innovativ restrukturiert – und zwar unter maßgeblicher Einflussnahme von Betriebsrat und Beschäftigten:

Mittlerweile läuft das anders. Wir machen Workshops auf Betriebsversammlungen zu Themenfeldern, wo dann auf einmal die Betriebsversammlung um eine halbe Stunde unterbrochen wird, und dann werden halt zu diesen verschiedenen Themenfeldern Workshops abgehalten, wo wir dann Input aus der Belegschaft bekommen. Wir machen Fragebogenaktionen zu bestimmten Themen, wo wir die Rückkopplung kriegen, was die Belegschaft möchte, oder ob wir an den richtigen Themen arbeiten. Wir arbeiten jetzt daran, das hatte ich grad schon mal erwähnt, an einem Schichtenmodell, dazu holen wir uns die Betroffenen dazu. Und das sind die letztendlich, die damit zu tun haben später. Und da holen wir uns den nötigen Input raus, sodass wir hier nicht als eine losgelöste Einheit irgendwas Wildes, völlig Abstraktes machen, sodass wir die Rückkopplung frühzeitig bekommen, damit wir nicht in die falsche Richtung laufen. Das machen wir über Workshops, Abteilungsbesprechungen, Gruppenbesprechungen. Hat es früher alles gar nicht so gegeben.

Die Arbeitsplätze blieben im Ergebnis der so ganz anders entwickelten Restrukturierung weitestgehend erhalten und der Betriebsrat kann Beispiele eines enorm gesteigerten, ihm geradezu schon unheimlichen Selbstbewusstseins der Beschäftigten schildern.⁵⁸

Also die Messlatte wird immer höher gelegt. Gute Sachen sieht man relativ selten, meistens sieht man die negativen Sachen. Und es gibt so Sachen, wo man auch an seine Grenzen stößt. Und das ist hier dann auch ganz extrem, das merkt man auch. Die Kolleginnen und Kollegen haben damals ihr Schichtmodell entwickelt. Das ist auch dann in den Verhandlungen akzeptiert worden vom Arbeitgeber. Wir haben es auch umgesetzt. Und mit... auch mit dem Arbeitskampf, wo wir hier den Arbeitsplatzabbau so stark minimiert haben, ich bring es mal auf den Punkt, meint man hier, mit dem Betriebsrat kann man übers Wasser gehen. So und das ist nicht der Fall. Die Erwartungshaltung, die Messlatte wird so hoch gelegt, das kann nicht alles klappen. Und natürlich sind die Leute stolz auf sich, was sie im letzten Jahr hier geschaffen haben, dass der Laden weiter erhalten bleibt.

⁵⁸ In der Fallanalyse bei Katenkamp u. a. sind nicht alle diese Zitate zu finden. Die Interpretation des Falles unter dem Aspekt der Solidarität hat es erforderlich gemacht, noch einmal auf die Interviewtexte selbst zurückzugehen.

Aber wir arbeiten ja weiter und man ist ja auch zukunftsorientiert. Und da muss man sich jeden Tag dieser Situation neu stellen.

Das bemerkenswert gewachsene Selbstbewusstsein der Beschäftigten und ihre Vorstellung, *mit dem Betriebsrat kann man übers Wasser gehen*, kann sich, wie ein Betriebsratsmitglied im Interview an zwei Einzelbeispielen illustriert wird – im einen Fall durch offenkundiges ‚krankfeiern‘ zu Lasten der Arbeitsgruppe, im anderen durch ein ernstliches Eigentumsdelikt zu Lasten des Arbeitgebers – auch darin ausdrücken, dass einzelne Beschäftigte nun meinen, sozusagen ihr *Ego im Spiel des Lebens* nach der Verschiebung von Machtverhältnissen im Betrieb sozusagen nun auch mal skrupellos zur Geltung bringen zu können. Die unverändert im neoliberalen Geist vorangetriebene gesellschaftliche Entwicklung zeigt fatale Wirkungen, angesichts derer der Betriebsrat überhaupt nicht *übers Wasser laufen* will. Er begreift vielmehr Solidarität als einen Lernprozess, den er weiter vorantreiben möchte.

Wir haben es hier gelernt mit der Unterstützung der IG Metall, dass es hier nicht reicht, einfach eine rote Flagge zu schwingen und zu sagen, ich will nicht, sondern hier muss man schon konstruktiv an der ganzen Sache arbeiten, sonst bringt das nichts.

Zugleich hebt er angesichts der unverändert gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen die Bedeutung einer kritisch-konstruktiven Konfliktpartnerschaft *auf Augenhöhe* hervor und betont, dass die IG Metall ihn ganz maßgeblich zu solchem Handeln befähigt habe.

9. Neue Soziale Protestbewegungen und Solidaritätsformen in Südeuropa

Der genauere Blick auf Entwicklungen in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft hier in Deutschland hat einige bemerkenswerte Ergebnisse zutage gefördert. Unter dem vorherrschenden Blickwinkel von Öffentlichkeit und Politik, aber auch unter dem der Sozialwissenschaften, werden sie zumeist kaum wahrgenommen. Aber für die Politik galt schon immer, dass sie die *großen tektonischen Verschiebungen* in der sozialen Wirklichkeit immer erst dann wahrnimmt, wenn es zu *Erdbeben* kommt. Pierre Bourdieu hat das vor nun auch schon 35 Jahren so formuliert. Und er hat von den Soziologen und intellektuellen gefordert, dagegen *die wahren Fragen zu stellen* – und, um sie stellen zu können, *den ununterbrochenen Diskurs des Journalismus* zu durchbrechen; denn der verberge sie. Doch, wie schon in Kapitel 5 mit Mario R. Lepsius gesagt: in ihrem Mainstream ist die Soziologie selbst *von den Problemdefinitionen* geprägt, *wie sie durch Institutionen geschaffen sind*, auch wenn die *keine plausible Relevanz für eine soziologische Analyse* haben. Zwar wird man heute nicht mehr, wie noch Berthold Brecht in seiner Dreigroschenoper, sagen können: *die im Dunkeln sieht man nicht*. Medial wird heute doch eher alles ausgeleuchtet. Was dabei allerdings kaum einmal in der erforderlichen Klarheit ausgesprochen wird ist, dass immer mehr Menschen vom politischen Prozess unserer immer deutlicher postdemokratisch werdenden und merkwürdig neufeudale Züge aufweisenden Gesellschaft abgehängt

werden, oder sich der akuten Gefahr ausgesetzt sehen, dass ihnen dieses wiederfährt. Noch weniger erfährt man darüber, wie sie versuchen, so etwas wie eine neue Widerständigkeit gegen solche Prozesse ihrer Deklassierung zu entwickeln. Das aber geschieht durch Zusammenarbeit und Zusammenhandeln, die Solidarität erfordern und hervorbringen.

Ich konnte für meine Analyse auf Fallstudienempirie zurückgreifen, an der ich selbst mitgearbeitet habe – erhoben und ausgewertet im Rahmen von Forschungsprojekten der sfs bzw. zuletzt von DoFAPP. Die Fragestellungen dieser Forschung wurden eher gegen den Mainstream der deutschen Arbeits- und Industriesoziologie konzipiert, die Empirie dann nach dem ‚state of the art‘ erhoben und ausgewertet. Die Ergebnisse sind im Mainstream wenig registriert worden, aber die Empirie ist aussagekräftig. Ich habe sie nun in den beiden voranstehenden Kapiteln unter der Frage nach der ‚Bedeutung von Solidarität heute‘ vertiefend interpretiert, Für den vergleichenden Blick auf Entwicklungen in südeuropäischen Ländern steht mir eine solche Fallstudienempirie nicht zur Verfügung. Ich kann aber auf eine Sekundärauswertung neuerer Studien zu den Folgen der im Politikbetrieb so genannten „Schuldenkrise“ zurückgreifen, die ich 2016 schon an anderer Stelle veröffentlicht habe.⁵⁹ Darin geht es um die Krisenfolgen für Beschäftigte und Gewerkschaften sowie um neue soziale Protestbewegungen. Auch in dieser Literatur, wie auch meiner Sekundärauswertung dazu, steht die Frage nach Ansätzen zu solidarischem Handeln zunächst nicht im Zentrum. Ich will mir nun aber angesichts der immer bedeutsamer gewordenen europäischen Handlungsebene nicht die Chance zu einem vergleichenden Blick entgehen lassen. Denn es ist ein vergleichender Blick auf eine soziale Wirklichkeit, die bereits durch erste Erdbeben erschüttert wurde, um noch einmal das Bild zu verwenden, das Bourdieu benutzt hat. Die mir zugängliche Empirie legt vor allem einen vergleichenden Blick auf Spanien nahe.

In Deutschland haben wir uns, jedenfalls bis zur sogenannten „Flüchtlingskrise“, bildhaft ausgedrückt, im ‚*ruhigen Auge des Sturms*‘ bewegt. In einigen südeuropäischen Ländern hingegen waren soziale Protestbewegungen 2011/12 Teil eines nahezu weltweiten Protests, den einschlägige Forscher wie Roland Roth hinsichtlich seiner Dimensionen mit den Protestbewegungen von 1969 und – in Osteuropa – 1989 verglichen haben. Für Deutschland erscheinen Daniele Gigliolis Überlegungen zur *Opferfalle* auf den ersten Blick noch als plausibel. Ich meine allerdings, in den beiden voranstehenden Kapiteln gezeigt zu haben, dass es auch hierzulande brodelt. Die Menschen fügen sich keineswegs in eine Opferrolle. Erste Schritte dazu, *sich als Konfliktpartei zu begreifen* und nicht in einer Art *Opferfalle* zu verharren, sind durchaus zahlreich zu beobachten: Doch die vorherrschende (Selbst)Deutung der Konflikte orientiert die in ihnen Handelnden weiterhin auf überkommene *institutionelle Strategien*. Es werden noch zu wenig neue Fragen auf der Höhe der Zeit gestellt, die erst zu neuen Antworten führen könnten – und das ist zunächst einmal eine gravierende Schwäche der herrschenden Eliten in Politik und Wirtschaft, dann aber auch der So-

⁵⁹ Siehe dazu Martens (2016, 68-101).

zialwissenschaften in ihrem Mainstream. Nun wird man sicherlich auch im Blick auf die südeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU von solchen Schwächen sprechen können. Aber dort hat das angesichts der sozialen Folgen der rigiden Austeritätspolitik der EU dazu geführt, dass die alten Eliten massive Vertrauensverluste erlitten haben. Am durchschlagendsten ist uns das in Griechenland vor Augen geführt worden. Doch die Hoffnungen der Menschen auf dem Syntagma-Platz auf ihre neue politische Führung in Gestalt von Syriza⁶⁰ sind an der *skandalösen Verweigerung* der EU zerschellt, die, wie Habermas schreibt, *in Griechenland barbarische Kosten verursacht hat und nachweislich gescheitert ist*. Gigliolis philosophische Analyse ist im Blick auf Südeuropa offenbar nicht allzu hilfreich. Ich werde also für meinen Blick auf Südeuropa, beziehungsweise vorzugsweise auf Spanien, weiterhin den Blickwinkel wählen, den ich in Kapitel 5 näher begründet habe.

Griechenland, Spanien oder Portugal sind Staaten, die nach der Weltfinanzkrise besonders hoch verschuldet waren. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU haben ein Durchschlagen der Finanzkrise auf die ‚Realwirtschaft‘ dadurch verhindert, dass sie ‚systemrelevante‘ Banken mit Steuergeld vor dem Zusammenbruch bewahrt haben. Eine Folge war eine wachsende, zum Teil immense Staatsverschuldung. Sie traf einige Mitgliedsstaaten der EU, deren ‚Volkswirtschaften‘ im neoliberal verschärften globalen Wettbewerb ohnehin schwächer waren, besonders hart.⁶¹ Aus der Finanzkrise wurde so in der EU eine ‚Schuldenkrise‘. Ihr suchte die EU-Administration durch eine rigide Sparpolitik zu begegnen. Diese Austeritätspolitik wurde seitens der Bundesregierung, die aufgrund der ökonomischen Stärke des Landes eine nahezu hegemoniale Position in Europa gewann, massiv forciert. Die sozialen Folgen in den südeuropäischen Ländern waren schlimm. Deren sozialistische/sozialdemokratische Parteien sahen die Entwicklung aber als alternativlos an – und mussten die Zeche politisch bezahlen. Sie stürzten bei den Wahlen fast ins Bodenlose ab. Gleichmaßen wurden die Gewerkschaften, die ihnen politisch mehr oder weniger eng verbunden waren und zunächst folgten, massiv geschwächt – politisch durch eben diese Entwicklung, rechtlich-institutionell schlicht dadurch, dass sie unter dem Druck der Vorgaben der EU durch eine nun herrschende konservative Politik sozusagen ‚ausgehobelt‘ und an den Rand gedrückt wurden.

Wie die deutschen Gewerkschaften *im noch ruhigen Auge des Sturms* haben auch die Gewerkschaften in den südeuropäischen Ländern versucht, sich gegen solchen Druck zu wehren – auch hier mittels ihrer überkommenen, ihnen sozusagen selbst-

⁶⁰ Siehe zu den Entwicklungen nach 2011 in Griechenland und Spanien auch die Analyse von Mario Candeias und Eva Völpel (2014) sowie zur Debatte über die Europakrise in der Zeitschrift *Leviathan* meine Analyse in Martens (2016, 44-67).

⁶¹ Das gilt zum Beispiel für Spanien, das vor Ausbruch der Weltfinanzkrise eine vergleichsweise geringe Staatsverschuldung aufwies, mit deren Ausbruch aber mit einer eigenen, nun geplatzten Immobilienblase besonders hart krisenbetroffen war. In Griechenland kam zu den Schwächen der Ökonomie ein besonders marodes Parteiensystem hinzu. Vgl. zur Europakrise meine Interpretation der hiesigen sozialwissenschaftlichen Debatte in der Zeitschrift *Leviathan* in Martens (2016,44-67). Dort finden sich weitere detaillierte Literaturhinweise.

verständlichen, weil einmal erfolgreich institutionalisierten Strategien. In Griechenland zum Beispiel sind das eintägige ‚Generalstreiks‘ gewesen. Mit ihnen hatten die tarifpolitisch eher schwachen Gewerkschaften in der Vergangenheit immer wieder Mal ihre Verhandlungen ‚flankiert‘ – symbolisch eindrucksvoll, aber machtpolitisch begrenzt, im Grunde ritualisiert und moderat. Nach 2010 wurden solche Generalstreiks häufiger ausgerufen. Doch wenig überraschend meinten 95,2% der Bevölkerung nach einer Umfrage von 2013 *die Gewerkschaften hätten ‚sehr wenig oder nichts‘ unternommen, um die soziale Kahlschlagpolitik abzuwenden*. Solche Umfrageergebnisse spiegeln vor allem die neue strukturelle Schwäche – zunächst die arbeitspolitische der Gewerkschaften im eigenen Land, dann einige Jahre später nach dem Wahlsieg von Syriza, die politische gegenüber der EU. Dabei gab es, gewerkschaftlich wie politisch beachtliche Bewegungen ‚von unten‘: sie reichten von sektoralen und betrieblichen Streiks - ca. 1200 in den Jahren 2011 und 2012, darunter die 270 Tage dauernde Bestreikung eines Stahlwerks -, die Entwicklung neuer örtlicher Strukturen wie etwa der horizontalen Koordination der Athener Basisgewerkschaften oder die Gründung von ‚Arbeiterclubs‘ in Athen, die Schaffung von ‚Streik-Suppenküchen‘, aus denen heraus sich Aktivitäten entwickelten, um auch weiterhin die verarmte Bevölkerung mit kostenlosen Malzeiten zu versorgen, oder auch die Gründung von Kooperativen. Das ist deshalb bemerkenswert, weil es in Griechenland vorher keinerlei Erfahrungen damit gab, anders als etwa in Spanien oder Italien.

Die zuletzt aufgezählten Beispiele weisen bereits in die Richtung auf neue Ansätze solidarischen Handelns. Ihnen will ich mich nun anhand der Entwicklungen in Spanien etwas näher zuwenden. Auch dort kommt es infolge der Krise zu einer drastischen Schwächung der Gewerkschaften. Zu beobachten sind: (1) deren generelle Schwächung auf betrieblicher Ebene; (2) fundamentale Veränderung der industriellen Beziehungen, zunächst durch die Intervention der EU-Administration dann noch radikaler durch die neu ins Amt gekommene konservative Regierung; (3) im Ergebnis ein massiv geschwächter institutioneller Einfluss und (4) schließlich, verbunden mit einer radikalen Sparpolitik der Abbau öffentlicher Sicherheit und des öffentlichen Sektors und auch die Kriminalisierung von Protesten.

Gegen diese Politik entwickeln sich seit 2011 öffentliche Proteste in Gestalt neuer sozialer Bewegungen, beginnend mit dem *Movimento 15M*⁶². Sie werden vor allem getragen von AkademikerInnen in prekären Lebensverhältnissen, und an ihrer Initiierung sind die Gewerkschaften nicht beteiligt. Besonders Bemerkenswert sind die *marea verde* (eine nach den grünen T-Shirts benannte Bewegung im Bildungswesen) und die *marea blanca* (eine Bewegung im spanischen Gesundheitssystem). Erst über die Entwicklung solcher sozialer Bewegungen kommen die Gewerkschaften wieder ‚ins Spiel‘.

⁶² Die Bewegung 15M auch mit Bezug auf Stéphane Hessels ‚los indignados‘ aber dann doch nach dem Datum des ersten Protesttages am 15. Mai 2011 benannt. Köhler/Jiménez (2014, 374) schreiben, dass laut Umfragen eine breite Mehrheit der Bevölkerung Form und Inhalt der Proteste 2011 unterstützte.

Die *marewa verde* wird ausgelöst durch die Entlassung von 3000 AushilfsleherInnen durch die Madrider Regionalregierung. Weitere Gründe sind auch: höhere Studiengebühren, Einsparungen bei Schulbussen und –essen. In der spanischen Presse konnte man lesen: *jene Teile der Bevölkerung (werden) erneut von der öffentlichen Bildung ausgeschlossen, die im letzten halben Jahrhundert Zugang zur Bildung gefunden haben.*⁶³ Der Protest organisiert sich in der Madrider Vollversammlung der Lehrkräfte – teils von den Gewerkschaften (auch radikalen Minderheitsgewerkschaften) teils von der Bewegung 15M initiiert. Mehrere „plataformas“ unter Beteiligung von Studierendenverband, Elternverbänden, Nachbarschaftsvereinigungen bilden sich. Ein Netz von arbeitenden Vollversammlungen entsteht. Eine Vollversammlung beschließt einen unbegrenzten Streik an jeweils drei Tagen pro Woche. Das tragen die Gewerkschaften CCOO, UGT und die Bildungsgewerkschaft STEM nicht mit, weil sie die Aktionseinheit mit zwei konservativen Gewerkschaften nicht gefährden wollen. Die Bewegung geht an den Universitäten bis in den Herbst weiter. Im folgenden Jahr, also 2012, führen Gesetzgebungen der neuen konservativen Regierung zur universitären wie außeruniversitären Bildung zusammen mit regionalen Kürzungsprogrammen – kritische Beobachter sprechen von einer *Schock- und Konfrontationsstrategie* - zu einer Ausweitung der Bewegung auf andere Regionen. Es kommt auch zu Besetzungen. Die Konflikte setzen sich auch 2013 fort, weiterhin gestützt auf kontinuierliche basisdemokratische Vollversammlungen und Kommunikation via New Media.

In den vorliegenden Analysen werden als wichtige Aspekte hervorgehoben: (1) die basisdemokratischen Vollversammlungen ermöglichen die Entwicklung kollektiver Forderungen, (2) Es gelang, die Kämpfe um Privatisierung und Restrukturierung als Kämpfe von Lehrenden, lernenden und deren Eltern zu führen. (3) Das *Organisieren am Konflikt* war mit der Entwicklung unkonventioneller Protestformen verknüpft. (4) Es kam aber auch zu Spannungen zwischen basisdemokratischen Protestformen und gewerkschaftlichen Handlungslogiken. Eine Organisation der Beschäftigten über die Vollversammlungen gelang den Gewerkschaften nur temporär.

Die *mareva blanca* entsteht in Reaktion auf Einsparungen im Gesundheitswesen. Im Einzelnen sind dies: Ausgabensenkungen um 13,7% im Jahr 2012 und um weitere 22,6% im folgenden Jahr. Hinzu kommen 5% Einsparungen durch die Regionalregierungen; Zuzahlungen zu Medikamenten und die Schließung von Gesundheitszentren in den Stadtvierteln. Im Sommer 2012 beschließt dann die Regionalregierung von Madrid die Privatisierung von 6 Krankenhäusern und 27 Gesundheitszentren. Im November, Dezember 2012 kommt es dagegen zu Streiks und Besetzungen. Auch finden basisdemokratische Vollversammlungen in einzelnen Krankenhäusern statt (denen die privatisiert werden sollen). Vor allem die Fachärztevereinigung AFEM wird als Koordinationsplattform wichtig. Sie klagt schließlich erfolgreich gegen Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess, der so gestoppt werden kann. Zu der Zeit sind schon 929.000 Unterschriften gegen die Privatisierung gesammelt. Die Vereinigung der Hausärzte ruft außerdem zum zivilen Ungehorsam gegen die Ausgrenzung

⁶³ So heißt es in einem Bericht der Zeitung El Pais vom 27.05.12.

von Illegalisierten aus dem Gesundheitssystem auf. 1.300 Ärzte erklären, das Dekret aus Wissensgründen nicht beachten zu wollen. Über die Kampagne ‚Yo Si, Sinidad Universal‘ wird der Aufruf zum zivilen Ungehorsam fortgesetzt.

Deutliche Parallelen zur *marea verde* sind unübersehbar, insbesondere: (1) eine größere Annäherung zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen, (2) eine produktivere Kooperation und minimierte Konflikte zwischen beiden, (3) Formen zivilen Ungehorsams. Sie sind hier noch ausgeprägter und eröffnen den Basisbewegungen zusammen mit juristischen Strategien neue Räume. Bemerkenswert ist schließlich (4), dass vermutlich eher konservative Bevölkerungsgruppen wie etwa die niedergelassenen Ärzte eine besonders aktive und wichtige Rolle für die Erfolge der *marea verde* gehabt haben.

In der Literatur finden sich weitere Hinweise auf eine *mareja naranja* (orange) im Bereich des Sozialwesens, eine *mareja roja* der wissenschaftlichen Arbeiter und eine *mareja negra* der Verwaltungen – allerdings ohne nähere Informationen. Man erfährt dort auch, dass sich *viele von Schließungen (Werften, Bergbau) oder Personalabbau (Banken und Sparkassen) bedrohte Belegschaften sehr aktiv an den Massenprotesten beteiligten und einige spektakuläre Aktionen wie den schwarzen Marsch der Bergarbeiter nach Madrid im Sommer 2012 organisierten.*⁶⁴ Unter der Überschrift *Gewerkschaft und (in) Bewegung*⁶⁵ findet sich ein weiterer Bericht über die Landarbeitergewerkschaft SAT – also über eine Bewegung, die sich, anders als die *marea verde* und die *marea blanca* sozial am unteren Ende der Gesellschaft entwickelt hat. Sie wurde 1976 als SOC aus einer maoistischen Abspaltung der PCE gegründet - zusammen mit anarchosyndikalistischen Aktivisten und solchen für eine basisdemokratische Kirche von unten. Wohl schon vor der Krise war sie die größte LandarbeiterInnen-gewerkschaft in Andalusien mit einem parlamentarischen Flügel (CUT) mit Abgeordneten in vielen Andalusischen Dörfern und dem Bürgermeister in einem genossenschaftlich verwalteten Dorf. Die SAT organisiert auch Arbeitslose und ArbeiterInnen ohne Papiere. Von daher gibt es offene Berührungsflächen zu anderen Bewegungen und Bewegungsformen. Im Zuge der Krise traten viele AktivistInnen der Bewegung 15M der SAT bei. Deren Organisationsstrukturen sind eher örtlich als betrieblich ausgeprägt. Die Gewerkschaft hat nur einen kleinen hauptamtlichen Apparat. Es gibt dort offenbar ein Rotationsprinzip, aber doch eine dominante Führungsgruppe.

An Protestaktionen im Jahr 2012 werden genannt: kollektive Aneignungsaktionen; Plünderungen von Supermärkten. Gleichzeitig finden aber auch ‚traditionell‘ gewerk-

⁶⁴ Azzellini (2014) berichtet auch noch über feministische Mobilisierungen („violette Flut“ und darüber, dass *Rentner und Rentnerinnen aus beiden Traditionsgewerkschaften (CCOO und UGT) selbstorganisierte ‚Yayoflautas‘ gegründet haben, die mittlerweile über Basisgruppen in zahlreichen Städten verfügen. In den Yayoflautas organisieren Rentner direkte Aktionen, Bekannt wurden sie vor allem durch ihre Besetzungen von Bankfilialen. Ähnliches lässt sich auch für die USA, die Türkei oder Griechenland sagen* (a. a. O: 501f).

⁶⁵Vgl. dazu Huke/Tietje (2014, 542ff).

schaftliche Aktionen wie Streiks und Besetzungen statt, aber auch Sabotage wird genannt. Für die SAT resultierte daraus nach Einschätzung von wissenschaftlichen Beobachtern *die Gefahr, mehr Bewegung und auf betrieblicher Ebene nicht handlungsfähig zu sein*. Sie sprechen von einem Spannungsverhältnis zwischen politischer Kampagnenarbeit und gewerkschaftlichem Alltagsgeschäft – und sie betonen, dass letzteres für den Erfolg der lokalen Gliederungen wichtiger war.

Zwei wichtige Aspekte heben die Autoren dieses Berichts besonders hervor: (1) die Internalisierung der typischen basisnahen Strukturen der Protestbewegung sowie (2) eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und Nähe zu Bewegungen und Solidarnetzwerken könne dem Legitimationsverlust der Gewerkschaften entgegenwirken. Das Beispiel der SAZ zeige Möglichkeiten und Grenzen einer konfrontationsorientierten Gewerkschaftsstrategie, denn eine „Normalisierung“ radikaler Politik sei nur um den Preis hoher Geld und z.T. auch von Gefängnisstrafen möglich gewesen.⁶⁶ „Radical political unionism“ biete zudem nur begrenzt Antworten auf betriebliche Herausforderungen. Als Fazit halten sie schließlich fest, es sei gelungen durch zivilen Ungehorsam die Austeritätspolitik zu diskreditieren und zu unterlaufen. *Der Protestzyklus 15M hat gewerkschaftliches Handeln verschoben – auch das der Mehrheitsgewerkschaften. Aber: die Neuorientierung von CCOO und UGT schlägt sich bisher nur begrenzt in einer Veränderung grundlegender gewerkschaftlicher Routinen und strategischer Dispositionen nieder*. Bei Verhandlungsangeboten der Regierung saßen sie *blitzschnell wieder am Verhandlungstisch* und würden *möglicherweise die Mobilisierung teilweise deaktivieren*, so ein Mitarbeiter der CCOO.⁶⁷ Mit der Erschöpfung des Bewegungs-Zyklus der Jahre 2011/12 stünden auch den Gewerkschaften harte Zeiten bevor.

Aus den Schlussfolgerungen, die ich seinerzeit aus meiner Sekundäranalyse der vorliegenden Literatur gezogen habe, will ich hier nur einige Aspekte aufgreifen – und mich dabei bemühen, den Gesichtspunkt der Solidarität stärker hervorzuheben. Es fällt auf, dass soziale Protestbewegungen überall ohne engen Bezug zu bestehenden Parteien, Verbänden etc. entstanden sind und dass sie sich zunächst des „klassischen“ öffentlichen Raums bemächtigt haben. Es galt für sie *Plätze zu besetzen*, und es ging sehr rasch zugleich darum in diesen neu geschaffenen öffentlichen Räumen ganz praktisch Solidarität mit denen zu organisieren, die aus den in diesen

⁶⁶ Ricard Bellara i Kirchoff hat auf der FNPA-Jahrestagung 2015 anhand von Einzelbeispielen verdeutlicht, dass Formen zivilen Ungehorsams mittlerweile wieder in einem Maße strafbewehrt sind, bei dem der Vergleich zum Franco-Regime fast schon wieder nahe liegt (FNPA 2015)..

⁶⁷ Auch auf der FNPA-Jahrestagung 2015 wurde deutlich, dass die die Handlungslogiken der großen spanischen Gewerkschaften sozusagen „selbstverständlich“ darauf gerichtet sind, formal den alten Status eines anerkannten Verhandlungspartners zurückzugewinnen, und dies zu kritisieren hieße, eben den historisch entwickelten Charakter von Gewerkschaften zu verkennen. Die Frage kann eigentlich immer nur lauten, ob und wie die unterschiedlichen Handlungslogiken von Gewerkschaften als Institutionen und Organisationen der Arbeit und von neuen sozialen Bewegungen wechselseitig transparent und anerkannt und darüber in ihrem Spannungsverhältnis produktiv gemacht werden können.

Ländern geradezu an staatlich verordneter Schwindsucht leidenden sozialen Sicherungssystemen herausfielen oder herauszufallen drohten. Gegenüber den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und zunächst auch den ihnen nahestehenden Gewerkschaften bestand seitens der Protestbewegungen eine große Distanz. Auffällig ist ferner, dass es hier rasche transnationale Lernprozesse gegeben hat und dass für die Entwicklung der Protestbewegungen die neuen Medien eine große Rolle spielten. Die These Wolfgang Roths von der katalytischen Funktion von Social Media im Zuge der raschen Entfaltung des Protests bestätigt sich immer wieder. Kennzeichnend für die neuen Protestbewegungen sind, jedenfalls im Zuge ihrer raschen Entfaltung, ihre Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Die Protestierenden machen die Erfahrung, dass sie über die Bildung von Netzen Macht entfalten können und dass sich Macht so neu definiert.

Bemerkenswert sind weiter einige weitere Gemeinsamkeiten dieser Bewegungen. Das betrifft allererst die Klassengrundlage: junge gut qualifizierte Menschen tragen die Aktionen. Hohe Aktivitäten sind insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu beobachten. Der Kampf um öffentliche Güter spielt eine herausgehobene Rolle. Hier sind offenkundig auch eher als konservativ geltende und relativ privilegierte Beschäftigtengruppen, wie in Spanien die Ärzte, mobilisierbar – und dann so kreativ wie bei uns die Ärzte 2005/6 in ihrem Ärztestreik.⁶⁸ Aber wie man zum Beispiel in Spanien sieht, gibt es ganz ähnliche Bewegungsformen auch am ‚unteren Rand‘ der Gesellschaft unter Einbeziehung von Landarbeitern ohne Papiere, also rechtloser Arbeitsimmigranten. Zu den Gemeinsamkeiten gehören weiter die basisdemokratischen Orientierungen sowie einige Kreativität bei der Entwicklung von Protest- und Kampfformen.

Dass diese basisdemokratischen Bewegungen sich – sozusagen nach einem kurzen Sommer – erschöpfen, ist nicht überraschend. Aber wichtig ist: in Spanien setzen sie sich, mit unterschiedlichen regionalen oder branchenbezogenen Schwerpunkten über drei Jahre hinweg fort. Es entwickeln sich weitere neue Formen solidarischer Hilfe und Selbsthilfe - etwa im Kampf arbeitslos gewordener gegen den danach auch drohenden Verlust ihrer Wohnung. Und Aktivisten aus solchen Bewegungen werden regionalpolitische PolitikerInnen innerhalb der neu entstehenden Partei Podemos. Die hier herangezogene Empirie mag relativ schmal sein. Sie rechtfertigt aber allemal eine schlussfolgernde Einschätzung, wie sie Andrea Ypsilanti am Schluss ihres jüngsten Buches formuliert hat. Sie schreibt:

In der aktuellen Krise zeigt sich zugleich, dass die Menschen insbesondere in den Krisenländern eigenständig Alternativen suchen und finden. Seien es Selbsthilfeprojekte in Griechenland, wo in Kooperativen, neuen Genossenschaften, Stadtteilinitiativen eine alternative medizinische Versor-

⁶⁸ Ich habe zum Ärztestreik 2005/6 in Deutschland eine Analyse vorgelegt (Martens 2007), die diese These belegt.

gung anstelle des maroden und nur den Begüterten zugänglichen Gesundheitssystems angeboten wird. Weltweit, besonders in Südamerika und Südeuropa, beginnen sich Städte gegen die imperiale Lebensweise und den neoliberalen Kapitalismus zu formieren. Zum Teil in selbstorganisierten Komitees, zum Teil aber auch mit mutigen ReformpolitikerInnen an der Spitze von Städten wie Barcelona oder Madrid werden erste Schritte unternommen, sich selbst zu regieren durch unmittelbare Partizipation. Unter der Überschrift ‚rebellische Städte‘ nehmen Stadtgesellschaften ihre Interessen selbst in die Hand und treffen kommunalpolitische Entscheidungen, die vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären.⁶⁹

Das Spannungsverhältnis zwischen den sozialen Protestbewegungen und Gewerkschaften ist nicht nur eines zwischen gewerkschaftlicher Organisationslogik und Basisdemokratie. Es geht auch um tief liegende institutionelle Orientierungen in Gewerkschaften - *Interessenvertretung* versus ‚Selbertun‘, sich neu *konstituierende Macht*, die *heute nicht mehr ‚Interessenvertretung‘ oder Heilsversprechen für die Zukunft sein*“ kann, wie Dario Azzellini zutreffend formuliert, versus Interessenverband oder politische Partei – und in beiden wird Politik fast ausschließlich repräsentativ gedacht. Die seit dem Beginn des demokratischen Projekts der Moderne ungelöst gebliebene Frage, wie für den *Demos selbst* und nicht nur für seine gewählten Repräsentanten ein Raum für aktives politisches Handeln geschaffen werden kann, so dass *die Menschen handelnde Wesen werden* können ist also, zusammen mit der Frage wie denn heute ein gutes Leben für alle aussehen könnte, neu auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die angesprochenen Momente von Selbsttätigkeit und basisdemokratischen Organisationsformen in den neuen Protestbewegungen sind nahezu durchgängig mit bemerkenswerten und zum Teil weitreichenden Ansätzen solidarischen Handelns verknüpft. Die weitgehende Planierung sozialer Sicherungssysteme in Griechenland, oder in Spanien der Versuch, konsequent über erste, bereits einschneidende Maßnahmen in dieser Richtung hinauszugehen, hat rasch radikale Gegenbewegungen entstehen lassen. Im Vergleich zu ähnlichen Organisationsformen in Arbeitskonflikten in Deutschland während des Konjunkturzyklus 2002 bis 2008, die zum Teil auch von Gruppen hochqualifizierter Beschäftigter getragen wurden (vgl. Kapitel 7), spielen Formen der Organisation von Solidarität daher eine deutlich größere Rolle. Aber ein solcher Vergleich macht auch aufmerksam auf neue Potentiale einer *Demokratisierung der Arbeit*. Von hier aus lässt sich schließlich auch der Bogen zur Überlegungen zu einer *Neuen Wirtschaftsdemokratie* schlagen: Das Demokratiepotehtial, das in den neuen sozialen Protestbewegungen sichtbar wird – in Deutschland etwa auch bei Stuttgart. 21 –, aber auch in einzelnen Betriebsbesetzungen und *Rückeroberungen* (Griechenland), oder bei der Gründung altbekannter Formen von Selbsthilfe, wie den Kooperativen in Griechenland, bestätigt die Einschätzung, dass die

⁶⁹ Auf eine von ihr hier zu benannte Quelle sei an dieser Stelle zusätzlich verwiesen: Fearless Cities: the new urban movements, www.redpepper.org.uk

Demokratisierung der Arbeit als Grundlage einer Demokratisierung der Wirtschaft potentiell ein solides Fundament hätte. Mit ihr ernst zu machen, würde aber zunächst einmal die Demokratisierung der Arbeit zur Voraussetzung haben. Wenn die vielberufenen „Arbeitskraftunternehmer“ aus Sicht ihres Managements zum unternehmerischen Mitdenken und zum Selbertun angehalten sind, dann ist damit ganz augenscheinlich ein Potential vorhanden, von dem her die Arbeitenden selbst erweiterte demokratische Rechte in der Arbeit gut begründet fordern könnten.

Richard Sennetts Argument, dass Solidarität aus Zusammenarbeit erwächst, ist also empirisch gut begründet – in den noch begrenzten sozialen Konflikten *im Auge des Sturms*, aber noch eindrucksvoller belegt dort, wo er in den letzten Jahren bereits massive Verwüstungen im Institutionengefüge unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften. Deren Wohlfahrtsstaatlichkeit setzen wir hierzulande vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen aus den drei ersten Nachkriegsjahrzehnten immer noch voraus. Im *ununterbrochenen Diskurs des Journalismus* sind die ökonomisch wie sozial *barbarischen Kosten* weitestgehend verdeckt geblieben, die die radikale Austeritätspolitik der EU in Griechenland verursacht hat – und ebenso die relativ erfolgreicheren des Widerstands dagegen, die sich am Beispiel Spaniens aufzeigen lassen. Internationale Solidarität gegen solche Folgen des fortgesetzten neoliberalen Rollbacks zu organisieren, ist kaum gelungen. Intellektuelle wie Günter Grass haben *mit letzter Tinte* ein Gedicht gegen den Skandal der Griechenlandpolitik der EU geschrieben und auch noch in einer großen Tageszeitung veröffentlichen können. aber *die Griechenlandhetze hat bei uns angefangen*, wie der Sozialdemokrat und frühere EU-Kommissar Günter Verheugen auf ihrem Höhepunkt 2015 zu Recht betont hat. Und der ist allzu linker politischer Positionen kaum verdächtig, weohl aber ernstlich besorgt um die Zukunft der EU. Und es war keineswegs der Boulevard-Journalismus, der damit begonnen hat.

Seither, so scheint es, ist uns nach den Erfahrungen der ‚Flüchtlingskrise‘ hierzulande eine kurze Phase des ‚Luftholens‘ gestattet. Die herrschende Politik hat ein wenig Zeit kaufen können, wie Wolfgang Streeck so treffend geschrieben hat. Doch keine einzelne der multiplen Krisenentwicklungen ist gelöst. Sie türmen sich weiterhin als drohende Problemwolken vor uns auf, und selbst vertrauenserweckende Lösungsvorschläge vermag der herrschende Politikbetrieb nicht anzubieten. Zunehmend wird das demokratische Projekt der Moderne selbst der Einsatz, um den es in kommenden sozialen Konflikten gehen wird, und aussichtsreiche Lösungsansätze werden eine Öffnung des Raums der Politik für den Demos selbst einschließen müssen. Wenn man das demokratische Projekt der Moderne will, wird man es politisch weiterentwickeln müssen. Es wird darum gehen die Menschen aktiv am politischen Prozess der Gesellschaft zu beteiligen, sie in den Worten Hannah Arendts *zu handelnden wesen zu machen*. Und aus solcher Zusammenarbeit wird dann eine Solidarität erwachsen können, die unsere Demokratie wirklich auf ein solides Fundament stellt.

10. Solidarität und Zusammenarbeit – empirische Befunde in zehn Thesen

Solidarität sei einer *der am meisten mystifizierten Begriffe und zugleich für die sozialen Gruppen, die ihn in Anspruch genommen haben, einer der unreflektierten*, hat Franz Grubauer 1994 geschrieben. Das ist bald fünfundzwanzig Jahre her. Im Zeichen des seither weiter vorgeschrittenen neoliberalen Rollbacks könnte man meinen, dass Solidarität im *Spiel des Lebens* mittlerweile nahezu bedeutungslos geworden ist. Theoretisch kaum einmal zureichend scharf gefasst, ist sie zu einer Art Grundwert geworden. Sie wird gerne beschworen. Sonst wüssten wir kaum mehr davon. In unserem Alltag scheint sie eher bedeutungslos. Das waren Ausgangsüberlegungen, von denen her ich mich in den ersten Kapiteln dieses Essays darum bemüht habe, mehr theoretische Klarheit in die Sache zu bringen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen habe ich in Kapitel 6 in zwölf Thesen zusammengefasst. Danach stellte sich die Frage, ob unsere soziale Wirklichkeit, von solchen konzeptionellen Einsichten her betrachtet, möglicherweise doch in einem etwas anderen Licht erscheint. Viel spricht für die These von Andrea Ypsilanti, die gegen Ende ihrer Streitschrift schreibt: *Die Suche nach Solidarität, einem anderen Sinn für die Gestaltung des Lebens, für mehr Freiheit und Zeit hat längst begonnen.*

Ich denke im Blick auf die Arbeitswelt bei uns in Deutschland haben sich einige bemerkenswerte Ergebnisse ergeben. Unter dem vorherrschenden Blickwinkel von Öffentlichkeit und Politik, aber auch unter dem der Sozialwissenschaften, werden sie zumeist kaum wahrgenommen. Ich habe das am Beginn des voranstehenden Kapitels näher ausgeführt.

Ich konnte für meine Analyse der Entwicklung in Deutschland auf Fallstudienempirie zurückgreifen – erhoben und ausgewertet im Rahmen von Forschungsprojekten der sfs beziehungsweise zuletzt von DoFAPP. Zwei der Projekte habe ich akquiriert und selbst geleitet, in dem dritten habe ich mitgearbeitet. Unsere Fragestellungen wurden eher gegen den Mainstream der deutschen Arbeits- und Industriesoziologie konzipiert. Unsere Ergebnisse sind im Mainstream wenig registriert worden. Aber die Fallstudienempirie genügt allen wissenschaftlichen Standards, und sie ist aussagekräftig. Es bot sich an, sie unter Fragestellungen nach Bedeutung und Ansatzpunkten von Zusammenarbeit und Solidarität im heutigen Deutschland ein weiteres Mal auszuwerten.

Für den vergleichenden Blick auf Entwicklungen in südeuropäischen Ländern stand mir eine vergleichbare Fallstudienempirie nicht zur Verfügung. Ich konnte aber auf eine Sekundärauswertung neuerer Studien zu den Folgen der im Politikbetrieb so genannten „Schuldenkrise“ zurückgreifen, die ich 2016 an anderer Stelle veröffentlicht habe. Darin geht es um die Krisenfolgen für Beschäftigte und Gewerkschaften sowie um neue soziale Protestbewegungen. Auch bei dieser Auswertung stand die Frage nach Ansätzen zu solidarischem Handeln zunächst nicht im Zentrum. Ich wollte mir aber angesichts der immer bedeutsamer gewordenen europäischen Handlungsebene nicht die Chance zu einem vergleichenden Blick entgehen lassen. In ei-

nigen südeuropäischen Ländern waren soziale Protestbewegungen 2011 Teil eines nahezu weltweiten Protests, den einschlägige Forscher hinsichtlich seiner Dimensionen mit den Protestbewegungen von 1968 und – in Osteuropa – 1989 verglichen haben. Die Empirie legte insbesondere einen vergleichenden Blick auf Spanien nahe. Die im voranstehenden Kapitel präsentierten Beispiele solidarischen Handelns im Kontext der Protestbewegungen in Spanien sind eindrucksvoll. Trotz methodischer Einschränkungen lohnte der Vergleich. Ehe ich im Weiteren dazu komme, was aus dem theoretisch geschärften Blick und der darüber ‚aufgeschlossenen‘ Empirie (arbeits)politisch zu schlussfolgern sein könnte, will ich die empirischen Befunde noch einmal thesenhaft zusammenfassen.

- (1) Im Blick auf Deutschland - das bis zur „Flüchtlingskrise“ 2016 gewissermaßen im *ruhigen Auge des Sturms* liegt, zu dem sich die immer nur aufgeschobenen multiplen Krisenprozesse in Europa zu entwickeln begonnen haben – kann man möglicherweise sagen, dass die Revolten gegen das neoliberale Rollback weitgehend ausgeblieben sind. Allerdings kann man Daniele Gigliolis These vom *Wunder der Hegemonie*, angesichts dessen die Menschen heute in einer Art *Opferfalle* gefangen sind, schon im Blick auf die Entwicklungen in Deutschland nur sehr eingeschränkt zustimmen. Und zwar deshalb, weil die Konflikte im Konjunkturzyklus 2002-2008 in Teilen durchaus den Charakter von Revolten hatten, auch wenn sie begrenzt blieben und rasch wieder institutionell ‚eingefangen‘ wurden.
- (2) Vielmehr zeigt sich, dass die *Standortkonflikte* des Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 ungewohnte Ansätze zu solidarischen Handlungsprozessen hervorgebracht haben, die sehr wohl im Sinne von Camus Verständnis interpretiert werden können, nach dem eben aus der Revolte Prozesse solidarischen Handelns hervorgehen. Das reichte in den Jahren 2006 bis 2008 immerhin so weit, dass bereits für maßgebliche gewerkschaftliche Akteure die fortschreitende Erosion der bis dahin als ‚bewährt‘ geltenden institutionellen Mechanismen einer *kooperativen Konfliktbewältigung* massiv in Frage standen.
- (3) Erst die Weltfinanzkrise, die von vielen ernst zu nehmenden Beobachtern, anfänglich auch von maßgeblichen Akteuren in der Sphäre der Politik selbst, geradezu als *Zeitenwende* interpretiert worden ist, veränderte die Lage durchschlagend. Nach dem Eindruck vieler drohte mit ihr, so seinerzeit Paul Krugman, der Ausbruch einer *Neuen Weltwirtschaftskrise*. Der Fortgang des ‚Geschäftsbetriebs‘ - in Wirtschaft und Politik, aber eben auch im Alltag der Menschen, schien plötzlich nicht mehr sicher. Die Phase der *Standortkonflikte* war in Deutschland vorbei, Nicht aber die für die Öffentlichkeit eher verdeckten Alltagskonflikte, in denen Belegschaften und ihre Interessenvertretungen der Rationalität der Kooperation Geltung zu verschaffen, um Arbeitsplätze und Standorte letztlich durch ‚gute Arbeit‘ zu sichern. Zugleich gab es in Deutschland seitens der Gewerkschaften für kurze Zeit die Forderung nach einem *Kurswechsel für Deutschland* und später danach auch die Forderung, *Europa*

neu (zu) erfinden - und immerhin auch erste ernsthafte Überlegungen dazu, vor welchen Herausforderungen gerade auch die Gewerkschaften selbst damit stünden.

- (4) Doch dann änderte sich die Lage erneut einschneidend. (1) Mittels der Rettung von Großbanken durch Steuergelder und Staatsverschuldung konnte ein wirklich katastrophales Durchschlagen der Finanzkrise verhindert werden. Zumindest gelang es so Zeit zu gewinnen. (2) Die deutsche Wirtschaft konnte mit ihrer diversifizierten Qualitätsproduktion und ihren im globalen Wettbewerb überaus starken Leitbranchen, wie etwa Automobilindustrie und Maschinenbau, von einem langfristig stabilen neuerlichen Aufschwung profitieren. Aber dieser Weg aus der drohenden neuen Weltwirtschaftskrise heraus war im global weiter verschärften Wettbewerb mit fortgesetzt permanenten Umstrukturierungen der Produktion verknüpft - und er änderte nichts an der weiter fortschreitenden Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.
- (5) Man muss allerdings schon etwas genauer hinschauen, um zu erkennen, dass es in Deutschland in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft weiterhin, wenn auch eher verdeckt soziale Konflikte gibt. In ihnen entwickeln sich entlang von fortgesetzten Versuchen zur Stärkung der Rationalität der Kooperation gegenüber einem weiter entfesselten ökonomischen Effizienzdenken auch immer wieder Ansätze solidarischen Handelns. Die Arbeitenden und ihre Interessenvertretungen können angesichts zunehmend massiver spürbarer neuer ‚Pathologien der Arbeit‘ gar nicht anders, als stetig ihre Ansprüche auf ein kooperativ gesichertes Leben in ihrer Arbeit, und durch sie auch danach, zur Geltung zu bringen.
- (6) Wie gezeigt, mündet das im Verhältnis von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen auf der einen und dem vom Konkurrenzkampf auf entfesselten globalen Märkten getriebenen Management auf der anderen Seite in ein stetiges Ringen um eine neue Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe. Dabei zeigt sich, dass eine Stärkung der Rationalität der Kooperation stets verknüpft ist mit mehr oder weniger weitgehenden Ansätzen zu solidarischem Handeln. Einerseits erreichen die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen hier manche Erfolge. Andererseits nehmen solche kraftraubenden Anstrengungen aber auch immer wieder den Charakter einer Sisyphosarbeit an. Dies ließe sich wohl nur dann ändern, wenn es gelänge, die Steuerungsmechanismen einer im neoliberalen Geist global entfesselten Ökonomie grundlegender infrage zu stellen und Schrittweise Alternativen dazu ‚ins Spiel‘ zu bringen. Die bemerkenswerten Ansätze solidarischen Handelns im Zuge des Entstehens einer ‚*Willkommenskultur*‘ angesichts der Flüchtlingskrise haben im Vergleich zu den Konflikterfahrungen in der Arbeitswelt wohl bei vielen Menschen eine weitergehende Nachdenklichkeit ausgelöst. Für die Sphäre von Arbeit

und Wirtschaft muss man immer noch sagen, dass die institutionelle Einmauerung sozialer Konflikte sich weiter fortsetzt.

- (7) Im Vergleich zu dem öffentlich heftig wahrgenommenen Aufbrechen einer nur vordergründig sehr erfolgreichen Krisenbewältigung im Zeichen der ‚*Flüchtlingskrise*‘ sind die Alltagskonflikte in der Arbeitswelt daher eher unauffällig geblieben. Allerdings ist diese Krise selbst ein Ausdruck der ökonomischen Konsequenzen einer weiter im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung. Hierzulande führt diese Entwicklung zu permanenten Restrukturierungsprozessen in der Wirtschaft mit *neuen Pathologien der Arbeit* in der Folge. Gleichzeitig wirken sich die im gleichen Geist beförderten Wirtschaftsbeziehungen mit den afrikanischen Nachbarländern Europas vornehmlich zum Nutzen der hiesigen Wirtschaft aus. Unterentwicklung und Bürgerkriege machen Menschen heimatlos – und für junge Menschen kann da Europa Hoffnungen wecken. Zugleich, wenn nicht vor allem, ist die *Flüchtlingskrise* die Folge einer seit Jahrzehnten verfehlten Geopolitik der vereinigten Staaten im Nahen Osten.
- (8) Blickt man nun vergleichend nach Südeuropa zeigt sich: Von Gigliolis *Opferfalle* zu sprechen ist eher irreführend. mit Camus *Revolte* kommt man hingegen sehr viel weiter. Stephan Hessels Aufruf *Empört Euch!* vom Oktober 2010 stand ja durchaus in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit den sozialen Bewegungen des Jahres 2011, die an Heftigkeit nur mit denen von 1968 und – bezogen auf Osteuropa – 1989 zu vergleichen sind. Hier handelt es sich um *Revolten* mit zum Teil ganz entschiedener Stoßrichtung gegen das überkommene Gefüge institutioneller Ordnung. Nicht nur, dass in der Folge der Weltfinanzkrise Hoffnungen auf so etwas wie eine nachholende sozialstaatliche Entwicklung zerstoßen sind, die seinerzeit mit dem Beitritt zur EU verbunden gewesen sind. Auch das, was man an in Südeuropa an Sozialstaatlichkeit immerhin hatte, wurde durch eine seitens der EU erzwungenen rigorose Sparpolitik, zerstört. Griechenland ist dafür das bitterste Beispiel. Jürgen Habermas hat 2015 in einer Stellungnahme von einer anstößigen, ja skandalösen Politik der EU gesprochen, die *nachweislich gescheitert* sei und in Griechenland selbst *barbarische Kosten verursacht* habe.
- (9) Der nähere Blick auf diese Proteste, insbesondere in einigen südeuropäischen Ländern zeigt, dass es hier durchaus bemerkenswerte Beispiele der Entwicklung von Solidarität gegeben hat. Es gab sie in Gestalt von Betriebsbesetzungen. Ihre bemerkenswertesten Beispiele finden sich jedoch weniger in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft als vielmehr auf der Ebene von Kommune und Region. Auf dieser Ebene geht es um die Bewältigung von mehr oder weniger katastrophalen Alltagsfolgen der für die Menschen in Europa verheerenden Austeritätspolitik, die maßgeblich von Seiten der deutschen Bundesregie-

rung forciert worden ist. Wie die Beispiele aus Spanien zeigen, sind es neue soziale Protestbewegungen, über die die Menschen soziale Rechte mit Formen zivilen Ungehorsams zum Teil sehr erfolgreich verteidigt haben. Die Verteidigung einer öffentlichen Gesundheitsversorgung in Madrid, wesentlich von jungen Ärzten forciert oder der Kampf um ein öffentliches Bildungssystem, das erst nach der Franco-Diktatur nach unten hin durchlässig geworden war, sind da zwei herausragende Beispiele. Bemerkenswert ist schließlich auch, dass die Gewerkschaften unter den Bedingungen ihrer massiven Schwächung, die sie durch ihre ‚Niebelungentreue‘ zur sozialistischen Partei zum Teil selbst mit verschuldet haben, in einem doch bemerkenswerten Umfang Öffnungen zu den sozialen Protestbewegungen hergestellt haben. Man muss also, durchaus im Sinne Albert Camus, von bemerkenswerten *Revolten* mit erheblichen (Er)Folgen sprechen. Und auch dann, wenn Erwartungen mancher enttäuscht wurden, dass diese Revolten eine stetige, in wesentlichen ungebrochene Dynamik entfalten könnten, eines haben sie deutlich belegt: aus ihnen heraus haben sich viele bemerkenswerte Ansätze entwickelt, die darauf gerichtet waren solidarische Unterstützung vor allem für diejenigen zu organisieren, die arbeitslos geworden waren, aus den sozialen Sicherungssystemen herausgefallen sind oder davon und von weiteren negativen sozialen Folgen massiv bedroht waren.

- (10) Hier endet nun im Wesentlichen die Möglichkeit, auf empirische Erfahrungen mit kooperativen und Solidarischen Handlungsansätzen, oder auch nur Ansatzpunkten dazu zu verweisen – es sei dann man wollte einzelne bemerkenswert erfolgreiche genossenschaftliche Ansätze wie etwa den Genossenschaftskonzern Mondragón (MCC) im Baskenland als Alternative zum entfesselten globalen Kapitalismus propagieren. Was dort geleistet wird, ist eindrucksvoll. Aber man muss doch realistischer Weise konstatieren, dass der „herrschende Betrieb“ im gläubig zuversichtlichen Vertrauen auf ein stetiges „Weiter-so“ von wissenschaftlich-technischem Fortschritt, wirtschaftlichem Wachstum, Arbeit und Glück multiple Krisenentwicklungen unvermindert forciert und weiter anwachsende Problemwolken vor uns auftürmt. Was jedoch nachdrücklich gesagt werden muss - nicht nur philosophisch durchdacht, sondern auch wissenschaftlich theoretisch dargelegt und empirisch begründet - ist, dass wir, wie Richard Sennett schreibt, als empathiegebende Primaten *zu einer tieferen Kooperation fähig (sind, als die bestehende Sozialordnung dies vorsieht)*. Die Herausforderung zum kooperativen Zusammenhandeln, das Solidarität zugleich erfordert und hervorbringt, besteht und wir könnten ihr gerecht werden. Oder in den Worten Thomas Jeffersons: es ginge darum, *nur erst einen Anfang für gleich welchen Zweck* mit seinen, laut Hannah Arendt rätedemokratisch gedachten *Elementarrepubliken* zu machen; denn dann *wird sich bald herausstellen, für welche anderen Zwecke sie sich am besten eignen*.

11. Die Herausforderungen der Zeit durch weiterführende Fragen kenntlich machen - abschließende Überlegungen

Ich habe in diesem Essay nach der Bedeutung von Solidarität heute gefragt. Heute, das heißt in einer beunruhigenden Zeit, für deren Herausforderungen eine Politik des *Weiter-so* keine überzeugenden Antworten mehr bietet. Sie klammert sich hartnäckig an ihre neoliberal geprägten Glaubenssätze. Was ihr so gelingt, ist das Kaufen von etwas Zeit. Aber die multiplen Krisenprozesse türmen sich zu wachsenden Problemwolken auf. Welchen Stellenwert also könnten gegen ein immer noch fortgesetztes neoliberales Rollback Zusammenarbeit und Solidarität gewinnen? Hat die Suche nach neuen Ansätzen für solidarisches Handeln nicht schon längst begonnen – im Protest gegen den herrschenden Politikbetrieb, der von einem Infotainment flankiert wird, das solche Neuansätze kaum zur Kenntnis nimmt? Wie könnten sie sich weiter voranbringen lassen? Das sind die Fragen, denen ich nachgegangen bin.

Theoretisch wird der Begriff der Solidarität kaum einmal diskutiert. Grundlagentheoretische soziologische und philosophische Zugänge zum Thema waren deshalb zu prüfen. Ich habe also konzeptionelle Überlegungen angestellt, die ich in den ersten Kapiteln dieses Essays entfaltet und dann in Thesen zusammengefasst habe. Mit so geschärftem Blick habe ich mich dann der gegenwärtigen sozialen Wirklichkeit zugewandt. Dazu stand mir empirisches Material aus wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verfügung. Allerdings verfüge ich in Bezug auf die Frage nach Solidarität in der Arbeitswelt heute nur für Deutschland über umfangreiche eigene Primärempirie. Für einen vergleichenden Blick auf südeuropäische Entwicklungen konnte ich nur auf eine Sekundärauswertung von Untersuchungen anderer zurückgreifen, die ich in anderem Zusammenhang vor zwei Jahren erstellt und veröffentlicht habe. Von den empirischen Befunden aus bin ich schließlich zu einer Reihe von vorläufigen Schlussfolgerungen gelangt. Auch die habe ich anschließend in Thesen zusammengefasst. Es ist mir darauf angekommen, die richtigen, wirklich weiterführenden Fragen zu stellen, um auf sie orientierende Antworten zu finden.

Für die Präsentation der Ergebnisse meiner wissenschaftlichen Arbeit habe ich die Form des Essays gewählt. Der allzu oft selbstbezügliche und selbstgenügsame akademische Diskurs interessiert mich, notgedrungen, als Informationsquelle. Aber mir liegt nichts mehr daran, mich an ihm zu beteiligen. Hingegen ist mir sehr daran gelegen, meine Ergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit und für den politischen Prozess zugänglich zu machen. Aber Ergebnisse und Stoßrichtung meiner Untersuchung lassen sich nicht in jeder Hinsicht empirisch erhärten. Folgt man meinen konzeptionellen Überlegungen, ist das zwingend, weil es ja immer auch um vor uns liegende offene Möglichkeitsräume geht. Den vielen Alternativen innerhalb solcher Möglichkeitsräume unter dem Blickwinkel von Zusammenarbeit und Solidarität weiter Kontur zu geben, um sie gegen das schlafwandlerische *Weiter-so* des herrschenden Politikbetriebs sozusagen in Stellung zu bringen, übersteigt bei weitem die Möglichkeiten dieses Essays. Es wäre Arbeit - und Teil von Zusammenarbeit, wie Richard Sennett schreibt – in einer geschichtlichen Dimension. Und mit Albert Camus wäre dann zu

sagen, dass *jedes geschichtliche Unternehmen(...) nur ein mehr oder weniger vernünftiges und begründetes Abenteuer sein (kann). Zuerst jedoch ein Wagnis.* Deshalb lassen sich keine absoluten Standpunkte rechtfertigen. Aber es lassen sich eben weiterführende Fragen aufwerfen. Eben in diesem Sinne spricht Pierre Bourdieu von den *wahren Fragen*. Nur sie können anregend und orientierend sein. Gerade sie sind deshalb politisch bedeutsam.

Wir finden in den industriellen Beziehungen in Deutschland - auch wenn sie hierzulande im Unterschied zu einigen unserer Nachbarn in der EU immer noch institutionell geordnet erscheinen - viele Belege dafür, dass es unter einer scheinbar ruhigen Oberfläche rumort und dass es Konflikte gibt. In denen spielt die Solidarität der Arbeitenden immer eine Rolle. Das ist Wert hervorgehoben zu werden, kann doch für Deutschland - gemessen an den üblichen Indikatoren, wie etwa der Häufigkeit industrieller/sozialer Konflikte – von einer im Vergleich geringen Konfliktintensität gesprochen werden. Die Konflikte im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 belegen eindeutig eine erhebliche Dynamik und Härte der industriellen Konflikte dieser Jahre. An ihnen zeigt sich, dass das wiederholt zu beobachtende leidenschaftliche Interessenhandeln nicht nur im Sinne von Rancières Konzept der *politischen Subjektivierung* interpretiert werden kann. Es ist durchaus auch einer Interpretation im Sinne der von Camus angebotenen Begrifflichkeit zugänglich. Das heißt, es ist im Sinne einer *Revolte* gegen eine nicht länger als zumutbar angesehene, von vorgeblichen Sachzwängen geprägte soziale Wirklichkeit zu interpretieren. Am Beispiel der sozialen Protestbewegungen in Südeuropa, die sich gegen die sozialen Folgen der sogenannten ‚Schuldenkrise‘ bildeten, ist das sehr viel offensichtlicher der Fall. Hier bestand die Reaktion der herrschenden Politik dann folgerichtig auch darin, über den *stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse* hinaus, von denen Karl Marx einmal gesprochen und die er analysiert hat, zivilen Ungehorsam von Neuem schärfer zu sanktionieren.

Auch in den seither in Deutschland hartnäckig fortgeführten Alltagskonflikten, also den Auseinandersetzungen um gestaltende Eingriffe in Prozesse der Restrukturierung von Arbeit, zeigt sich, dass aus einem so motivierten Handeln heraus die Entfaltung von Solidarität beobachtet werden kann. Und immer geht es hier um den Versuch einer Stärkung der Rationalität der Kooperation gegen die ökonomischer Effizienz auf entfesselten Märkten. Exemplarisch wurde für diesen Text auf wenige ausgewählte Fälle zurückgegriffen. Die dazu herangezogene Empirie fügt sich aber in eine große Zahl vergleichbarer Fälle. Sie sind hierzulande offenkundig nicht nur im Rahmen der von der IG Metall als *Flucht nach vorn* forcierten Kampagne *besser statt billiger* zu beobachten. Wir finden sie vielmehr auch in anderen Branchen und auch im Organisationsbereich von Gewerkschaften, die als ausgesprochen sozialpartnerschaftlich orientiert gelten. Empirische Untersuchungen dazu liegen vor. Allerdings spielt die Frage nach der Solidarität darin keine herausgehobene Rolle.

Zum Verständnis solcher einzelbetrieblicher Entwicklungen erweist sich Richard Sennetts Vorschlag, die Stärkung von Kooperationsfähigkeit als Basis für die Entwicklung eines *kooperative(n) von Anweisungen und befehlen befreite(n) Leben(s)*

anzusehen als ausgesprochen anregender ‚Türöffner‘. Solidarität ist, in diesen Zusammenhang gestellt, als eine eher nachgeordnete Größe zu begreifen. Um diese Handlungsansätze wissenschaftlich angemessen erfassen und interpretieren zu können, bedarf es nicht nur geeigneter Methoden qualitativer Sozialforschung, wobei Formen teilnehmender Beobachtung bzw. beobachtender Teilnahme eine herausgehobene Rolle spielen. Dringend geboten ist auch eine sorgfältige Reflexion der theoretischen Modelle und Annahmen von denen her Zusammenarbeit und Solidarität gewöhnlich zu verstehen versucht wird; denn Solidarität ist ein theoretisch unscharf gefasster Begriff. Er wird weithin unreflektiert gebraucht – gerade auch von denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die ihn in Anspruch nehmen –, ja er wird nicht selten mystifiziert. Dem habe ich in diesem Essay mit weiterführenden theoretischen Überlegungen abzuhelpen versucht.

Die empirischen Befunde aus vorliegenden Untersuchungen zu Entwicklungen in Deutschland streuen über sehr unterschiedliche Beschäftigtensegmente mit Arbeitenden aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Das spricht für die These, dass Solidarität aus der Tradition der marxistisch geprägten und vor allem im Marxismus-Leninismus über Jahrzehnte hinweg geschichtsmächtig gewordenen Arbeiterbewegung heraus unzulänglich gefasst wird, wenn sie letztlich als zwingendes Ergebnis struktureller gleicher Arbeits- und Lebensbedingungen zu erklären versucht wird. Noch die empirisch gehaltvollen Untersuchungen zur ‚klassischen‘ Arbeitersolidarität haben einen strukturellen Bias, der in diesen Marxismen seine Wurzeln hat. Die philosophisch existenzielle Begründung des Solidaritätsbegriffs bei Albert Camus gewinnt dagegen neues Interesse. Und wie sich gezeigt hat, ermöglicht Camus Zugriff über ganz unterschiedliche soziale Milieus hinweg erhellende empirische Einsichten. Ähnlich wie *Demokratie als Revolte* als neuer Impuls in die politikwissenschaftlichen Debatten um eine ‚Krise der Demokratie‘ neu eingebracht wird, kann Camus Überlegung, dass Menschen aus der Revolte heraus zu einer wechselseitigen Steigerung aneinander gelangen können, für die Frage nach der Entfaltung von solidarischem Handeln in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft hoch anregend sein. Die eindrucksvollen Beispiele solidarischen Handelns in Spanien, mit denen Menschen aus unterschiedlichsten sozialen Milieus in neuen sozialen Bewegungen auf die sozialen Folgen einer rigiden europäischen Austeritätspolitik reagiert haben, stützen diese Einschätzung. Der Rückgriff auf seine philosophischen Essays kann so nicht nur die konstruktive Bezugnahme auf Hannah Arendts Politikverständnis ergänzen, die in den Debatten zur Krise der Demokratie seit über zwanzig Jahren zu beobachten ist. Neben Arendts Betonung der Möglichkeit von Machtentfaltung durch politisches Zusammenhandeln setzt Camus einen weiteren Akzent. Er könnte auch der Arbeits- und industriesoziologische Debatte zur Solidaritätsfrage einen Impuls geben.

Vor allem aber sind Camus philosophisch begründete Überlegungen für das Handeln arbeitspolitischer Akteure wichtig. Er zeigt, dass es unerlässlich ist, der (arbeits)politischen Selbsttätigkeit der Menschen Raum zu geben, um entlang der sozialen Konflikte, die unausweichlich kommen werden, die Entfaltung von Solidarität im Alltag möglich werden zu lassen. Man muss sich aber auch darüber im klaren sein,

dass es hier nicht mehr um jene überhöhten Solidaritätsvorstellungen geht, die ausgehend von der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft und gestützt auf ein imaginäres Subjekt auf eine Zukunft verweisen sollen, die vermeintlich alle Zwänge einer kapitalistischen Gesellschaft hinter sich lassen wird. Momente eines Denkens aus solcher marxistischer Tradition heraus schwingen oftmals oft auch in soziologischen Analysen zu traditionaler Solidarität mit, auch wenn die nicht geschichtsmetaphysisch überhöht sind. Die arbeitspolitischen Konflikte, von denen in diesem Essay die Rede gewesen ist, sind eminent wichtig für die Stärkung der Rationalität der Kooperation. Aber auch dann, wenn darin ein weiterreichendes Potenzial steckt, dieses Potenzial ist zunächst einmal begrenzt. Es könnte allerdings stärker entbunden werden, wenn Gewerkschaften und Betriebsräte die *Interesse(n) und Gedanken* der Arbeitenden *ebenso auf die Arbeit wie auf ihr Produkt* zu lenken beginnen. In den Worten Camus wird *die industrielle Gesellschaft nur dann den Weg zu einer (anderen, neuen) Kultur bahnen, wenn sie dem Arbeiter seine Würde als Schöpfer zurückgibt*. In den sozialen Konflikten in Südeuropa spielten solche Fragen vielleicht eine begrenzte Rolle, wo es um die Gründung von Kooperativen ging, um Alternativen zu drohender Arbeitslosigkeit zu finden. Aber der, angesichts der Rigidität der EU-Administration zunächst eher ohnmächtige Widerstand der Gewerkschaften war ein Kampf um den Erhalt von Betrieben und die Sicherung wenigstens noch annähernd auskömmlicher Löhne und Gehälter. Die Arbeiter und Angestellten handelten in den so aufbrechenden Konflikten solidarisch – aber kaum in der Perspektive, die ich in den in Deutschland näher betrachteten Alltagskonflikten angelegt gefunden habe. Und die eindrucksvollsten Beispiele für Solidarität finden sich - wie am Beispiel Griechenlands, vor allem aber Spaniens gezeigt – vor allem im außerbetrieblichen Lebenszusammenhang der Menschen. Sie finden sich also dort, wo die neuen sozialen Protestbewegungen die *Revolte* organisiert haben.

Das ist, wiederum mit Bezug auf Camus emphatisch formuliert; und solche Emphase liegt überhaupt in Camus existenziellem Denken. Nach diesem Denken können wir - im Spannungsbogen von *Solitaire* und *Solidaire* und begründet aus *der Bewegung der Revolte* - eine Dynamik entfalten, die letztlich auf *die Solidarität der Menschen*, also nicht des Proletariats, zielt. Das mag manchem zum nüchternen Denken neigenden Zeitgenossen irritierend erscheinen. Aber die durchaus existenziellen Herausforderungen unserer Zeit werfen Fragen auf, die unsere Lebensweise grundlegend betreffen. Gegen das *Elend der Welt*, das sich noch immer weiter ausbreitet, erscheint eine solche Emphase deshalb durchaus gerechtfertigt. Ja sie beflügelt viele Aktive in neuen sozialen Bewegungen, und sie ist insofern schlicht notwendig – im wörtlichen Sinne von Notwendend. Das gilt auch dann, wenn dabei selbstverständlich die nüchterne Analyse jeweils vorgegebener Verhältnisse nicht ‚unter die Räder geraten‘ darf. Die Herausforderungen unserer Zeit sind ja wirklich grundlegend, wie die wissenschaftlichen Analysen zur drohenden Klimakatastrophe unbestreitbar belegen. Hier oder bei den Folgen der neuen geopolitischen Konflikte zeigt sich überdies, dass Lösungen nicht ‚einfach‘ von der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft her angegangen werden können. Aber unsere Gesellschaften sind immer noch Arbeitsgesellschaften. Von der Krise der Ökonomie über die der Demokratie bis hin zur Be-

wältigung der ökologischen Herausforderungen unserer Zeit, immer wird es auch um Ansatzpunkte in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft gehen müssen. Und wir werden tragfähige Lösungen in Europa letztlich nur auf der supranationalen Ebene der EU entwickeln können. Das gilt im Blick auf die ökonomischen und sozialen Herausforderungen im Inneren der EU ebenso wie im Blick auf den europäischen Beitrag zur Bewältigung der global drohenden ökologischen Katastrophen. Und es gilt zunehmend dringlich auch für die Korrektur der, so Jürgen Habermas, derzeit *verfehlten weltpolitischen Rolle Europas*. In der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft ist die Stärkung der Rationalität der Kooperation, anknüpfend an die Zusammenarbeit der Arbeitenden und ihre Befähigung zu solidarischem Handeln, unbestreitbar. Sie ist letztlich auch zur Sicherung von ökonomischer Effizienz unverzichtbar. Doch zugleich wird man sagen müssen, dass es, die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft übergreifend, um die Entfaltung einer Lebensweise gehen wird, für die es auf unsere kooperativen Fähigkeiten ankommt, die, in den Worten Richard Sennetts, *von der Gesellschaft erst noch entwickelt und gefördert werden müssen*.

Die Frage nach der Solidarität in der Arbeitswelt zielt also zunächst einmal auf ein bescheideneres Thema. Immer aber, wenn nun empirisch der Akzent auf der Selbsttätigkeit und das Zusammenhandeln der Arbeitenden gelegt wird - vor dem Hintergrund der Herausforderungen entfesselter Märkte und *neuer Arbeit* und unbeschadet der *feinen Unterschiede* und ausdifferenzierten sozialen Milieus – sind geradezu unabsehbare ‚Weiterungen‘ in solchen Handlungsprozessen angelegt. Genau deshalb sind die Widerstände der herrschenden Eliten gegen solche Ansätze so groß. Immer jedoch kommen auch die alten Institutionen der Arbeit ins Spiel – nicht zuletzt vermittelt über das Denken und Handeln potenzieller Gegeneliten in Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Institutionen begreifen sie schließlich – nicht ohne gute Gründe - als ihre Errungenschaften. Sie mögen erheblichen Erosionsprozessen ausgesetzt sein. Sie erweisen sich aber – jedenfalls hier in Deutschland - in den sozialen Konflikten, aus denen kooperatives und solidarisches Handeln auch heute erwachsen kann und erwächst, gleichwohl immer noch als in hohem Maße wirksam. Und das gilt nicht nur im Hinblick auf Macht, die immer noch aus ihnen erwächst. Es gilt insbesondere in der Weise, dass unser das Denken an Lösungsansätze fesseln, von denen viele unter uns meinen, dass sie uns in der Vergangenheit schon einmal einer sozial gerechten Gesellschaft ziemlich nahe gebracht haben.

Im Hinblick auf die uns leitenden Orientierungen wird so in den Köpfen der Menschen, und bei weitem nicht nur der Politiker, die Erkenntnis erschwert, dass neue Herausforderungen neue Antworten erfordern. Auch die Sozialwissenschaften befreien sich noch nicht genügend von den institutionell geschaffenen Problemdefinitionen. Aber es geht für Sozialwissenschaftler nicht nur darum, wie Pierre Bourdieu 1989 in einem Interview gesagt hat, *die wahren Fragen stellen zu können, die der ununterbrochene Diskurs des Journalismus verbirgt*. Wenn die jeweilige wissenschaftliche Arbeit getan ist, geht es gerade auch darum, *sich einem großen Publikum verständlich zu machen* und im streitbaren Dialog mit der Politik die *Leichtigkeiten oder Gefälligkeiten eines (dann) für Nicht-Spezialisten bestimmten Diskurses* zu be-

herrschen – wohl wissend dass man dann, wenn man dabei Bourdieus Forderung nach der Respektlosigkeit des Intellektuellen vor der Macht ernst nimmt, mit umso größeren Widerständen rechnen muss.

Allenthalben sind also die alten institutionellen Leitbilder weiterhin lebendig, die mit der Institutionalisierung der alten, vergangenen Arbeiterbewegung in den sozialstaatlichen Nachkriegsdemokratien gesellschaftlich orientierend wurden. Zugleich jedoch erodieren sie, und das im Zuge des neoliberalen Rollbacks systematisch forcierte Leitbild des auf seine individuelle Nutzenmaximierung orientierten Marktteilnehmers entfaltet seine sozialen Wirkungen. Auch hieraus folgt wieder, dass die Herausbildung von Solidarität nicht einfach von den heutigen Arbeits- und Lebensbedingungen her gedacht, also weder erwartet noch für unmöglich erklärt werden sollte. Die marxistisch geprägte alte Arbeiterbewegung hat Solidarität in einem emphatischen Sinne mehr beschworen als auf ihre Entstehung und Festigung hin näher analysiert und gefestigt - anknüpfend an den Arbeits- und Lebensalltag der Arbeitenden. Der Marxismus-Leninismus hat dann als Legitimationswissenschaft gewirkt und Solidarität im Kern ihrer Substanz beraubt. Ihre Neubelebung in unseren heutigen von Postdemokratisierung und Refeudalisierung bedrohten weiter ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften ist daran gebunden, dass sie aus den neu aufbrechenden sozialen Konflikten heraus entfaltet wird. Grundlegend fundiert sind solche Prozesse der Entfaltung von Solidarität zu denken im Sinne philosophischer Ansätze wie der dialogisch auf den Austausch mit anderen gerichteten Philosophie Montaignes oder der existenziellen Philosophie Camus‘. Sie sind an Ergebnisse neuerer empirischer Grundlagenforschung anschlussfähig, wie etwa an Michael Tomasellos Konzept unserer Wir-Intentionalität.

Eine weitergehende Entfaltung von Kooperativer Kompetenz und Solidarität ist jedoch immer daran gebunden, dass sich, aus je spezifisch veranlassten Revolten heraus, ein sozialer Raum entwickelt, in dem die Revoltierenden sich die Werte und Ziele ihres Handelns bewusst machen und neu gestärkte Formen ihrer Zusammenarbeit entwickeln können. Nur aus sich so erweiternden Prozessen heraus könnten herrschende oder hegemoniale Werte, denen die Menschen unterworfen sind, so infrage gestellt werden, dass Teilziele entsprechend neuen Werten bzw. einer anderen Logik identifiziert und durchgesetzt werden können. Und nur so kann sichtbar werden, was die so solidarisch Handelnden in letzter Instanz antreibt – also zu etwas anderem macht als zu den Dummies, von denen Frank Schirmacher gesprochen hat – Dummies eines heute gleichmacherisch forcierten Bildes eines homo oeconomicus im *Spiel des Lebens* in einer durch und durch herrschaftlich geprägten Welt.

Für kritische Arbeitsforschung heißt das, dass sie dem Thema *Solidarität in der Arbeitswelt - Gefährdungen und neue Potenziale* wohl nur dann gerecht werden und sich ihm produktiv und innovativ neu annähern kann. Sie müsste sich darüber klar sein, dass das, was sie unter gegebenen Bedingungen eines mehr oder weniger deutlich herrschenden ‚neoliberalen Einheitsdenkens‘ - festgemacht am ökonomischen Leitbild des homo oeconomicus im *Spiel des Lebens* - finden und identifizieren kann, immer nur mehr oder weniger weit entwickelte Ansätze zur Stärkung von Kooperation

und zu solidarischem Handeln sein können. Forschung, die im Grunde nur ‚feststellen‘ will, was ist, und dazu auf kurzatmige, empirische Erklärungen aus ist, wird dem Gegenstand Solidarität nicht gerecht werden können. Denn Solidarität wird in einer so ‚festgestellten‘ Realität immer nur als in Grenzen entfaltetes Potenzial erkennbar sein. Arbeitsforschung müsste sich also schon dazu verstehen, so etwas wie Ermöglichungsforschung werden zu wollen.

Für den herrschenden Politikbetrieb aber bedeuten die gleichen Einsichten, sich endlich klar zu machen, dass wir noch lange nicht am Ende der Entwicklung des demokratischen Projekts der Moderne angekommen sind – und dass dessen Versprechen sich bei weitem nicht in einem vermeintlich stetig und immerwährend weiter wachsenden Wohlstand erschöpfen, von dem wir im Übrigen gegenwärtig überdeutlich sehen können, dass er kein Wohlstand für alle ist. Es gibt auch einen weiteren demokratischen Fortschritt. Er könnte uns von der Demokratie als Herrschafts- zur Demokratie als Lebensform führen. Dazu käme es darauf an, unsere institutionell verfasste repräsentative Demokratie sukzessive um neue Formen aktiver partizipativer Teilhabe aller zu erweitern – nicht nur im klassischen öffentlichen Raum, sondern auch in der nach wie vor privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft, die doch längst zu einer Sphäre größten öffentlichen Interesses geworden ist. Es handelt sich hier um einen infiniten Prozess, weil es keine Endziele unserer sozialen Evolution gibt, die wir selbst, also die Angehörigen der gerade lebenden Generation, definieren könnten. Andrea Ypsilantis Satz *Und morgen regieren wir uns selbst* soll in diesem Zusammenhang auf eine Utopie verweisen, die seit dem Beginn des demokratischen Projekts der Moderne in der Welt ist. Mit der Formel von der Demokratie als der besten sämtlicher schlechten Herrschaftsformen wurde eine solche Utopie verschüttet. Es käme heute darauf an, in den Worten Thomas Jeffersons, *nur erst einen Anfang für gleich welchen Zweck* mit dessen, laut Hannah Arendt rätedemokratisch gedachten *Elementarrepubliken* zu machen, denn dann *wird sich bald herausstellen, für welche anderen Zwecke sie sich am besten eignen*.

Literatur:

- Agamben, G. (2002) Homo Sacer. Die souveräne acht und das nackte Leben, Frankfurt am Main
- Arendt, H. Arendt, H (2003): Denktagebuch (Hgg. von U. Ludz und I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Artus, I. (2017): Das „ungewöhnlich intensive“ Streikjahr 2015. Ursachen, Ergebnisse, Perspektiven, in: PROKLA Nr. 1/2017, S. 145-162
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, 2014, Nr. 2, S. 495-512
- Bauman, Z. (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg
- (1995): Postmoderne Ethik, Hamburg
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35–74 in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen
- (1995): Solidarischer Individualismus – An sich denken ist die Voraussetzung eines Daseins für anderer, in: Süddeutsche Zeitung 2.3. 1995
- Becker, A. (2013): Diderot und das Experiment des Naturalismus. Nachwort zu: Denis Diderot. Philosophische Schriften, Berlin, S. 205-269
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Boll; M. (2012): „Autorität und Freiheit sind keineswegs Gegensätze“. Auf den Spuren von Hannah Arendt, dradio. Essay und Diskussion 16.12. 2012; www.deutschlandfunk.de
- Bosch, G. (1978): Arbeitsplatzverlust. Die sozialen Folgen einer Betriebsstilllegung, Frankfurt am Main
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz
- (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, hgg. von Margareta Steinrücke, Hamburg
- Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München
- Camus, A. (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbeck bei Hamburg
- Candeias, M.; Völpel, E. (2014): Plätze sichern! Reorganisation der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Croucher, R.; Martens, H.; Singe, I. (2007): Employee-Network, Union and Work Council: the Siemenskonflikt, in: Relations Industrielle-Industrial Relations. Quebec, Heft 1/2007
- Deckstein, D.; Felixberger, P. (2000): Arbeit neu denken. Wie wir die Chancen der New Economy nutzen können, Frankfurt/New York
- Detje, R.; Menz, W.; Nies, S.; Sanné, G.; Sauer, D. (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen – eine Bestandsaufnahme, Hamburg und München
- Dunbar, R. (2017): Es begann mit dem Lausen. Interview mit Robin Dunbar in Bild der Wissenschaft, 4, 2017, S. 74-78
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft - Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- FNPA (2009): Europa sind wir. Wege aus der europäischen Krise – für einen europäischen Gesellschaftsvertrag, Jahrestagung Berlin 2009, www.FNPA.de
- (2015): Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich, Jahrestagung Berlin 2015, www.FNPA.de
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Main

- Frerichs, J.; Martens, H. (1999): Projektmanagement und Beteiligung in der Betriebspolitik. Betriebspolitische Innovationen im Rahmen gewerkschaftlicher Organisationsentwicklung, in: ARBEIT, Heft 4/1999, S. 389-404
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn und A. Peter) (2016): SelbstWertGefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen. Hamburg
- Giglioli, D. (2016): Die Opferfalle. Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt, Berlin
- Girndt, C. (2015): Was uns Verbindet, in: Magazin Mitbestimmung Heft 12, 2015
- Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden
- Grubauer, F. (1994): Das zerrissene Bewusstsein der gesellschaftlichen Subjektivität, Münster
- Habermas, J. (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main
- (2013): Bohrungen an der Quelle des objektiven Geistes. Hegelpreis für Michael Tomasello, In, ders.: Im Sog der Technokratie, Berlin, S. 166-173
- Haipeter, T.; Dörre, K. (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden
- Haubl, R.; Voß, G. G. (2009): Psychosoziale Kosten turbulenter Veränderungen. Arbeit und Leben in Organisationen 2008, in: Positionen. Beiträge zur Beratung in der Arbeitswelt, 1/2009, S. 2-8
- Hessel, S. (2011): Empört Euch, Berlin
- Heinze, R.G. (1996): Soziales Engagement zwischen Erosion und neuen Potenzialen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11-12, 1996, S. 774ff.
- Hindrichs, W.; Jürgenhake, U.; Kleinschmidt, C.; Kruse, W. Lichte, R.; Martens, H. (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen,
- Hirshman, A. O. (1980): Leidenschaften und Interessen. Die Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg, Frankfurt am Main
- Honneth, A. (1993): Posttraditionale Gemeinschaften. Ein konzeptioneller Vorschlag, in: Brumlik, M.; Brunkhorst, H. (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Frankfurt am Main
- Höpner, M. (2004): Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung, MPIFG-Discussion-Paper
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, in: ders. (Hg.): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York, S. 13-89
- Huke, N.; Tietje, O. (2014): Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus Ab 2011, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 531-548
- IG Metall (1988), (Hg.): Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln. Wirtschaftspolitische Alternativen, Köln
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechsellkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Jaeggi, R.; Kübler, L. (2014): Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses, in: WSI-Mitteilungen 7/2014, S. 521-527
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2016): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen (im Erscheinen)
- Köhler, H. D.; Jiménez, J. P. C. (2014): Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat, in: WSI-Mitteilungen 5/2014, S. 369-377
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./New York
- Kuruma, S. (1973): Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie, Bd. III. Glashütten im Taunus; Berlin

- Lange, D. (1988): Solidarität und Selbsthilfe. Kommunale Sozialpolitik und Gewerkschaften, Marburg
- Langemeyer, I. (2015). Das Wissen der Achtsamkeit. Kooperative Kompetenz in komplexen Arbeitsprozessen, Münster
- Latour, B. (2017): Kampf um Gaia. Vorträge über das neue Klimaregime, Berlin
- Lehndorff, S. (2012a): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länderfallstudien, Hamburg
- (2012b): ‚Besser statt billiger Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie. Hamburg, S. 203-221
- Lepsius, M. R. (2003): „Die Soziologie ist eine Dauerkrise“. Gespräch mit Georg Voruba in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32. Jg. Heft 3, S. 20-30
- Lichte, R. (1978): Betriebsalltag von Industriearbeitern, Frankfurt/New York
- Luhmann, N. (1984): Die Differenzierung von Interaktion und Gesellschaft. Probleme der sozialen Solidarität, in: Kopp (Hg.): Solidarität in der Welt der 80er Jahre. Leistungsgesellschaft und Sozialstaat, Basel-Frankfurt, S. 79ff
- Markaris, P. (2012): Finstere Zeiten. Zur Krise in Griechenland, Zürich
- Martens, H. (2001): Neue Arbeit – Neue Gesellschaft – thematische Einführung, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York, S. 11-26
- (2005): Nach dem Ende des Hype. Zwischen Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik, Münster
 - (2006): Arbeitspolitische Initiativen in der IT-Branche. Ambivalenzen des dezentralen ‚Selbertuns‘ und Herausforderungen und Chancen einer neuen Netzwerkpolitik für die Gewerkschaften; in: ARBEIT, 4/2006, S. 231-245
 - (2007): Industriesoziologie im Aufbruch? Münster
 - (2008a): Industriesoziologie: Ende der Debatte heißt nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt, 2/2008, S. 79-100
 - (2008b): Primäre Arbeitspolitik und Gewerkschaften im Gesundheitswesen. Der Ärztestreik 2006 als Beispiel primärer Arbeitspolitik in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche. Düsseldorf, HBS-Arbeitspapier 143 (2008)
 - (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: Das Argument 291, S. 211-221
 - (2014a): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Tomasello Konzept der geteilten Intentionalität, www.drhelmutmartens.de, philosophische Texte
 - (2014b): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiterdenken, Münster
 - (2015a): „Grenzgängerische“ Erfahrungen mit der Industriesoziologie – Reflexionen angesichts der spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs mit einmal umfassenderem gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, www.drhelmutmartens.de, Essays
 - (2015b): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2015, S. 44-48
 - (2015/18): Gescheiterter Neustart: Vom missglückten Versuch, ein Projekt zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft anzustoßen, www.drhelmutmartens.de, Neue Wirtschaftsdemokratie
 - (2017a): Gegen die „marktkonforme Demokratie“ für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft .Neue Arbeit als Grundlage einer Neuen Wirtschaftsdemokratie, www.drhelmutmartens.de
 - (2017b): Neue Arbeit - Neue Wirtschaftsdemokratie. Gegen die „marktkonforme Demokratie“ für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, Vortrag auf der Tragung der RLS Wirtschaftsdemokratie neu Denken“, Berlin 16- bis 18. 02. 2017, im Erscheinen

- (2017c): Der schwierige Weg zur Demokratie als Lebensform – Überlegungen im Licht des Denkens von Hannah Arendt und Albert Camus. Veröffentlichung in Vorbereitung
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.fnpa.de
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York,
- Mouffe, C. (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main
- Müller-Jentsch, W. (1984): Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: PROKLA, Heft 54, S. 10-32
- Müller-Jentsch, W. (1986): Den Gewerkschaften droht die Auszehrung der politischen Substanz, in: Frankfurter Rundschau, 2.4. 198.
- Müller-Plantenberg, U. (2003): Die schwarze Utopie der Chicago Boys. Chile als Beispiel für Theorie und Praxis des Neoliberalismus, in: Loccumer Initiative: Kritische Interventionen 8. Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie, Hannover
- Negt, O.; Kluge, A. (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Oertzen, P. v (1976): Betriebsräte in der Novemberrevolution, 2., erweiterte Auflage, Berlin/Bonn-Bad-Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Onfray, M. (2015): Im Namen der Freiheit. Leben und Philosophie des Albert Camus, München
- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466-474
- Rancière, J., (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.-S (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden
- Rieger, A. (2014): Umkämpftes Projekt Europa. Europapolitische Debatten der Gewerkschaften seit den 1970er Jahren, in: Widerspruch – 65/2014, S. 81-91
- (2015): Perspektiven der europäischen Gewerkschaften nach der Krise – gibt es gemeinsame Handlungsperspektiven? Vortrag auf der FNPA-Jahrestagung 2015 „Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Safranski, R. (1987): Schopenhauer oder die wilden Jahre der deutschen Philosophie. Eine Biographie, München-Wien
- (1999): Das Böse oder das Drama der menschlichen Freiheit, Frankfurt am Main
- Schirmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, A.-; Standfest, E. (1984): Subsidiarität gegen Solidarität. Subsidiarität – ein Begriff, verschiedene Konzeptionen, in: Soziale Sicherheit, Heft 10,/1984, S. 297ff
- Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch, Berlin
- (2007). Handwerk, Berlin
- (2015) Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Srubar, I. (1997): Ist die Lebenswelt ein harmloser Ort? Zur Bedeutung und Genese des Lebensweltbegriffs, in: Wicke, M. (Hg.): Konfigurationen lebensweltlicher Strukturphäno-

- mene. Soziologische Varianten phänomenologisch-hermeneutischer Welterschließung, Opladen
- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- (2016): Von Konflikt ohne Partnerschaft zu Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland. In: Industrielle Beziehungen 1/2016, S. 47 - 60
- Tomasello, M. (2009): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Frankfurt a. M. (Neuaufgabe 2011)
- Urban, H. J. (2008): Vorwort zur AG: Strategic Unionism, in: Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Katakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg
- Verheugen, G. (2015): Die Griechenlandhetze hat bei uns angefangen, interview „Deutschland Kultur“ 06.07.- 2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/guenter-verheugen-zum-greferendum-die-griechenland-hetze.1008.de.html?dram:article_id=324599
- Vester, M. (1976): Was dem Bürger sein Goethe, ist dem Arbeiter seine Solidarität, in: Ästhetik und Kommunikation, 7. Jg. (1976): Nr. 24, S. 62-72
- (2018): Klasse, Klassenfraktionen und Milieus: Von Marx bis Bourdieu, Manuskript für einen Vortrag auf der Tagung „Klasse neu denken. Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und –politik, Jena 9. Und 10. November 2018, Veröffentlichung bei der RLS in Vorbereitung
- Vester, M.; v. Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im sozialen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main
- Vogiatzoglou, M. (2014): Die griechische Gewerkschaftsbewegung: Protest- und Sozialbewegungen im Kontext der Austeritätspolitik, in: WSI-Mitteilungen 5/2014, S. 361-368
- Voß, G.G.; Pongratz, J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1/1998m S, 131-158
- Wermuth, C. (2017): „Corbyn wäre bei uns in der Mitte“, Der Schweizer Sozialdemokrat Cédric Wermuth über Wirtschaftsdemokratie und Politik jenseits des Kapitalismus, in Neues Deutschland 24./24. 09. 2017
- Wermuth, C.; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch, Heft 69 2017, S. 79-92
- Wetzell, M. (Hg.) (2015): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- Wolf, F. O. (2009) Giorgio Agamben und Walter Benjamin. ‚Politik des Banns‘, ‚Souveränismus‘ und ‚messianische Kraft‘, in: Borsiò, V.; Lisko, V.; Witte, B. (Hg.): Politics and Messianism: Kabbalah, Benjamin, Agamben, Würzburg
- (2012): Was braucht marxistisches Denken heute, um als ‚Theorie‘ existieren zu können?, in: Wolf, F. O. (2012): Rückkehr in die Zukunft - Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster, S. 126-148
- Ypsilanti, A. (2018): Und dann regieren wir uns selbst, Berlin
- Zoll, R. (2000): Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main